

AKUT

Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft Nr. 195

Foto: Ullistem Bilderciensl



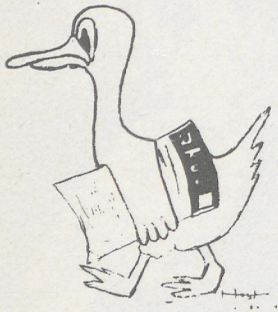
**DEM FRIEDEN
ENTGEGEN!**

den Wahnsinn aufhalten

Universitätsbibliothek
Bonn

I,74 60

Aus dem Inhalt:



Impressum

AKUT

Nachrichtenmagazin der Bonner Studentenschaft

Herausgeber:

Das Studentenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Redaktion:

Jan Baumeister (verantwortlich i. S. d. Presserechts), Bernd Hölzenbein, Burkhard Hoffmeister, Wilfried Löhr, Christoph Werth

Anzeigenverwaltung:

Ute Hübner

Redaktion:

Nassestr. 11, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/73 70 40

Auflage: 12 000

Herstellung:

Satz: Triumph-Adler SE 1030

Eigensatz

Druck: Farbo Druck GmbH, Bonner Wall 47, 5000 Köln 1

Der Rektor greift ein
Schwerpunktthema: Frieden
 Sind die Raketen noch zu verhindern.....
 Notiert: Kurzmeldungen.....
 Optionen für den Atomkrieg
 Die Friedensbewegung in der DDR
 Gemeinsame Aktion
 Wasserwerfer; Hunde; Festnahmen
 Der Unsinn der Kriegsmedizin
 Historische Friedensforschung
 Wege zum Frieden
 Raketen für den Atomkrieg
 Frauen als Reservearmee
 AK Naturwissenschaftler für den Frieden
 Streik und Urabstimmung an der Hochschule
 Die Attraktion beim großen Friedensfest
 Für die Freilassung von Miriam Firuz

Der neue Personalausweis

ASTA - Friedenseinlage

Nachdenken und Bestürzung zum Jumbo-Abschuß
 Neonazis in der Stadthalle
 Apropos Menschenrechte
 Wissenschaftsläden
 Leserbriefe
 "Unicum"- wer steht dahinter?
 Termine
 Musik
 Uni-Sommerfest
 Fahrpreiserhöhungen, es reicht !
Aus den Fachbereichen
 Volk und Gesundheit
 Die anderen Volkswirte
ASTA
 Wie es zum linken ASTA kam
 Wie es nach dem Mißtrauensvotum weiterging
 Das Frauenreferat stellt sich vor
 Kulturkalender
 AKUT dokumentiert: GEW schreibt an den Rektor
 Zündstoff
 ASTA Ökologie Ringvorlesung

KURZ:

betr.: "Gegendarstellung" von vier Burschenschaften zum Artikel "Burschenschaften und Ausländer", "Akut" Nr. 194, S. 7, (verteilt als Flugblatt am 11.10.1983)

Das Zitat aus dem Artikel mußte korrekt lauten: "Fast schon komisch, wenn es nicht so moralisch verkommen wäre, sind die Burschen von der Neogermania, die ihrem Namen entsprechend auch gleich ihre Vorstellung von einer neogermanischen Sprache liefert:"

Es folgten zwei Beispiele für Wohnungsangebote dieser Burschenschaft ("Student, deutsch!" und "nur männliche Bewerber deutschen Kulturraums"). Diese Beschränkungen wertete der Autor als "moralisch verkommen"; daran ändert auch nichts, daß die Burschenschaften für die Altenhilfe spenden. Daß die Burschenschaftler auch noch ihre Beratung bei der Budensuche als Argument gegen das Urteil "moralisch verkommen" ins Feld führen, ist ja wohl ein schlechter Witz, siehe oben zitierte Angebote!

Jan Baumeister

Der Rektor greift ein



Das Rektorat will dem linken AStA verbieten, linke Politik zu machen. Nachdem der Rektor Anfang August mit dem Versuch scheiterte, den neu gewählten AStA insgesamt abzusetzen, hat er sich jetzt ganz auf das studentische Initiativreferat für Frieden, Internationalismus und Wissenschaft eingeschossen.

Der AStA wird die Herbstaktionen der Friedensbewegung unterstützen. Die Unterstützung soll nicht darin bestehen, daß man in akademischen Zirkeln über Frieden diskutiert. Sie soll konkret sein. Der AStA will die Studenten umfassend über Veranstaltungen während der Aktionswochen informieren mit dem Ziel, daß sich möglichst viele daran beteiligen, und er wird eigene Beiträge leisten (s. Friedensprogramm in der Heftmitte).

In der Ablehnung von Pershing II und Cruise Missiles dürfte sich der AStA mit einer breiten Mehrheit der Studenten einig sein (vgl. ZDF-Polit-Barometer; die Bonner Studenten werden da kaum anders urteilen). Handfesten Hochschulbezug erhält die Politik des Referates Frieden/Internationalismus dadurch, daß es untersuchen will, ob und wo an der Bonner Uni Forschung für die Kriegsbedürfnisse der NATO betrieben, ein Beitrag zur militärischen oder geistigen Aufrüstung geleistet wird (s. Artikel zur Kriegsmedizin S. 12 und zur historischen Friedensforschung S. 12). Gute Gründe, ein solches Referat einzurichten.

Sogar ein Hamburger Gericht hat inzwischen geurteilt, die Frage des Friedens sei so fundamental, daß sich ein AStA dazu äußern dürfe. Anders das Bonner Uni-Rektorat: es setzte "einstweilig" eine Mittelsperre gegen das Referat vor Gericht durch. In einem Schreiben vom 5. Oktober 1983 verbot Rektor Besch dem AStA sogar, den mittellos gewordenen Referenten Räume für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen und forderte den AStA-Vorsitzenden Stefan Söldner-Remboldt auf, aus der Erstsemesterbroschüre nach der Burschenschaftenseite auch die Seiten 30 und 31 zu entfernen, auf denen das Frieden/Internationalismus-Referat seine Arbeit vorstellt und begründet.

Es ist eine alte Strategie der politischen Rechten, mit juristischen Schritten politische Entscheidungen zu Fall zu bringen; spektakuläre

Beispiele sind der § 218 oder die Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer. Gerade rechte Hochschulgruppen neigen dazu, die Politik vom Studentenparlament in den Gerichtssaal zu verlagern. Neu für die Bonner Uni ist die Offensichtlichkeit, mit der sich der Rektor zum Büttel des RCDS macht: Einen Tag, nachdem der RCDS einen "Formfehler" bei der AStA-Wahl moniert hatte, erklärte Besch den AStA für abgesetzt - mit genau derselben Begründung und nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Ältestenrates, Hans-Christhard Eichhorst vom RCDS!

Anfang August ging das Rektorat noch weiter: ehe ein Gericht den Fall entscheiden konnte, ordnete es sofortigen Vollzug der Amtsenthebung an und setzte für drei Tage (!) den alten rechten AStA wieder ein (s. S. 35). Nach dem Intermezzo dieser Rektorats-Junta forderten die linken Gruppen den Rücktritt des Rektors. Zwar gilt Besch in Kreisen der hochschulpolitischen Gruppen eher als gutmütiger Mann ohne Durchblick, der sich von seinen grauen Eminenzen Krümmel (Prorektor) und Nagel (Dezernent für akademische, hochschulpolitische und studentische Angelegenheiten) stecken läßt, wo es lang geht. Doch das entschuldigt nichts. Er versucht ständig, Entscheidungen des Studentenparlaments zu annullieren. So unvollkommen das SP auch sein mag: es ist ein aus freien Wahlen hervorgegangenes Organ studentischer Interessenvertretung. Sowohl die AStA-Wahl als auch die Einrichtung des Referates Frieden/Internationalismus ist eine politische Entscheidung dieses Organs, die politisch rückgängig gemacht werden kann, aber nicht juristisch! (Dazu fehlt den Rechten allerdings die parlamentarische Mehrheit.)

Die bürgerlichen Gruppen, die sich ständig als Hüter der parlamentarischen Demokratie aufspielen, werden an den Hochschulen zu ihren Totengräbern. So wird der Kampf des AStA für die Verwirklichung seiner Politik eins mit dem Kampf für die verfaßte Studentenschaft und die Rechte des SP. (In Baden-Württemberg und Bayern ist die verfaßte Studentenschaft ja schon beseitigt.)

Der Anschlag gegen das Friedensengagement des AStA indes kann "Akut" nur ermuntern, um so ausführlicher dieses Thema zu behandeln. Die Beiträge zum Schwerpunktthema, die Krieg und Frieden unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten betrachten, und das Programm der Aktionswoche verstehen wir auch als Ausdruck der Entschlossenheit, uns dieses Thema nicht von Kriegstreibern und deren hochschulpolitischen Söldnern verbieten zu lassen!

Jan Baumeister



UNIVERSITÄTSBUCHHANDLUNG
Bouvier

Am Hof 32 · Fürstenstraße 3 · ☎ 0228/654445-8

Bonn · Gegenüber der Universität

Bouvier schafft Kontakt zum Buch

Sind die Raketen noch zu verhindern?



Eines all denen vorweg, die meinen, über Frieden, Pershing II und Cruise Missiles sei in der letzten Zeit schon viel zu viel geredet, geschrieben oder beschlossen worden, und man müsse endlich zu Aktionen kommen, sich in Bezugsgruppen zusammenschließen: Hier wird kein neuer Aktionsfaden entwickelt werden und soll es auch nicht. Es geht vielmehr um den Versuch einer Einschätzung der Friedensbewegung, über das, was sie bereits erkämpft hat, und was noch getan werden muß, um die Raketen zu verhindern.

Pershing II und Cruise Missiles sind momentan die gefährlichsten Waffen für die Bundesrepublik, weil sie Atomkriegsführungswaffen sind. Genau deshalb stehen sie im Vordergrund der Friedensdiskussion, genau deshalb werden sie immer wieder genannt. Gleichzeitig muß uns klar sein, daß die Verhinderung der Stationierung dieser Waffen nur der Anfang sein kann, um:

1. die sich immer noch (und zwar immer schneller) drehende Rüstungsschraube zu stoppen;
2. nicht nur die akute Atomkriegsgefahr zu thematisieren, sondern auch auf die anderen Massenvernichtungswaffen hinzuweisen (Binär-Kampfstoffe, Neutronenbombe, Rogers-Plan), mit unserem Widerstand ihren Abbau und ihre Vernichtung zu bewirken;
3. die Fragen der Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik zu verhindern und zu beseitigen, wie sie uns tagtäglich in unserem eigenen Leben begegnen, sehr viel drastischer aber in der 3. Welt, in Libanon und El Salvador.

Zu tun gibt es wesentlich mehr für die Friedensbewegung, als "nur" zu demonstrieren, zu blockieren oder zivilen Ungehorsam zu leisten. Auch Kampf für mehr Demokratie (contra Zimmermann) und gegen Sozialabbau ist immer auch Kampf für

den Frieden und gegen Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik (vgl. Herbst'83 von Erich Kuby zur Lage einer Wende-Nation in Konkret, Heft 10/1983).

Dabei bleibt, um dies alles überhaupt noch leisten zu können, vorrangige Aufgaben die Verhinderung der "Nachrüstung". Dies gilt allein schon, um die Nach-Nachrüstung und die Nach-Nach-Nachrüstung zu vereiteln, damit es überhaupt noch etwas zu verändern gibt.

Dieser Artikel soll sich also damit befassen, was die Friedensbewegung noch tun könnte, um ihre Forderung "keine neuen Atomraketen in unser Land" (und auch nirgendwo anders hin) Realität werden zu lassen. Das umfaßt auch eine Betrachtung der Probleme und Gefahren für die Arbeit der Friedensbewegung nach dem 22. Oktober.

Will man die Titelfrage positiv beantworten, muß man auch etwas über das "Wie" der Umsetzung sagen. Daß es hierauf keine eindeutige Antwort geben kann und auch nicht wird, ist keine Schwäche, sondern die Stärke der Friedensbewegung. Eines indes scheint klar (im Sinne von "Konsens"): Genau wie in Genf muß es eine politische und keine militärisch-gewalttätige Lösung oder Verhinderung geben. Deshalb - ohne die Gefahr zu hoch spielen zu wollen - an alle, die immer noch meinen, man könne dem Imperialismus "mit der Knarre in der Hand" die Pershing aus den Klauen reißen: Laßt's bleiben! Es würde höchstens die Hinderung Eurer selbst nach sich ziehen, je noch etwas verhindern zu können. Oder anders: "Keine Steine auf die Schweine!" (H. Goemlitz in Konkret, Heft 8/1983).

Die Stationierung politisch undurchführbar machen heißt in erster Linie immer noch, den Widerstand zu verbreitern. Soll heißen, die 75 % derer (nach ZDF-Umfrage) aus

ihren Wohnzimmern auf die Straße zu holen, die die Stationierung ablehnen. Sie an die Hand zu nehmen, mit ihnen zu diskutieren, was Pershing II und Cruise missiles auf BRD-Territorium wirklich bedeuten. Und Kohl & Co. damit die Möglichkeit zu nehmen, sich zum (Vor-)Denker für die "schweigende Mehrheit" hochzustilisieren. Vor 75 % auf dem Papier graust es den Herren weniger, als wenn sie von ihnen umzingelt werden.

Die Stationierung politisch undurchführbar machen heißt weiter, ein klares Votum gegen diese Absicht regelrecht zu organisieren. Ein nötigenfalls (und dies ist wahrscheinlich) selbst-organisiertes Votum, von unten und mit allen, die gegen den verordneten Selbstmord sind. Oder anders: Denjenigen ihre zur Schau getragene Legitimation sehr nachhaltig entziehen, die solche Verordnungen erlassen. Schriftlich und Schwarz auf Weiß. Insofern liegt in der neuen Quantität (71,7 % für Volksbefragung, 75 % gegen Stationierung) auch eine neue Qualität von politischem Bewußtsein, die Äußerung von Betroffenheit mit dem Ziel, den Wahnsinn verhindern zu wollen.

Die Volksbefragung allein wird manchem als Form des Widerstandes nicht ausreichen. Unterstützungsaktionen werden erforderlich sein wie Maßnahmen zivilen Ungehorsams. Dessen Palette reicht von gewaltfreien Blockaden und Warnstreiks über öffentliche Verweigerungen mit Verpflichtungscharakter und Fastenaktionen bis hin zum Lahmlegen des "normalen Funktionierens" von Institutionen, Anlagen oder auch ganzen Städten. Der Widerstandswille soll deutlich und unübersehbar gemacht werden. Dabei müssen wir uns im klaren darüber sein, daß ein Innenminister Zimmermann diesen Widerstand per se als illegal bezeichnen wird, auch wenn er tatsächlich der Friedensbewegung die Legitimation hier nicht nehmen kann.

Der Weg einer Verhinderung neuer Massenvernichtungswaffen wird der sein, deutlich und sichtbar zu machen, daß keine Legitimation zu solchen Vorhaben besteht. Keine parlamentarische Mehrheit und keine Kreuzchen alle paar Jahre berechtigen zum Wahnsinn. Das in unserem Land verankerte Demokratie-Verständnis wird uns dabei große Anstrengungen abverlangen. Unüberlegtes - und auch gewalttätiges - Handeln würde Kohl und anderen leichter solche fiktive Legitimation zuschreiben.

WAS HAT SICH GETAN, WAS TUT SICH, WAS WIRD SICH NOCH TUN?

Getan hat sich unter anderem, daß sich Kirchen und Gewerkschaften, SPD und auch Teile von CDU/F.D.P. gegen die Pershing II und Cruise missiles bewegen. Einer der wichtigsten Teile sind die Gewerkschaften. Nicht nur deshalb, weil der DGB von seiner teilweise feindlichen Haltung gegenüber der Friedensbewegung abgewichen ist (man denke nur an das Teilnahmeverbot für die Gewerkschaftsjugend an Demonstrationen und Aktionen). Die Entwicklung an sich in den Gewerkschaften ist positiv, der Mut und Druck zu neuen Diskussionen. Es wächst die Erkenntnis, daß Hochrüstung und Sozialabbau wie zwei Seiten einer Münze zusammengehören, daß Rüstungsproduktion keine neuen Arbeitsplätze schafft (genau so wenig wie KKW's!), daß Rüstungsbetriebe in der Regel sogar Beispiele für noch brutalere Rationalisierungsmaßnahmen liefern.

(Was das Rationalisieren angeht: Die Rüstungskapitalisten können dies deshalb so gut, weil sie dabei nicht "die Mark umdrehen" müssen. Das heißt, der Staat bezahlt's, das heißt aber auch, daß solche Rationalisierungsbeispiele den anderen Kapitalisten - und zwar sozusagen unentgeltlich - aus Steuergeldern subventioniert als Modell zur Verfügung gestellt werden.)
Trotzdem ist in der Frage der Stationierung von neuen Atomwaffen - wie überhaupt in der Frage von Notwendigkeit wie Einschätzung solcher Rüstungs- und Verteidigungspolitik - in den Gewerkschaften noch vieles im Fluß. Den fünf Warnminuten am 5. Oktober und dem Aufruf zur Beteiligung an Volksversammlungen können, müssen und werden noch andere Dimensionen von Widerstand in den Betrieben folgen. Darauf weist allein schon die noch immer geführte Diskussion über den Generalstreik. Sicher, Pershing II und Cruise missiles sind mit der Machtübernahme 1933 oder dem Kapp-Putsch nicht direkt vergleichbar, doch ähnlich gefährlich sind diese Waffen allemal in der Hand von Leuten, die Wichtigeres als den Frieden kennen und Millionen Tote für einen begrenzt führbaren "europäischen" Atomkrieg eiskalt einkalkulieren.

Es wird noch viel Arbeit kosten, nicht nur Einzelgewerkschaften wie ÖTV, GEW und HBV (auf der anderen Seite steht noch immer die IG Bau Steine Erden), sondern auch den DGB zu weiterreichenden Erkenntnissen zu kriegen. Und Fehlentscheidungen von dieser Seite waren schon 1958 verhängnisvoll, als sich der DGB aus der "Kampf dem Atomtod"-Bewegung zurückzog, als die SPD auf ihrem Weg nach Godesberg es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansah, "die Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren", aber auch "die großartigen friedlichen Möglichkeiten des Atomzeitalters" zu betreiben und sich deshalb ebenfalls aus der Bewegung zurückzuziehen. Es wird wichtig sein, hier historische Lernprozesse in Gang zu setzen und regelrecht zu pflegen. Denn die Wiederholung des damaligen Verhaltens könnte nicht nur für die Demokratie, zu deren

Schutz und Verteidigung der Generalstreik nach Verständnis des DGB einzig und allein eingesetzt werden darf, sondern vor allem für die Demokraten tödlich sein.

Damit wäre auch der Punkt erreicht, an dem die Friedensbewegung ungeheuer aufpassen muß. Damit es bei Stationierungsbeginn nach doch erfolgtem Scheitern in Genf nicht heißt: "Es hat halt nicht sollen sein!"

Auch deshalb ist es sehr wichtig, den Widerstand zu verbreitern und nach außen zu tragen. Ihn nicht in den Wohnzimmern sterben zu lassen mit der Bemerkung: "Scheiße isse ja doch!"

Nehmen wir einmal an, es stimmt: Je mehr Menschen gleichzeitig auf ein bestimmtes Ziel gerichtet handeln (wohlgemerkt, es geht um die Mehrheit der Gesamtbevölkerung dieses Landes), desto größer ist die Chance des Erfolges. Dann muß unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen der BRD jedem klar sein, wie wichtig der Kampf um die Teilnahme der Massenorganisationen an den Friedensaktivitäten ist. Daß Bezugsgruppen sicher sinnvoll, jedoch ohne die Unterstützung

der "Mehrheit" verloren sind und nichts bewegen werden.

Ohne irgendwelche Spaltungsabsichten verfolgen zu wollen, gilt das über die Gewerkschaften Gesagte auch für die SPD, auch wenn deren Parteibasis bis hin zu zahlreichen Landesverbänden ein klares "Nein ohne jedes Ja" zu neuen Massenvernichtungswaffen inzwischen abgegeben hat. Das ist zu begrüßen, doch unverzichtbar bleibt die Übernahme dieses Votums durch den Sonderparteitag am 18./19. November. Es wird jeden Unterbezirk, jeden Ortsverein brauchen, um frei nach Peter Glotz, den "Tanker" vollends querzulegen. Es wird wichtig sein, daß die SPD das Mißtrauen weiter Teile der Friedensbewegung auch tatsächlich ausräumt.

Daß in den Kirchen eine inzwischen deutlich auszumachende Aufbruchsstimmung herrscht, läßt große Hoffnungen wachsen. Seit den großen Kirchentagsdemonstrationen hält sich hier eine kontinuierliche Dichte an Aktionen. Wurden diese anfangs noch vor allem durch Basisinitiativen wie "Kirche von unten" getragen, so gerät jetzt auch zunehmend die sogenannte





Amtskirche unter Druck. Der Synodenbeschluß ist dafür ein Beispiel, während die Prozesse im katholischen Klerus noch widersprüchlicher verlaufen.

Auch in der CDU-Klientel regt sich Widerstand, vor allem bei denen, die das "C" ernst nehmen, für die die Bergpredigt keine Worthülse für Ressentiments und Diffamierung mehr darstellt. Keiner im sogenannten "linken Teil" der Friedensbewegung hat einen Grund, diese Leute zu belächeln, nur weil er meint, die fühlten sich nicht mehr als in ihrer "Heile-Welt-Illusion" gestört. Genau dort liegt nämlich ein Punkt, wo Widersprüche sichtbar werden und aufbrechbar sind. Genau das ist der Punkt, wo der Hebel angesetzt werden muß, über politische Diskussionen, über die Motivation zur Teilnahme an den "Latsch-Demos" das Bewußtsein auch dieser Leute zu verändern. Ein großer Teil von ihnen hat die Schrecken des Zweiten Weltkrieges noch selbst erfahren.

Bleibt die Frage: Was machen mit den 25 %, die da immer noch stationieren wollen? Für den größten Teil gilt das, was für die 61,5 % der die Stationierung ablehnenden CDU-Wähler bereits gesagt wurde. Das Gefährlichste sind dabei nicht die lächerlich dummen Argumente der Regierungsparteien, sondern ein tiefverwurzelter Anti-Kommunismus mit teilweise über 50-jähriger Tradition, der oft mit keinem rationalen Grund mehr aufzubrechen ist. Dort steht der Friedensbewegung nicht selten schon ein regelrechter Wille zur Diffamierung gegenüber.

Aber auch bei jenem kleinen Teil der wirklichen "Hardliner" gibt es Widersprüche. Absehbar ist das an den Aussagen von Franz-Josef Strauß, der einen Zweitschlüssel für die Atomwaffen gefordert hat. Und wenn Strauß so etwas tut, dann sollte man - ähnlich wie bei seinen Aktivitäten in der Ostpolitik - wissen, in wessen Interessen das geschieht. Einfachheit hin, Plattei her, Strauß ist und bleibt der Mann der Flicks, Thyssens und des BRD-Kapitals. Und dieses BRD-Kapital hat nichts in den Kassen von den in den USA produzierten Pershing II und Cruise missiles, auch wenn es sicher um nichts "friedlicher" ist als seine amerikanischen Kollegen. Es nützt den westdeutschen Mächtigen wenig, wenn ihre Industrieanlagen und die dazugehörigen Arbeitenden eliminiert werden, während sich die USA die Taschen vollstopfen. Anders ausgedrückt: Strauß & Co. wollen eine eigene Option auf Atomwaffen, um ihre Interessenpolitik in diesem Bereich nächsten selbst, zumindest aber mitbestimmen zu können.

WAS WIRD BEREITS GEPLANT?

Auch diese Frage wird hier und jetzt wohl kaum jemand vollständig beantworten können. Im schon dargestellten Prozeß gewerkschaftlicher Diskussion lassen sich Tendenzen ausmachen, in der ab Herbst geplanten längerfristigen Kampagne gegen den Sozialabbau dem Zusammenhang von Hochrüstung und sozialem Raubzug weiten und zentralen Raum zu widmen. In der Studentenschaft wird diskutiert, ob der noch durchzusetzenden Volksbefragung beispielsweise am besten mit Urabstimmung und Streik Vorarbeit geleistet werden kann, oder ob neben der schwerpunktmäßigen Beschäftigung mit der Kriegsforschung eine zentrale Unterschriftensammlung im Sinne der Volksabstimmung zweckmäßig sei.

Daneben wird die Volksbefragung selber ein zentrales Thema in der Diskussion der Friedensbewegung darstellen und noch eine Menge Überzeugungsarbeit erfordern. Über die vielfältigen Aktionen des zivilen Ungehorsams, die sich mehr oder weniger über die gesamte BRD ausbreiten werden, läßt sich naturgemäß noch nichts Genaueres sagen. Alles in allem gibt es eine Menge von Anknüpfungspunkten, die nach vorne diskutiert, -demonstriert oder -blockiert werden können.

Klar ist bei allen Aktionen wohl eins: Es gibt nicht die bessere, wirkungsvollere oder radikalere Form des Widerstandes. Zum Beispiel wäre ein nationaler Protesttag nach chilenischem Vorbild für mich radikaler als ein Dutzend Blockaden - auch dann, wenn mit solchem Protest "nur" eine Großstadt für einige Stunden am normalen Funktionieren gehindert würde.

Bei aller Diskussion bleibt richtig, wenn jeder "seine" Form von Widerstand nach vorne bringt. Die Form, von der er meint, daß er dort sein Engagement am wirkungsvollsten einbringen und nach außen tragen kann. Das bleibt auch dann richtig, wenn staatlich finanzierte Provokateure à la Krefeld bei solcher Vielfalt der Aktionsformen leichter physischer Gewalt landen können und Zimmermann so ebenfalls leichter seine Vorwände findet.

Der Artikel wäre unvollständig, wenn nicht noch ein weiterer Diskussionspunkt der Friedensbewegung benannt würde. Es wird



sich durchaus darüber auseinandergesetzt, in wie weit auch für die Aktionen in der BRD z.B. sowjetische Raketen miteinzubeziehen sind. Daß es letztendlich auch um deren Abbau geht, bleibt ebenso klar wie die Verhinderung der "Nachrüstung" als aktuelles politisches Ziel, als erster Durchbruch an einem neuen Schritt zum Wahnsinn.

Alles in allem können wir konstatieren, daß die Friedensbewegung inzwischen in der Lage ist, den politischen Preis einer Stationierung sehr hoch zu schrauben. So hoch, daß der militärische und politische Nutzen derselben für die Stationierer kein Äquivalent mehr darstellt.

Klaus Peter Meinertz



KURZMELDUNG

EGON BAHR: "FRIEDENSBEWEGUNG MUSS WEITERMACHEN"

In einer SPD-Veranstaltung am 29.9.1983 in den Bonner Rheinterrassen äußerte Egon Bahr, Abrüstungs- und Spannungspolitiker der SPD, die Friedensbewegung müsse auch nach dem wahrscheinlichen Beginn der Stationierung von Pershing II-Raketen auf deutschem Boden im Dezember unbedingt weitermachen, da die Stationierung nicht an einem Tage geschehe. Bahr erwartet hierfür für den ganzen europäischen Raum eine Zeitspanne von bis zu fünf Jahren. Angesichts der Aufstellung von Raketen, die nur noch acht oder gar drei Minuten bis zu ihrem Ziel fliegen müssen, könne der Gegner nicht mehr kontrollieren, ob die Meldung gegnerischer Raketen einem Instrumentenfehler zugrunde liege, wie er in den USA schon 110 mal (!) vorgekommen ist, oder ob es sich um einen tatsächlichen Angriff handle; der Verteidiger müsse blind reagieren (launch-on-warning).
Gegen diese Raketen gelte es, das Äußerste zu tun. Was das Äußerste sein kann, präzisierete Bahr auch auf Nachfrage nicht!

Wilfried Busemann

No TIERT:

PETITION GEGEN RAKETENSTATIONIERUNG IN COMISO/SÜDSIZILIEN

Seine Exzellenz
Botschafter der
Republik Italien
Karl-Finkelburg-Str. 49
5300 Bonn 2

PETITION

Exzellenz,
heute, am 26. September 1983, findet in Comiso/Südsizilien eine symbolische Blockade des Haupttores der US-amerikanischen Militärbasis statt. Nationale und internationale Friedensgruppen bringen damit ihren Protest zum Ausdruck, gegen daß hier 112 Cruise-Missiles stationiert werden, wenn der NATO-"Nach"-Rüstungsbeschluß verwirklicht wird.
Die gewaltfreie Widerstandsaktion wird getragen, vorbereitet und durchgeführt vom IMAC (International Meeting against Cruise), das sich aus der regionalen Friedensorganisation CUDIP (Comitato Unitario Per Il Disarmo e La Pace) und anderen nationalen Friedensorganisationen zusammensetzt. Die Veranstalter rechnen mit ca. 3000 Teilnehmern. Es ist dies nach August die dritte gewaltfreie Widerstandsaktion.

Gleichzeitig werden in fünf Städten der USA und Europas - San Francisco, London, Bristol, Den Haag und Bonn - Solidaritätsaktionen stattfinden. Diese Aktionen werden von Mitgliedsgruppen der internationalen Friedensbewegungen durchgeführt mit dem Ziel, internationale Solidarität mit dem Widerstand in Comiso zum Ausdruck zu bringen und den Zusammenhang zwischen der Militarisierung Siziliens und der weltweiten Hochrüstung aufzuzeigen.

Die Unterzeichner dieser Petition fordern Sie auf, sich mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, daß die als "Nach"-Rüstung bezeichnete Aufrüstung in Europa und also auch in Italien verhindert wird.

Darüber hinaus ersuchen wir Sie, Ihren Einfluß geltend zu machen, damit die Auseinandersetzung um die NATO-"Nach"-Rüstung am italienischen Parlament nicht vorbeigeht. Die italienische Friedensbewegung fordert seit langem eine Parlamentsdebatte über die "Nach"-Rüstung.

Wir bitten Sie, diese Petition an den Ministerpräsidenten Italiens weiterzuleiten.

Mit friedlichen Grüßen

(Martin Möllenkamp) AK Comiso-Solidarität (Kath. Hochschulgemeinde)

VOLKSLAUF NACH BONN DER "INITIATIVE SPORTLER GEGEN ATOMRAKETEN/SPORTLER FÜR DEN FRIEDEN"

Samstag 22.10.83

Volkslauf nach Bonn

der Initiative "Sportler gegen Atomraketen - Sportler für den Frieden"

(Abschluß der Friedensstafette durch NRW von Bielefeld nach Bonn)

Start: 8.30 h in Wesseling, B 9 Kreuzung Eichholz/Urfeld

Einstiegsmöglichkeit in Bonn: Kölnstr., Wilhelmplatz

Kontaktadressen:

Mathias Bultmann, Brückenstr. 5, 5000 Frechen

Achim Weschek, Clemens-August-Str. 66, 5300 Bonn 1

Optionen für den Atomkrieg

Argumente zur Nachrüstungsdiskussion

¹⁴Die Vereinigten Staaten müssen fähig sein, in der Sowjetunion die innere Zone der militärischen Macht zu treffen, in abgesichertem Vertrauen darauf, daß die sowjetische Vergeltung quantitativ und qualitativ abgefangen, absorbiert und ganz allgemein auf einem "erträglichen" Niveau gehalten werden kann". Diese Worte von Colin Gray (zit. nach: Schlachtfeld Europa, Die GRÜNEN BaWü), einem engen Berater von USPräsident Reagan, machen deutlich, was in der neuen Atomkriegsstrategie der USA unter einem 'begrenzten Atomkrieg' verstanden wird. Die Waffen, die diese Strategie durchführbar machen sollen, werden, wenn es nach dem Willen der Regierenden geht, in wenigen Monaten bei uns stationiert. Wir haben in unserer Gruppe intensiv über die sog. Nachrüstung diskutiert und festgestellt, daß einem Begriff wie 'begrenzter Atomkrieg' und 'Erstschlagwaffen' schnell über die Lippen gehen, aber das einem Hintergrundwissen über die Rüstungspolitik oft abgeht. Angst vor noch mehr Atomwaffen in dem Land mit der größten Atomwaffendichte ist ein verständliches Gefühl. Diese Angst ist sehr produktiv, wenn man sich das Anwachsen der Friedensbewegung vor Augen führt. Dennoch fehlen vielen Nachrüstungsgegnern- und befürwortern oft das Wissen über die Hintergründe. Unser Diskussionsbeitrag will versuchen, einige Fakten zusammenzu tragen, ohne gleich einer militärtechnologisch-akademischen Raketenzählerei das Wort zu reden. Dieser Artikel ist das Ergebnis unserer Diskussion und der Beschäftigung mit der einschlägigen Literatur.

1. Die bisherige Atomkriegsstrategie

Ein annäherndes Gleichgewicht bei den Atomwaffen gibt es erst seit Ende der 60er Jahre. Zunächst besaßen die USA das Monopol bei diesen Massenvernichtungswaffen und vor dem forcierten Ausbau der eigenen Interkontinentalraketen konnte die SU den USA nicht mit der atomaren Vernichtung drohen, sondern nur den europäischen Natostaaten. Diese Funktion hatten die ab 1961 aufgestellten SS 4 und SS 5 Raketen. Europa übernahm also die Rolle einer Geisel im System der atomaren Abschreckung. Auf beiden Seiten galt das Prinzip der massiven Vergeltung¹⁵, Atomwaffen waren keine Instrumente der Kriegsführung, sondern das letzte Mittel für den Fall, daß nichts mehr geht. Dieses "Alles oder nichts" wurde allerdings bei den Supermächten bald als Manko eingeschätzt, da es wenig Handlungsspielraum ließ und sich Atomwaffen schlecht als politisches Druckmittel "nutzbar" machen ließen. "Die Supermächte suchten deshalb in ihrer Rüstungspolitik bereits nach Möglichkeiten (60er Jahre), die nukleare Schwelle zu unterlaufen, um politisch und militärisch wieder handlungsfähiger zu werden" (M. Görtemaker in D.S. Lutz, Die Rüstung der SU). Das Ergebnis war auf beiden Seiten ein aufgefächertes Arsenal an Atomwaffen (sog. Gefechtsfeldwaffen: Atomgranaten, taktische Raketen und z.B. die Neutronenbombe) mitsamt der Drohung des Einsatzes. Seit Ende der 60er Jahre gilt bei der NATO die Strategie der "reflexible response", d.h. die Einführung verschiedener Eskalationsstufen mit stufenweiser Steigerung der Verteidigungswaffen (also auch den bewußten Ersteinsatz von Atomwaffen; das Nichtingehen der NATO auf Ersteinsatzverzichtserklärungen ist noch

kein Zeichen von Kriegswillen, sondern Ausdruck der offiziell noch geltenden Strategie). Die globale Abschreckung sollte durch die in SALT festgelegte "gesicherte Zweitschlagskapazität" beider Seiten gewährleistet werden. Keine Macht sollte in der Lage sein, einen Atomkrieg gewinnen zu können; deshalb auch das Verbot von Raketenabwehrwaffen. Die Hoffnung auf einen erfolgsversprechenden Erstschlag sollte gar nicht aufkommen. Besondere Bedeutung zur Sicherung eines vernichtenden Zweitschlagpotentials kommt dabei den auf U-Booten stationierten Systemen zu, die praktisch nicht auszuschalten sind (hierbei hat die NATO einen zahlenmäßigen und technologischen Vorsprung).

2. Neue amerikanische Strategien

Dieses strategische Gleichgewicht, so umstritten und unmoralisch es auch sein mag, hatte sicherlich den Vorteil einer gewissen Berechenbarkeit der anderen Seite. In den USA scheint es mittlerweile ad acta gelegt zu sein, eine Strategie mit Nuklearwaffen als Instrument der Kriegsführung ist an seine Stelle getreten. Zeitgleich mit einer noch aggressiveren Politik zur "Sicherung der Interessen der freien Welt" (Schnelle Eingreiftruppe), wird nach neuen Optionen (=freie Wahl), dem magischen Wort in den amerikanischen Vorstellungen, gesucht, um durch nukleare Überlegenheit und Erstschlagsfähigkeit zumindest politisches Wohlverhalten beim Gegner zu erzwingen. Atomwaffen werden zum politischen Druckmittel und evtl. zum Instrument der Kriegsführung.

Beweise der amerikanischen Ziele gibt es genug: u.a. Carter's Direktive 59 (von 1980), die bemerkenswerten Artikel von Präsidentenberater Gray ("Victory is possible"), das Leitliniendokument des Pentagon von 1982 als offizielle Doktrin und nicht zuletzt die Reden von Reagan (nachzulesen bei A. Mechttersheimer, Dokumente zur Nachrüstung I und II). Die USA sollen in die Lage versetzt werden, "die gesamte sowjetische (und mit der SU verbündete) militärische und politische Machtstruktur auszuschalten" und "die Überlegenheit besitzen, die Sowjetunion zu zwingen, die frühestmögliche Beendigung der Feindseligkeiten unter Bedingungen anzustreben, die für die Vereinigten Staaten günstig sind" (Leitliniendokument). Die Pläne zur Enthauptung der SU und des (möglichst auf Europa) begrenzten und gewinnbaren Atomkriegs sind Realität!

3. Mittelstreckenwaffen in und für Europa

Bei der Ausführung dieser Pläne kommt Europa als Vorposten der USA eine besondere Rolle zu. Auf unserem Kontinent gibt es bereits eine Fülle von Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite (über 1000 km). Kräftevergleiche in dieser Hinsicht sind allerdings sehr widersprüchlich. Die SU hat noch alte Raketen des Typs SS 4 und SS 5 (früher etwa 600 bis 700); 162 britische und französische Gefechtsköpfe; die umstrittenen, da bei SALT mitgezählten, 480 U-Boot-Köpfe der Amerikaner in europäischen Gewässern, die direkt dem europäischen NATO-Hauptquartier unterstellt sind, sowie eine Vielzahl von Atombomben. Das Verteidigungsministerium sieht die NATO (mit England und Frankreich, aber ohne die U-Boote) im Nachteil, während anerkannte Rüstungsgegner in den U-Booten das adäquate Mittel gegen die Raketen der SU sehen und in etwa ein Gleichgewicht feststellen (Lutz, Bastian).

4. Die SS-20

Seit etwa 1975/76 stationiert die SU die neue SS 20, eine Modifikation der in SALT verbotenen SS 16. Die russische Mittelstreckenoffensive war scheinbar nicht unbedingt als eine solche geplant. Da sie die veralteten SS 4/5 ersetzen soll, entstand die These einer reinen Modernisierung. Das ist allerdings stark verharmlosend. Die SS 20 ist qualitativ besser (=totbringender), sie ist zielgenauer und sehr schnell einsetzbar. Mittlerweile stehen etwa 350 Stück gegen Europa und Asien gerichtet und jede Rakete besitzt drei Sprengköpfe (über 1000 Einheiten). Trotz Nachrüstungsbeschlusses, dem sie ja als Vorwand dient, haben die Russen fleißig weiter stationiert und sind in der Lage, u.a. ganz Europa einzuäschern. Ein frühzeitiger Stationierungsverzicht oder eine Reduzierung als einseitige, freiwillige Vorleistung, hätten der Sowjetunion sicherlich Pluspunkte und keinen Nachteil an "Sicherheit" gebracht (die SU ohne SS 20 ist ebensowenig schutzlos, wie Europa ohne Pershing). Aber solch ein Schritt paßt scheinbar auch den sowjetischen Militärplanern nicht ins Konzept, denn eine verstärkte Bedrohung von Europa, dem nahen und fernen Osten schafft natürlich auch für die SU politische und militärische Optionen. Neue strategische Möglichkeiten ergeben sich aus dieser Aufrüstung allerdings nicht, denn die USA können schwerlich erreicht werden und ein möglicher Erstschlag gegen Europa wäre zwar tödlich, würde aber den Atomkrieg noch nicht entscheiden.

5. Der NATO-Beschluß vom 12.12. 1979

Einmal abgesehen von der Gefahr, die von der Nachrüstung in Verbindung mit der Enthauptungsstrategie ausgeht, gibt es für die Begründung der Pershing und Cruise Missile eine Menge offene Fragen: Hat die NATO nicht bereits ein Gegengewicht? liegt es nicht nur in der Natur der Abschreckung, daß die SU auch Europa pulverisieren können muß (mitgegangen-mitgehangen) und dazu Mittelstreckenraketen haben muß (die NATO hat ja zwei Hauptterritorien)?; intendiert nicht schon die Forderung nach einem eurostrategischen Gleichgewicht die Möglichkeit eines auf Europa begrenzten Atomkriegs neben dem richtigen Atomkrieg (bisher wurde immer behauptet, ein atomarer Angriff gegen Europa würde automatisch die amerikanischen Vergeltung bedeuten)? Besonders in der letzten Frage liegt der Knackpunkt der Nachrüstung, denn die SS 20 ist zugegebenermaßen die Begründung, aber nicht der wahre Grund. Ex-Bundeswehrgenerallinspekteur Brandt: es ging hierbei "nicht darum, etwa dem Waffensystem SS 20 entsprechende Waffensysteme des Westens entgegenzusetzen" (nach A. Mechttersheimer zitiert). Die wahre Absicht der europäischen NATO-Staaten, die Nachrüstung zu fordern, ist eine andere. Schon aus der berühmten Londoner Rede H.Schmidts 1976 geht hervor, daß man eine Abkoppelung der Amerikaner von den europäischen Sicherheitsinteressen befürchtete. Will heißen, ob die USA im Falle eines atomaren Schlages gegen Europa angesichts des interkontinentalen Gleichgewichts überhaupt den Kopf hinhalten und die eigene Vernichtung riskieren würden? Die Nachrüstung soll wieder "koppeln" und bei einem Gegenschlag der NATO mit in Europa stationierten Raketen automatisch auch die USA einbeziehen. Diese Vertrauenskrise sollte auch durch den Brüsseler Beschluß überwunden

werden. '83: "Die Systeme s soll Euro werden. existenzie Bundesrep pressungsp Klartext: Schutz nicht an kanischen Das heißt, sondern,

Fi

Das Thes schen S tion. Schon ten die in die Hauptzie weltweit UdSSR ein Ziel nich der Fri ging dank Friedens funktionä tionen b walt in d Dies ist derlich, d densbewe verschied in der Li "Der Fri Friedens übereinst Bevölkerer bewegung tlik und d

Der sein

werden. Die Bundesregierung im Januar '83: "Die Aufstellung der amerikanischen Systeme soll verhindert werden. Damit soll Europa von den USA "abgekoppelt" werden. Dies verstieße gegen unsere existenziellen Sicherheitsinteressen. Die Bundesrepublik bliebe gegenüber dem Erpressungspotential der SS 20 schutzlos." Im Klartext: wenn man die Nachrüstung zum Schutz braucht, gibt man zu, daß man nicht an den Schutz durch die amerikanischen Interkontinentalraketen glaubt. Das heißt, daß nicht die Russen abkoppeln, sondern, daß wir scheinbar schon abge-

Dieser Plan hat nur eine Menge Schönheitsfehler: würden die USA nicht auch den Verlust der Pershing und Co. leichter verschmerzen, als die Einbeziehung ihres eigenen Territoriums?; käme es überhaupt noch zu einem "koppelnden" Zweitschlag, wenn die SU innerhalb von wenigen Minuten die BRD und mit ihr die Pershings plattmachen würden?, oder läßt es sich nicht auch einen "rein defensiven" Schlagabtausch zwischen der SU und den von den Amerikanern befehligten Nachrüstungswaffen denkbar werden? Die Amerikaner haben jedenfalls was ganz anderes mit den

Raketen vor und ließen sich ob des großzügigen Angebots der westeuropäischen Regierungen nicht zweimal bitten. Die Pershing paßt genau in das neue Konzept. Wenn man die wirklichen Absichten, die hinter der Nachrüstung stehen (offensichtlich bei Europäern und Amerikanern eine andere) erkannt hat, scheint die ganze Gleichgewichtsdiskussion überflüssig, denn stationiert werden soll sowieso. Die SU trägt allerdings mit ihrer Aufrüstungspolitik stark zur Legitimation bei. (Der zweite Teil mit dem Schwerpunkt "Mittelstreckenverhandlungen" erscheint in der nächsten AKUT).

Grüne Alternative Gruppe
(Karl-Heinrich Winter)

Friedensbewegung in der DDR

UNTERSCHIEDE ZWISCHEN ZWEI FRIEDENSBEWEGUNGEN

Das Thema Frieden hat im anderen deutschen Staat eine recht lange Tradition. Schon kurz nach Ihrer Gründung traten die ersten ostdeutschen Kommunisten in die Weltfriedensbewegung ein, deren Hauptziel es damals war, die Atomwaffen weltweit zu ächten. Seit jedoch auch die UdSSR diese Waffe besaß, wurde dieses Ziel nicht mehr so vehement vertreten. Aus der Friedensbewegung in Ostdeutschland ging dann Anfang der sechziger Jahre der Friedensrat der DDR hervor, deren Hauptfunktionäre aus dem Kreise der Organisationen bestand, die auch die Regierungsgewalt in der DDR innehatten.

Dies ist auch heute noch so. Kaum verwunderlich, daß es zwischen offizieller Friedensbewegung und Staat keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Dies kann man auch in der Literatur der DDR nachlesen: "Der Friedensrat verkörpert den mit der Friedenspolitik des sozialistischen Staates übereinstimmenden Friedenswillen der Bevölkerung der DDR in der Weltfriedensbewegung." aus: Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts, Berlin (Ost) S.198.

So ist natürlich für den Friedensrat der DDR sowjetrussische Politik stets Friedenspolitik, während es sich bei der Politik der USA stets um Kriegspolitik handelt. Denn, so die DDR-Regierung: "Sozialismus und Frieden sind wesenseins." Zitat E. Honeckers auf dem X. Parteitag der SED 1981.

Die Maxime Aufrüstung gleich Frieden hat auch in der DDR unverändert Gültigkeit. So der Staatssekretär für Kirchenfragen Gysi am 12.9.81: "Außerdem ist militärische Stärke der größte Beitrag zur Friedenssicherung."

Aus Opposition zu diesem Standpunkt entstand auch in der DDR Ende der siebziger Jahre eine zweite, inoffizielle Friedensbewegung, die in ihren Zielen mit der in der Bundesrepublik nahezu identisch ist. Als ihren Anwalt kann man die evangelische Kirche in der DDR bezeichnen, unter deren Schutz sie heute überhaupt nur existieren kann. Außerkirchliche Aktivitäten gibt es kaum, da diese in der Regel, wie das Beispiel Jena zeigt, direkt mit allen Mitteln unterbunden werden.

Jedoch auch die Aktivitäten, die unter dem Schutz oder der Mitarbeit der Kirche stehen, werden nur in engen Grenzen geduldet. Der Pazifismus wird als Gegner des Staates angesehen, denn er ist "eine bürgerliche Strömung und Ideologie, die unter der Losung des Friedens um jeden Preis gegen alle Arten des Krieges auftritt. Der Pazifismus läßt den Klassencharakter des Krieges unberücksichtigt und lehnt auch den gerechten Krieg.... ab" aus: kleines politisches Wörterbuch der DDR, Berlin (Ost), 3. Aufl. 1978.

Öffentliche Auftritte sind deshalb in der DDR für die Friedensbewegung fast unmöglich. Sogar das Symbol der ostdeutschen Friedensbewegung, das Wappen mit der Plastik des von einem russischen Bildhauer stammenden Kunstwerkes "Schwerter zu Pflugscharen" ist in der DDR verboten worden, und wird strafrechtlich als staatsfeindliche Hetze verfolgt.

Wie das Strafrecht der DDR und durch dieses der Staat jede Friedensaktivität unterdrücken kann, wird an folgendem Beispiel deutlich: Pazifist M. schreibt an die Jusos in Bonn einen Brief und bittet um 50 Blatt leeres Papier. Mit dieser Bitte hat er 8 Tatbestände verwirklicht und kann von jedem Gericht der DDR mit Strafen von ein bis acht Jahren bestraft werden.

Solche Einschüchterungstaktik engt natürlich den Spielraum der Friedensbewegung in der DDR stark ein. So ist die Friedensbewegung in der DDR, verglichen mit der Friedensbewegung in der Bundesrepublik



Als Wappen in der DDR verboten.

sehr klein. Das Hauptbetätigungsfeld der ostdeutschen Friedensfreunde ist auf den kirchlichen Bereich beschränkt, was jedoch ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit nicht unbedingt abträglich sein muß. Wichtig wird für sie in der Zukunft sein, die starke Position der Falken zu schwächen, die noch an den gerechten Krieg glauben und für diesen jeden Tag gerüstet sein wollen. Als Warnung vor solchen Leuten, die es leider in Ost und West gibt, die makaberen Worte des DDR Verteidigungsministers H. Hoffmann: "Wir teilen die Auffassung also nicht, die selbst fortschrittliche Menschen in der Friedensbewegung vertreten, im Atomzeitalter sei ein gerechter Krieg nicht mehr möglich und der Raketenkernwaffenkrieg wäre auch keine Fortsetzung der Politik der kämpfenden Klassen mehr, sondern nur noch atomares Inferno, Weltuntergang..." aus: Reden und Aufsätze, 1974-1978, Bd. 4 Berlin (Ost) 1979, S.220-221.

Literatur zum Thema: 1. Friedensbewegung in der DDR hrsg. von der Friedrich Ebert Stiftung Bonn 1982
2. Friedensbewegung in der DDR Texte 78 - 82 Hattingen 1982
3. Der Frieden muß bewaffnet sein in: Die Zeit vom 23.09.83 S.17-20

Bernd Hölzenbein



Der Frieden muß bewaffnet sein!

Gemeinsame Aktion

oder:

DIE SCHWIERIGKEITEN DES MITEINANDERUMGEHENS

Am Anfang war das Neuentreff im Oscar-Romero-Haus, in dem den interessierten "Friedenskämpfern" neueste Informationen zu der Blockade und Grundsätzliches zum System der Bezugsgruppen vorgestellt wurden. Die Atmosphäre an diesem Termin war recht gut und von Offenheit geprägt. Auf diesem Treff wurden abschließend dann auch einige neue Bezugsgruppen gebildet. Und obwohl mir noch nicht ganz klar war, ob ich an der Blockade teilnehmen würde, schloß ich mich auch einigen Leuten an.

In dieser Bezugsgruppe fanden sich die verschiedensten Leute zusammen. Angefangen von schon politisch sehr erfahrenen Leuten hin bis zu verhältnismäßig unpolitischen, die es aber jetzt für notwendig hielten, für den Frieden aktiv zu werden. Trotz oder vielleicht sogar wegen dieser Unterschiedlichkeit kamen wir in dieser Gruppe schnell über das erste Kennenlernen hinaus zu der ersten Aktion. Wie diese zustandekam machte mich hoffnungsvoll für die weitere Arbeit für diese Blockade. Ohne übertriebenes Spontium und Aktivismus einigten wir uns in zwei Abenden auf ein Flugblatt zum gewaltfreien Widerstand, das wir vor dem Woki verteilten, als dort "Gandhi" lief. Auf Grund dieser unkomplizierten Einigkeit und der Offenheit in der Gruppe konnte ich mich trotz vieler Ängste immer mehr mit der Teilnahme an der Blockade anfreunden.

Dann aber war ich das erste Mal beim Sprecherrat, zu dem alle Bezugsgruppen Vertreter entsenden und auf dem die Blockade grundsätzlich vorbereitet und ab-

gestimmt werden soll. Auf diesem Sprecherrat war dann das Diskussionsklima nicht mehr offen und ehrlich, sondern meist von Mißtrauen und unterschwelligem Verdächtigungen geprägt. Der Konflikt läuft im wesentlichen zwischen der härteren und einer weicheren Widerstandsform ab. Die Vertreter der härteren Linie wollen ihren Widerstand gegen die Raketenstationierung auch mit einer verstärkten Widerstandsform ausdrücken, die dann auch das Unterhaken bei der Räumung durch die Polizei und auch ein Blockieren der Polizeifahrzeuge beinhalten soll, die Festgenommene abtransportieren. Die weichere Linie lehnt diese Widerstandsformen ab, da sie nur geeignet seien, zu einer Eskalation der Gewalt durch die Polizei zu führen. Die Diskussion versteifte sich in mehreren Sprecherratsitzungen immer weiter, so daß ich mich gefragt habe, ob es überhaupt möglich ist, eine solche Aktion mit Leuten durchzuführen, die sich gegenseitig als Chaoten oder als Softies beschimpfen, auch wenn dies nicht wörtlich so passiert ist, aber in vielen Beiträgen so angeklungen ist.

Wie soll ich mich in Anbetracht zu befürchtender und zu erwartender Konsequenzen mit Leuten vor das Verteidigungsministerium setzen, die nicht in der Lage sind, bei allen unterschiedlichen Meinungen das Gemeinsame im Kopf zu haben und auch für diese gemeinsame Aktion Zugeständnisse zu machen? Wie kann mir das meine Angst und die vieler Anderer nehmen?

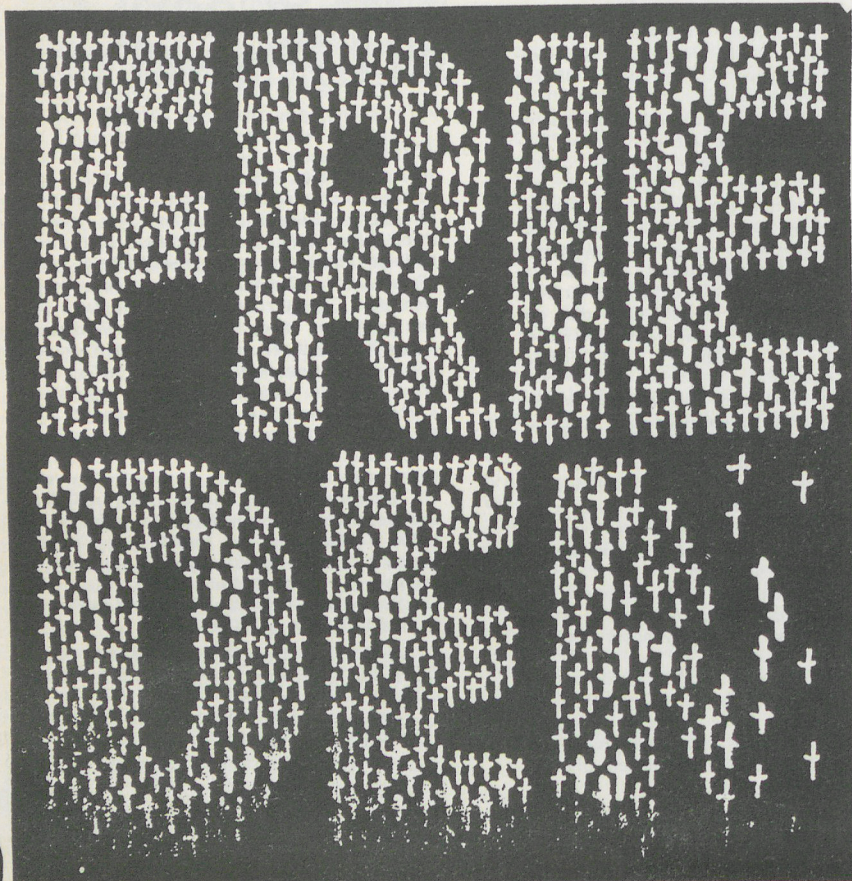
Fast jeden Mut hat mir dann eine Sitzung genommen, auf der sich zeigte, daß nur fünf Bezugsgruppen unbedingt bei der Räumung unterhaken wollen. Obwohl ich es auch wichtig finde, Streitfragen nicht direkt mit Mehrheitsfindung zu lösen, halte ich es doch für fair und nicht anders machbar, daß bei einer Mehrheit von ca. 45 : 5 Gruppen gegen Unterhaken die



Minderheit einlenkt oder aber, wenn dies nicht anders möglich, auch auf die Teilnahme an der Aktion verzichtet. Aber anstatt noch über Möglichkeiten einer Konsensfindung weiter zu diskutieren, kam dann von Vertretern der härteren Widerstandsform die Bemerkung "Ihr könnt beschließen, was Ihr wollt, wir haken trotzdem unter". Dann frage ich mich nicht nur, warum sich da über drei bis vier Wochen ein paar hundert Leute Gedanken darüber gemacht haben, wie man diesen Konflikt zwischen den beiden Linien lösen kann, sondern ich weiß auch nicht, wie man eine gewaltfreie Aktion gegen die Risiken einer Eskalation schützen kann, wenn man es noch nicht einmal schafft, sich bei der Vorbereitung über den grundsätzlichen Charakter der Aktion einig zu werden und noch nicht einmal die minimale Voraussetzung einer solchen Aktion gewährleistet wird, daß sich alle Teilnehmer an einmal beschlossene Grundsätze halten? Dies spricht doch allen Versuchen Hohn, das Risiko allen Teilnehmer so berechenbar wie möglich zu halten. Mir und auch vielen anderen, mit denen ich über dies geredet habe, nimmt diese Uneinigkeit und dieses Unvermögen, gemeinsam zu handeln, viel von dem Mut, den wir in diese Aktionen investieren zu investieren.

Auf das mich niemand falsch verstehe. Ich will hier niemand von Aktionen abhalten oder auch die Bonner Friedensbewegung spalten, wenn dies noch möglich wäre. Aber mir macht es einfach Angst und Bange, wie leicht wir es doch den Herrschenden machen, wenn wir uns um Kleinigkeiten so fetzen und vergessen, daß da in den Chefetagen Leute sich über genau dieses Verhalten tierisch freuen. Das zweite ist, daß ich mich frage, wie man gewaltfrei für Frieden arbeiten kann, wenn man auf der anderen Seite so aggressiv und feindlich untereinander diskutiert. Wo bleibt da eine gewisse Glaubwürdigkeit nach außen und die Konsequenz nach innen? Leider wird es bei Erscheinungstermin der AKUT zu spät sein, noch für die Hardtbergblockade was zu ändern. Aber vielleicht kann ich doch für die nachherbstlichen Aktivitäten zum Nachdenken anregen. Die Hoffnung, daß wir zu einem anderen wirklich gemeinsamen Handeln kommen, habe ich noch nicht aufgegeben.

Wilfried Löh



Wasserwerfer; Hunde Festnahmen

*

aber friedlich »

*Bitburger Lokalanzeiger v. 8.9.83

Blockade in Bitburg lautlos abgehakt

Der heiße Herbst - eine Begriffsprägung, die nicht nur auf die Substanz der Friedensaktionen, sondern auch auf ihre Form abzielt. Verwendet wird sie von denen, die eine inhaltliche Auseinandersetzung scheuen und die Aufmerksamkeit auf Fragen der Gewalt und der Rechtsstaatlichkeit lenken möchten. Diese subtile Vereinnahmung der Friedensbewegung vollzieht sich nicht nur auf propagandistischer Ebene, sondern auch auf der staatlichen Handlungsebene. Aufschlußgebendes Beispiel dazu waren die Blockaden amerikanischer Stützpunkte in Mutlangen und Bitburg vom September.

Großblockade in Mutlangen

Eine offenbar politisch kalkulierte Zurückhaltung der Polizei sorgte in Mutlangen für einen öffentlichkeitswirksamen Erfolg der Aktion.

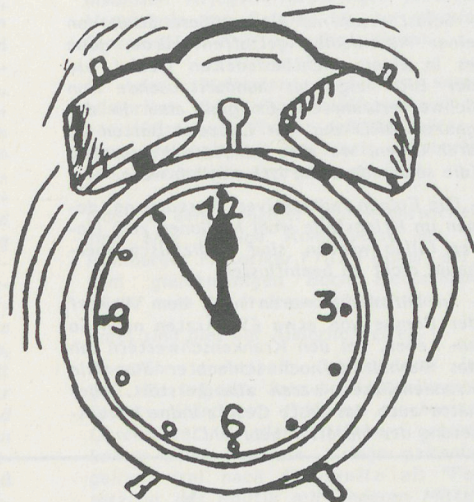
"Vor einem leeren Depot nutzt die Polizei ihren Ermessensspielraum" bemerkte die FAZ in ihrer Berichterstattung. Realistischer wäre die Interpretation, daß die sorgfältige Vorbereitung der Blockade durch Öffentlichkeitsarbeit und gewaltfreies Training sowie die hohe Beteiligung prominenter den Spielraum für polizeiliches Vorgehen einengten und ein positives Echo in Kauf genommen werden mußte.

Kleinkrieg in Bitburg

Das Reporterheer campierte gelangweilt in Mutlangen, während in der rheinland-pfälzischen Provinz eindrucksvolle Szenen festzuhalten waren.

600 - 800 Demonstranten, per Sternmarsch aus Trier, Nordeifel und Grenzgebiet angereist, standen einer gleichen Anzahl Polizisten gegenüber.

Geplant war eine symbolische Blockade



nicht beleuchtet; Randnotizen in der überregionalen Berichterstattung.

Der Transfer

Man kann darüber spekulieren, welches Echo die heiklen Bitburger Vorgänge bei einer entsprechenden Würdigung in den Medien gefunden hätten. Festzuhalten bleibt, daß Friedensaktionen und insbesondere Blockaden in ihrer Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht nur von ihrem Charakter und ihrem Ablauf, sondern auch vom Kalkül der Politiker und von den Reaktionen der Presse abhängen.

In Mutlangen waren aufgrund des bereits geweckten öffentlichen Interesses Reibungen zu vermeiden, in Bitburg wurde plump und schmerzlich kurzer Prozeß gemacht.

Die Nachrüstungsbetreiber wollen den Einfluß der Friedensbewegung zurückdrängen, auch wenn Verständnis für ihr Anliegen vorgegeben wird.

Mit einer differenzierten Taktik gegenüber den Friedensaktionen ist zu rechnen. Das Hauptaugenmerk muß dennoch auf die inhaltliche Auseinandersetzung, nicht auf die zwischen Polizei und Bürgern gerichtet werden.

Thomas Hallet



Reaktionen auf die angebliche Nötigung: Wegtragen, Drohgebärden der Hundestaffel, mehrmaliger Wasserwerfer-Einsatz, Androhung von Tränengas, Fotografieren und Filmen, Festnahmen und Abtransport ins Sammellager mit ED-Behandlung. Bilanz: Verbitterung und Entsetzen bei den Demonstranten, von denen 300 mit Verfahren zu rechnen haben; Unverständnis auch bei vielen Polizeibeamten; eine überforderte und verunsicherte, aber sich souverän gebende Einsatzleitung; und eine Lokalpresse, die sich mit der Chronik, nicht mit den Hintergründen beschäftigt, die die Aktion beobachtet und



Der Unsinn der Kriegs-Medizin

Die einzige Chance, sich vor den Folgen eines Atomkrieges zu schützen, ist, einen solchen Krieg zu verhindern.

Passend zum NATO-"Nach"rüstungsbeschluß begann man ab Frühjahr 1980 über ein Gesetz nachzudenken, mit dem man auch das Gesundheitswesen für den Ernstfall fit machen konnte: das Gesundheitssicherungsgesetz. Dieses Gesetz sollte das Gesundheitswesen den veränderten Erfordernissen im Verteidigungs- oder Spannungsfall anpassen.

Zu diesem Zweck sah es u.a. folgende Maßnahmen vor:

Ab Inkrafttreten sollten

- alle im Gesundheitswesen Beschäftigten (z.B. Zivildienstleistende, Ärzte, Schwestern, Schwesternhelferinnen und makabererweise auch Bestattungsunternehmer) in einem Zentralregister gespeichert werden, um sie im Ernstfall sofort dienstverpflichten zu können.

- in die ärztliche Weiterbildung kriegs- und katastrophenmedizinische Veranstaltungen aufgenommen werden. Dabei sollte u.a. die militärische Triage eingeübt werden. Dabei werden die Verletzten in drei Gruppen eingeteilt: Leichtverletzte, Schwerverletzte und hoffnungslos Verletzte. Dazu sagt eine Dienstordnung der Bundeswehr, "... daß sich im Gegensatz zur üblichen ärztlichen Handlungsweise die Sorge um den einzelnen den militärischen Erfordernissen unterordnen muß". So würden Rückenmarkverletzte z.B. in die Gruppe "hoffnungslos" fallen, weil sie trotz guter Überlebenschancen wahrscheinlich nicht mehr einsatzfähig werden.

- das Fach Kriegs- und Katastrophenmedizin in das Medizinstudium eingeführt werden.

Für den Kriegs- oder Spannungsfall regelte das Gesetz:

- die Eingliederung ziviler Ärzte in die militärische Befehlshierarchie,

- die weitgehende Räumung von Krankenhäusern, Altenheimen, Behinderteneinrichtungen etc. zwecks Unterbringung von Verwundeten.

In der öffentlichen Diskussion wurde das Gesetz praktisch nur als Katastrophenschutzgesetz behandelt. Den Gegnern des Gesetzes wurde vorgeworfen, sie wollten einen wirkungsvollen Katastrophenschutz für die Bevölkerung verhindern. Teilweise wurde die Forderung laut, Ärzten, die nicht an den geplanten Weiterbildungen teilnehmen wollten, die Aprobation zu entziehen.

Doch für den Katastrophenschutz bräuchte man kein neues Gesetz. Der ist schon auf Länderebene geregelt und bisher konnten mit den vorhandenen Gesetzen auch alle Katastrophen, z.B. die Hamburger Flutkatastrophe von 1962 gut bewältigt werden. Im Gesetz selber ist auch zu oft von Militär, Verteidigung usw. die Rede, als daß man noch an ein harmloses Katastrophenschutzgesetz glauben könnte.

Die Bewältigung der Folgen eines Krieges mit medizinischen Mitteln aber ist reine Illusion:

- Selbst wenn nur eine größere Stadt von einer Atombombe getroffen würde, gäbe es in einem dichtbesiedelten Gebiet wie der BRD zig- bis hunderttausende von Schwerverbrannten. Es gibt aber in der ganzen BRD nur ein Dutzend Betten an drei Orten, wo eine adäquate Versorgung (die sehr aufwendig ist) möglich wäre.

- Die Folgen radioaktiver Verseuchung, denen im Kriegsfall wohl Millionen zum Opfer fallen würden, sind medizinisch überhaupt nicht zu beeinflussen.

- In Hiroshima waren nach dem Abwurf der Bombe von etwa 650 Ärzten noch 60 am Leben, bei den Krankenschwestern sah das Verhältnis noch schlechter aus. Die Krankenhäuser waren alle zerstört. Hier hätte auch das beste Gesetz keine Verbesserung der Situation gebracht.

Nachdem sich auch die Gewerkschaft ÖTV gegen das Gesetz aussprach, zog die damalige Gesundheitsministerin Anke Fuchs den Entwurf zurück. Die CDU/CSU wertete dies als "nicht zu verantwortenden Kompromiß gegenüber der Friedensbewegung" und brachte nach der "Wende" ihren Entwurf eines Gesundheitsschutzgesetzes in die Diskussion, der in allen wesentlichen Punkten dem vorgestellten Entwurf entsprach.

Inzwischen ist etwas völlig neues im Gespräch: Bundesinnenminister Zimmermann will alle Kompetenzen an sich reißen und ein umfassendes Zivilschutzgesetz vorbereiten. Darin sollen die entsprechenden Pläne für das Gesundheitswesen enthalten sein. Wir sind sicher, daß er unsere schlimmsten Befürchtungen nicht



Diese Tatsachen zeigen, daß die Namen Gesundheitssicherungsgesetz und Gesundheitsschutzgesetz reine Augenschwermerei sind. Denn im Falle eines Atomkrieges kann Gesundheit weder geschützt noch sichergestellt werden.

Deshalb organisierte sich schon sehr bald eine breite Widerstandsfront gegen das Gesetz. Ärzte und Pflegepersonal gründeten an vielen Orten Initiativen, die der Bevölkerung durch Flugblätter und Aktionen wie "Triageübungen" in der Innenstadt klarmachten, worum es ging. Zu mehreren bundesweiten Kongressen kamen bis zu 3000 Teilnehmer. Thema einiger Arbeitsgruppen war das Verhalten der Mediziner im Faschismus. Damals hatten fast alle geschwiegen und mehr oder weniger bereitwillig mitgemacht. Das sollte sich nicht wiederholen.

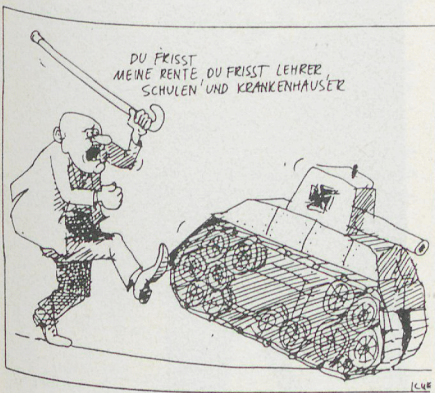
enttäuschen wird.

Unabhängig von allen geplanten Gesetzen setzen die Ärzteinitiativen ihre Aufklärungsarbeit über die medizinischen Folgen eines Atomkrieges fort. Gleichzeitig ist aufzudecken, wie sehr auch heute wieder Mediziner an der Kriegsforschung beteiligt sind. Besonders die Militärpsychiatern haben eine recht ungebrochene Tradition bis in die Kaiserzeit zurück. Auch die Bonner Fakultät mischt kräftig mit: fünf Professoren sind Mitglieder des Wehrmedizinischen Beirates des Verteidigungsministeriums, ein PsychiatrieProfessor betätigt sich auf dem Feld der Wehrpsychiatrie und in der Pharmakologie wird über Kampfgase geforscht.

Volker Köllner

Historische FRIEDENS-Forschung

Engagement für den Frieden erstreckt sich nicht allein darauf, an Friedensdemonstrationen und Blockaden teilzunehmen. Gerade Studenten können im Zentrum ihres Alltags wertvolle Beiträge leisten zur Friedenssicherung, wenn sie ihr Studium als Friedensforschung konzipieren, die unerlässlich Bestandteil der Friedenssicherung ist. In vielen akademischen Fächern liegt die Problematik offen zutage: Daß Mediziner sich mit Katastrophenmedizin auseinandersetzen, die vorgekauelt soll, medizinische Versorgung und Heilung sei auch nach dem Atomschlag möglich, ist nunmehr ebenso selbstverständlich wie die Aktivitäten von Physikern und Chemikern, die der Kriegsforschung in ihren Instituten nachspüren; ganz zu schweigen von Politologen, Soziologen, Psychologen, Pädagogen u.a., welche seit 1970 im organisatorischen Rahmen der "Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung" eben diese betreiben und damit einige Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden haben - so viel, daß CDU-regierte Bundesländer der Gesellschaft nun den finanziellen Garaus bereiten.



Von alledem weit abseits stehen die deutschen Historiker - von einigen löblichen Ausnahmen abgesehen. Nun, es wäre auch zu peinlich, die Friedfertigkeit einer Wissenschaft herauszukehren, deren Geschichte lange Zeit nur das Gegenteil aufzuweisen scheint. Die Geschichtswissenschaft wurde groß und einflußreich in dem mit "Blut und Eisen" geschmiedeten Hohenzollern-Kaiserreich, dem sie "Preußens (gewalttätigen) deutschen Beruf" bescheinigte als ideologisch-legitimatorische Integrationsklammer divergierender sozialer Schichten, deren soziale Energien damit auf Flotten- und Expansionspolitik orientiert wurden: Vorstufe zum Weltkrieg!

Namhafte deutsche Historiker waren im I. Weltkrieg führend daran beteiligt, die maßlosen Kriegszielforderungen (deutsche Hegemonie von Belgien bis zur Ukraine) konservativer Kräfte zu formulieren.

In der Weimarer Republik wiesen Historiker die Kriegsschuldfrage weit ab von Kaiser und Reich; daß sie später in ihrer Mehrheit mit den Nazis kollaborierten, sei hier nur am Rande erwähnt.

Noch in den sechziger Jahren entwickelte sich eine heftige Kontroverse um den Hamburger Historiker Fritz Fischer, der in dem gleichnamigen Buch Deutschlands "Griff nach der Weltmacht" nachwies.

Indes sind dies nur Äußerlichkeiten.

Ungefähr anderthalb Jahrhunderte lang galt der folgende Satz bei Historikern als Selbstverständlich: "Männer machen die Geschichte!" Zu diesen Männern gehörten immer auch Generale. Kriege galten (und gelten) frei nach Clausewitz als "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" oder wurden (und werden) als schicksalhaft-unvermeidlich dargestellt. Durch die häufige Nennung von Kriegen und Schlachten in Vorlesungen aller Epochen besteht noch heute die Gefahr, daß der Student sich an die "Normalität" von Kriegen gewöhnt und damit auch in Kauf nimmt, in seiner eigenen Gegenwart auf der Bombe zu leben. Wenn heute - wie es in Bonn oft genug vorkommt - Krieg als

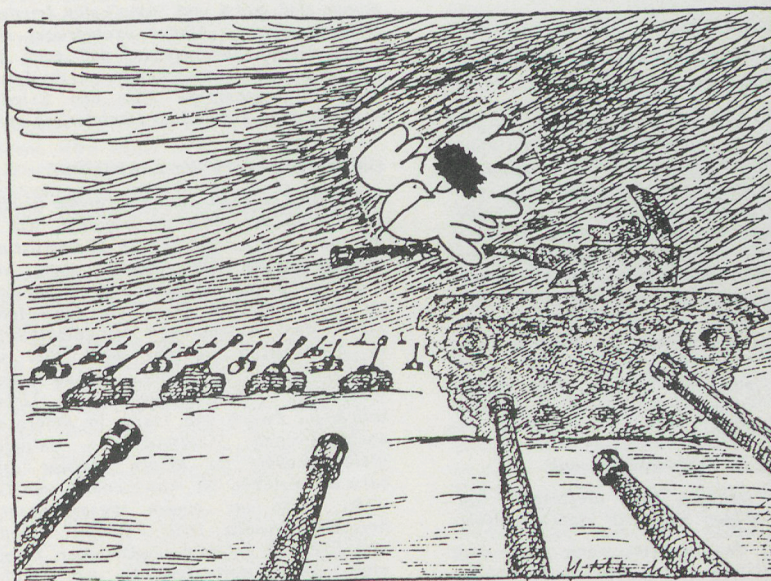
geeignetes Mittel politischen Gestaltungswillens dargestellt wird, ist das nichts anderes als ideologische Aufrüstung, zumal das alles hier in Bonn oft genug einhergeht mit einer widerlichen Heroisierung des Krieges. Hier wie andernorts sind sich Historiker häufig nicht zu schade, Vorurteile, Klischees und Feindbilder der Gegenwart über die Beschäftigung mit der Vergangenheit zu bestätigen, zu verfeinern und zu vervollständigen. Man vergleiche einmal ein Geschichts-Schulbuch von heute mit einem von vor dem I. Weltkrieg: Die Rolle, die heute der UdSSR teilweise zu Recht zugeschrieben wird, mußte in jener Zeit der "Erbfeind" (!?) Frankreich spielen. Ziel dieser Art von Geschichtsforschung und Geschichtsvermittlung ist nicht die aktive Bereitschaft zum Frieden, sondern die unbedingte, ja unüberlegte, "totale" Wehrbereitschaft, die Bereitschaft, sich als Kanonenfutter verheizen zu lassen. Langemarck war eine erfolgreiche Lernzielkontrolle.

Nunmehr ist klar, welche Aufgaben die historische Friedensforschung sich stellt: Sie will in einem ersten Schritt Dozenten, Studenten, Lehrer für die Aggressivität historischer Arbeitsergebnisse sensibilisieren. Sie will sodann die "Fehler" traditioneller Geschichtsbetrachtung problematisieren, korrigieren und aufheben.

Aus der Kritik des Alten entwickelt sich das Neue. Was historische Friedensforschung alles zu leisten vermag, kann an diesem Ort nicht ausgeführt werden, weil dafür die Programme, Intentionen und Ergebnisse mittlerweile zu umfangreich, mitunter auch unübersichtlich und widersprüchlich sind. Befaßt man sich mit ihren Grundlagen, ist man recht bald in klassische Kontroversen der Philosophie und Wissenschaftstheorie, aber auch der Geschichte, Politik und Pädagogik vertieft. Demjenigen, der sich für historische Friedensforschung interessiert, sei statt oberflächlicher Zusammenfassung ein kleines Buch empfohlen:

Annette Kuhn: Theorie und Praxis historischer Friedensforschung. Stuttgart 1971. Im Historischen Seminar katalogisiert unter: VSW Fz 12.

Wilfried Busemann



Wege zum Frieden:

Streitbare Wanderer auf getrennten Pfaden

Kein Thema beschäftigt die Öffentlichkeit derzeit so wie das Thema Frieden. Die Darstellung in den Medien geht von A bis Z, von "Atomwaffe" bis "Zerstörungspotential", die Diskussion geht bis in die Universität. Zu hoffen ist, daß in der Atmosphäre akademischen Disputs anders als zum Beispiel jüngst in Loccum, wo gewalttätige "Friedensfreunde" eine Diskussion zwischen Friedensbewegung und Befürwortern des NATO-Doppelbeschlusses verhindert haben, dies an der Universität möglich bleibt. So werden im folgenden nicht bekannte Zahlen und Kräfteverhältnisse, nicht die bekannten Argumente für den vom Verfasser in beiden Teilen befürworteten Doppelbeschuß dargestellt, sondern wird die Diskussion selbst thematisiert. Daß sie stattfindet, ist nämlich gut, denn der Friede, besser charakterisiert als Friede in Freiheit, ist Grundbedingung unseren Daseins.

Einseitigkeit in der Diskussion

Bedenklich ist die Einseitigkeit, mit der das Thema gerade von denen, die besonders in der Lautstärke den Ton angeben, angegangen wird, so auch in den letzten Ausgaben der "Akut", so in der Öffentlichkeitsarbeit des Söldner-Rembold-AStA. Einseitigkeit besteht bereits darin, daß diese sicherlich große politische Herausforderung in der Diskussion allen anderen großen Herausforderungen, so Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung, an der Universität wichtige studentische Probleme, die da anfallen, verdrängt, die dringlicher sind als das Thema Frieden, denn der ist - jedenfalls in seiner Minimaldefinition als Abwesenheit manifesten militärischer Gewalt - in Europa sicher.

Schlimmer ist eine andere Art der Einseitigkeit, schlimm die Art und Weise, wie um den Weg zum gemeinsamen Ziel gestritten wird, schlimm die verbale und tätliche Gewalt, der Unfrieden unter dem Zeichen des Friedens.

Frieden wollen alle

Wir alle klaren Sinnes sind uns um die Unumstößlichkeit des Friedenspostulat einig. Doch die Einigkeit endet, wenn es um den Weg geht, wie der Frieden auch in Zukunft zu sichern sei, ob "Frieden schaffen ohne Waffen" oder "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" der richtige Weg sei. Beide Positionen sind legitim, für beide gibt es Argumente, doch beide zugleich können nicht richtig sein. Unterschiedlich ist das jeweils zugrundeliegende Menschenbild, ist das Maß an Vertrauen dem Osten gegenüber, auch an Vertrauen den politischen Entscheidenden der eigenen, der westlichen Seite gegenüber. Hierzu: Denen ist wohl eher zu trauen, die demokratischer Kontrolle unterstehen, also denen im Westen.

Bundeswehr ist Friedensbewegung

Allzu oft nehmen sich diejenigen, die einen der beiden Wege für richtig halten, das Recht, den anderen wenn nicht den Friedenswillen so doch die Friedensfähigkeit abzusprechen. Mit welchem Recht, so ist zu fragen, besteht dieser Absolutheits-

anspruch derer, die Frieden ohne Waffen zu erreichen suchen, der sich in dem sich selbst gegebenen Namen "Friedensbewegung" widerspiegelt? Schließlich ist auch der, der den Frieden mit Hilfe seiner und seines Landes Verteidigungsfähigkeit sichern will, als friedenswilliger Teil der Friedensbewegung, wenn diese definiert ist als Zusammenschluß all derer, die den Frieden bewahren wollen.

Rolle der Kommunisten

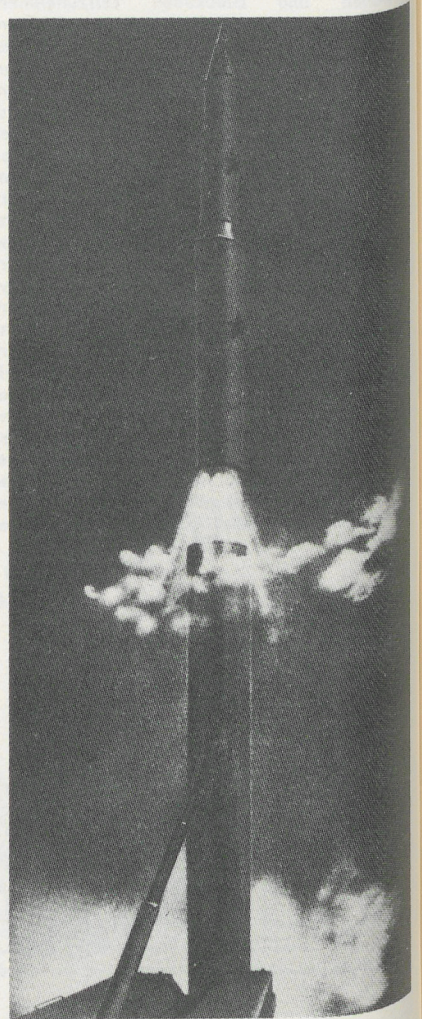
Bei zu unterstellendem Willen und persönlicher Fähigkeit zum Frieden bei beiden miteinander streitenden Lagern gibt es doch bei denen, die "Frieden schaffen ohne Waffen" rufen, neben denen, die Ost und West gleichermaßen meinen, welche, denen alleine westliche Waffen ein Dorn im Auge sind, und denen auch das politische und wirtschaftliche System des Westens ein Dorn im Auge ist. Dort gibt es neben geistigen Verbindungen auch finanzielle Zuweisungen aus Moskau und Ost-Berlin. Kommunistische und diesen nahestehende Organisationen gebärden sich als Teil der Friedensbewegung, übernehmen in ihr Koordinationsaufgaben. Wenn auch der Ausdruck "Fünfte Kolonne Moskaus" nicht glücklich gewählt und einer sachlichen Diskussion miteinander nicht allzu förderlich war, zeigt sich der friedensbewegter Argumentation folgender Teil der Sozialdemokraten von solcher Bezeichnung durch Minister Geißler als derart getroffen, wie sich nur getroffen fühlen kann, wer sich erkannt fühlt in einem Zustand, den er selbst nicht wahrhaben und am liebsten verdrängen will und auch verdrängt hat, und an den er plötzlich erinnert wird. Alle Wohlmeinenden in der Friedensbewegung, sicher die Meisten, seien daran erinnert, daß die kommunistischen Machthaber im Osten sie für nützlich halten, daß kommunistische Parteien hier im Westen die Friedensbewegung für fruchtbaren Boden für ihre Arbeit halten. Alle Kommilitonen, die davon, daß AStA und "Akut" sich Friedensbewegt geben, zunächst beeindruckt sind, seien darauf hingewiesen, daß auch dort Kommunisten mitarbeiten. Kommunistisches Engagement "für den Frieden" sollte immer Anlaß zum Nachdenken sein.

Die "Friedensliebe" der Sowjetunion

Schließlich verhält sich der "große Bruder" in Moskau gar nicht so friedlich, wie an der nicht wegzuredenden SS 20-Vorrüstung, konventioneller Überrüstung, dem vor-schnellen Jumbo-Abschuß und massenmord an 269 Menschen über dem japanischen Meer, dem andauernden Neokolonialkrieg in Afghanistan sichtbar wird. Wer von Frieden spricht, darf hierzu nicht schweigen, ebensowenig über Unterdrückung, Zwang und Terror im Innern der sozialistischen Staatenwelt - natürlich gleichermaßen im Innern rechter Diktaturen. Frieden ist Abwesenheit von Gewalt, doch im Innern dieser Staaten herrscht Gewalt, fehlt Freiheit. Frieden und Freiheit gehören unabdingbar zusammen. Wo Gewalt herrscht und Freiheit fehlt, ist kein Frieden. Unter kommunistischer Herrschaft ist also kein Frieden.

Weniger Waffen

Daher bedeutet das Schlagwort "lieber rot als tot" keine Alternative, denn die "pax sovietica" ist nicht Frieden. Diese Erkenntnis ist Grund dafür, keine entscheidene militärische Überlegenheit des Osten zu zulassen, sondern auf Gleichgewicht zu bestehen, "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" einseitigen Verhandlungen in Genf zum Erhalt des Gleichgewichts selbst Raketen aufzustellen.



Sowjet-Rakete SS-20

gewicht selbst Raketen aufzustellen. Die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten Reagan am 26. September vor der UN-Vollversammlung sind ein Schritt zu weniger (Atom-) Waffen in Europa. Hoffentlich ist die Sowjetunion bereit, ihn mitzugehen. Um Frieden in Freiheit nicht mit dem auch monetär hohen Preis sonst notwendiger Nachrüstung zu belasten. Viele solcher Schritte führen zum Frieden ohne Waffen in Ost und West, und an diesem Punkte werden sich hoffentlich die Wanderer auf den verschiedenen Wegen zum Frieden wiederfinden.

Gordon Gniewosz

RAKETEN FÜR DEN ATOMKRIEG

Stellen wir uns vor, der Ostblock würde tatsächlich - wie uns ständig Angst gemacht wird - militärisch in unser Land einmarschieren: Diese Invasion würde mit konventionellen Waffen und taktischen Atomwaffen gestoppt werden. Mit den feindlichen Truppen wäre jedoch auch der größte Teil der Bundesrepublik zerstört und atomar verseucht. Verteidigung bedeutet für uns im Ernstfall Selbstzerstörung. Wir sind das Land, mit der größten Atomwaffendichte auf der Welt, wir sitzen buchstäblich auf einem Pulverfaß. Was tun wir, damit dieses Pulverfaß nicht explodiert? Wir vertrauen dem Abschreckungssystem. Dieses Abschreckungssystem beruht darauf, daß das angegriffene Land vor der eigenen Zerstörung seine Atomwaffen startet und damit den Angreifer ebenfalls zerstört. Das Risiko des Gegenangriffs, des "Zweitschlags", ist zu hoch, es schreckt den Angreifer ab.

Dieses Abschreckungssystem ist heute noch herrschende "Verteidigungs"politik. Doch seit Jahren zielt das Wettrennen der Großmächte auf die Entwicklung von Waffen, die den Gegner besiegen können.

Ein Mehr an Waffen bringt keinem Vorteile, jeder hat heute genug Waffen, um die Welt x-fach zu vernichten. Waffen aber, die die feindliche Macht mit einem "Erstschlag" zerstören, bevor diese ihr Vergeltungs-, ihr Zweitschlagspotential starten kann, eröffnen neue militärische Perspektiven: Erstschlagswaffen machen einen Atomkrieg führbar.

Bei den neuen US-Raketen, die im Herbst stationiert werden sollen, handelt es sich nach der Einschätzung der Friedensbewegung um solche Erstschlagswaffen. Sie sollen in einem überfallartigen Einsatz die militärischen Führungs- und Raketenbunker der Sowjetunion zerstören. Die so "enthaupetete" Ostmacht hätte nur noch die Alternative, zu kapitulieren oder mit den restlichen Truppen einen Krieg gegen den Westen zu führen - ohne militärische Führung und Atomraketen aussichtslos.

Was macht die neuen Atomraketen zu Erstschlagswaffen?

Die Pershing II trifft in weniger als 10 Minuten Moskau, wenn sie von unserem Land abgeschossen wird. Ihr neuartiges Computer-Leitsystem tastet das Zielgebiet mit Radar ab und lenkt den Sprengkopf mit einer Abweichung von unter 50 Metern genau ins Ziel. Neben den üblichen Atomsprengköpfen soll die Pershing II mit einem Spezialsprengkopf ausgerüstet werden, der sich am Ziel mit doppelter Schallgeschwindigkeit tief in den Boden eingräbt. In Verbindung mit der einzigartig hohen Treffgenauigkeit kann dieser Sprengkopf unterirdische Bunker vernichten. Die offizielle Reichweite beträgt 1800 km, vergleichbar schwere US-Raketen können jedoch auch doppelt so weit fliegen. 1800 km würden schon genügen, um alle Kommandozentralen um Moskau zu erreichen.

Sämtliche Pershing II sollen in der BRD stationiert werden. Wie viele es sind, ist noch unklar. Die Bundesrepublik spricht von 108 Raketen, im NATO-Beschluß ste-

hen 108 Abschußgeräte, die jeweils mehrere Raketen abschießen könnten. Das amerikanische Beschaffungsprogramm sieht 385 Raketen vor.

Auch bei dem Marschflugkörper "Cruise Missiles" lenkt ein Kleincomputer die Rakete mit einer Abweichung von unter 100 Metern genau ins bis zu 3000 km entfernte Ziel. Insgesamt sollen 465 Cruise Missiles in Westeuropa stationiert werden. Sie fliegt langsamer als die Pershing II, ist aber aufgrund ihrer niedrigen Flughöhe vom feindlichen Radar kaum zu erfassen.

Die neuen Atomraketen geben der USA erstmalig die Chance, innerhalb kurzer Zeit die militärischen Nervenzentren des Gegners mit zielgenauen Atomsprengköpfen zu treffen. Diese Waffen sind keine Abschreckungswaffen mehr, sondern Kriegsführungswaffen.



Sie entsprechen der neuen NATO-Militärstrategie, der "Direktive 59": Militärische Punktziele sollen mit kleinen, aber zielgenauen Sprengköpfen vernichtet werden, nicht mehr die Zerstörung ganzer Städte durch große Sprengköpfe angedroht werden. Ein Atomkrieg wird dadurch kalkulierbarer und risikoärmer: "Das ist nicht einmal negativ zu sehen. Ein amerikanischer Präsident wird einen Atomkrieg eher auf militärische Objekte erlauben als auf Menschensiedlungen" urteilt die führende konservative Zeitung "Frankfurter Allgemeine".

Die Amerikaner hoffen, durch die Erstschlagswaffen einen Atomkrieg "begrenzbare" und "gewinnbar", also führbar zu machen: "Galt bisher die These, die Atomwaffen seien politische Waffen, man setze sie nicht ein, so nähert man sich jetzt der Auffassung, das nukleare Arsenal habe politischen Sinn nur, wenn die Waffensysteme auch militärisch genutzt werden können" ("Frankfurter Allgemeine").

"Die militärischen Planer der USA sind überzeugt, daß es früher oder später um Krieg zwischen den USA und der UdSSR kommen wird - und dieser Krieg wird ein nuklearer sein. Die Amerikaner gehen davon aus, daß der dritte Weltkrieg ebenso wie der Erste und der Zweite in Europa ausgefochten wird" sagte US-Admiral

LaRosque, der sieben Jahre lang für die strategische Planung im US-Verteidigungsministerium verantwortlich war und es wissen mußte.

Wenn man einen Atomkrieg für unvermeidbar hält, dann liegt jedes eigene Interesse darauf, diesen Atomkrieg unter möglichst geringen eigenen Verlusten zu gewinnen. Dies sollen Pershing II und Cruise Missiles ermöglichen. Ergänzt werden sollen sie von gleichqualifizierten U-Boot-Raketen vom Typ "Trident II". Weiter gehört in das einzigartige Aufrüstungsprogramm, das Reagan plant, neue MX-Interkontinentalraketen, die Neutronenbombe, Laserwaffen, Anti-Raketen-Raketen, Eingreiftruppen u.v.m. In einer Zeit, in der politische Konflikte zunehmen, in der die Industrieländer "ihre" Rohstoffe in der Welt gefährdet sehen, setzt die USA auf militärische Lösungen. Doch was, wenn sich ein Konflikt auf Europa ausweitet und der Westen zum atomaren Erstschlag gen Osten ausholt?

Die atomare Vernichtung: Plan Euroshima

Dann wird der "Plan Euroshima" Realität. Die neuen US-Raketen vernichten militärische, politische und wirtschaftliche Zentren des Ostens. Die Sprengkraft einer jeden Rakete reicht, um einen riesigen Krater in die Erde zu reißen. Große Landflächen werden unter einer strahlenden Asche begraben, das Land wird durch die Strahlung radioaktiv verseucht. Ein solcher Krieg mit Millionen Toten ist ein beispielloses Kriegsverbrechen.

Doch können wir hoffen, verschont zu bleiben? Die Sicherheit, daß alle gegnerischen Atomraketen vernichtet werden, gibt es nicht. Und wenn, es blieben Ost-Armeen mit genügend konventionellen Waffen und taktischen Atomwaffen, um Westeuropa anzugreifen: "Bei bestimmten Annahmen sprechen Schätzungen davon, daß es 10 Millionen Opfer auf einer und 100 Millionen auf der anderen Seite geben wird. Aber das ist ja nicht die ganze Bevölkerung" (E. Ristow, Leiter der US-Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde). Der Atomkrieg wäre "gewonnen", wobei einzig die USA sich ausrechnen kann, ohne Treffer zu bleiben. Nach der Niederzwingung wäre sie unangefochtene Weltmacht Nr.1. Der USA verfügt alleine über den Einsatz der Atomwaffen in der BRD: "Keine deutsche Regierung hat jemals ihre eigene Bevölkerung derart fremden Mächten ausgeliefert" (J. Wernicke).

Die neuen US-Atomraketen machen einen Atomkrieg wahrscheinlicher, weil sie ihn vorbereiten sollen. Sie sind wie die neue NATO-Strategie Kinder einer Ideologie, für die Frieden kein Ziel, sondern lediglich ein Zustand ist, der von der Politik bestimmt wird. Erlauben die Waffen einen Krieg, und erklärt die Politik ihn für derzeit geeigneter als den Frieden, wird die atomare Vernichtung beginnen.

Heute stehen wir vor der Entscheidung: Weiteres Aufrüsten mit Atomraketen, die einen Atomkrieg möglich machen, oder Stopp jeder weiteren Aufrüstung und Beginn einer gleichmäßigen Abrüstung, damit der Frieden möglich bleibt.

"Nur der Widerstand gegen Pershing II und Cruise Missiles verhindert, daß wir zu den toten Gewinnern eines Atomkrieges zählen werden!" (Die Neue)

Norbert Büllesbach

FRAUEN ALS RESERVEARMEE

Frauen in die Bundeswehr - wir sagen nein! - Schön, aber das genügt nicht! Frauen dienen Kriegszwecken nicht nur in der Armee. Denken wir nur an die "Heere" von Schwesternhelferinnen, die beim Roten Kreuz ausgebildet werden und im Ernstfall zu zivilen Hilfsdiensten verpflichtet sind. Aber damit nicht genug: Gemäß Art. 12a Absatz 4 und 6 des Grundgesetzes können alle Frauen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahr im Verteidigungsfall bzw. "Spannungsfall" zu zivilen Dienstleistungen verpflichtet werden. Aber im Ernstfall werden wir auch als industrielle Reservearmee einkalkuliert. Auf diesen "Ernstfall" können wir aber trotz hinreichend drohender Anzeichen noch ein Bißchen warten, im Moment nehmen wir den Männern allenfalls die Arbeitsplätze weg. Zur Zeit ist unsere mehr oder weniger natürliche Bestimmung die der Hausfrau und Mutter.

Wie sich die Bilder gleichen

1913 waren in Deutschland 10,8 Millionen Frauen erwerbstätig. 1918 waren es schon 16 Millionen. Aus der weiblichen Reservearmee wurden also immerhin 5,2 Millionen Frauen für die (sogenannte) kriegswichtige Industrie rekrutiert. Diese Entwicklung begann 1916, als sich der Arbeitskräftemangel in diesen sonst überwiegend mit Männern besetzten Industriezweigen bemerkbar machte. Bei der Eisenbahn waren beispielsweise 1914 10.000 Frauen beschäftigt, 1918 waren es 107.000. (Doch die Männer verstanden es auch jetzt noch, bestimmte Domänen vom weiblichen Einfluß freizuhalten, ihr Kindertraum vom Lokomotivführer blieb ihnen auch weiterhin vorbehalten, Lokomotivführerinnen durfte es auch 1918 nicht geben.)

Am 6. März 1917 wurde die Streichung der Unterstützung für die soldatenfrauen angeordnet, die die Arbeitsaufnahme verweigerten.

Die betrogene Generation

als ich fünfzehn war
hätt ich gern
Blumen gepflückt

aber man schickte mich in die Fabriken
die Posten der Männer zu besetzen

ich lernte mit Pechdraht
und Hammer umzugehen
und mit harten Worten

als ich sechzehn war
hätt ich gern
Lieder gesungen

aber man schickte mich in die Fabriken
die Posten der Männer zu besetzen

ich lernte mit Akkordrhythmen
die Zeit zu erschlagen
und sie mit Träumen
zu überleben

als ich zwanzig war
hätt ich gern
Händchengelassen

aber man schickte mich in die Trümmer
die Spuren des Krieges zu verwischen

ich lernte Steine liebkosen
und Wünsche begraben

ilse kibgis

Am 2. Dezember 1916 wurde ein Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst erlassen. Was die Bezahlung anging, so verringerte sich während des Krieges zwar die Differenz zwischen Frauen- und Männerlöhnen, Frauen verdienten aber auch 1918 nur 48 % des durchschnittlichen Arbeitslohnes. Die am 28. März 1919 erlassene "Verordnung zur Freimachung von Arbeitsstellen zur Zeit wirtschaftlicher Demobilisierung" bescherte den Frauen ja dann auch wieder das Hausfrauenglück, so wurden z.B. aus dem öffentlichen Dienst alle Frauen wieder entfernt.



Mutterkreuz und Heimatfront

Diese Widersprüchlichkeit steigerte sich im Faschismus zu einer doppelgesichtigen Ideologie. Einerseits die Gebärung arischer Kinder und die Haushaltung mit dem Volksvermögen, andererseits der Dienst an der Heimatfront, d.h. in der Rüstungsindustrie und auch direkt im militärischen Bereich. Also: Ehrenkarten und Mutterkreuze für kinderreiche deutsche Mütter und 300.000 Frauen im Heer (1943/44).

Und unsere amerikanischen
Freunde ?

Deren Verhalten wird dokumentiert in dem Film "Rosie, die Nieterin". Sonst nur als Mutter, Kellnerin oder Verkäuferin verwertbar, werden Frauen 1941 mit Hilfe einer gigantischen Werbekampagne über Nacht als ausgezeichnet geeignet für qualifizierte Fachberufe wie Nieterin, Dreherin, Schweißerin entdeckt. Sie werden zum Nachschub für die Männer, die als Soldaten für den Krieg verbraucht werden. Das ist die neue Devise. Rüstungskampagnen, Meinungsumfragen,

patriotische Werbefeldzüge
wachsender Nationalismus bestimmen die
öffentliche Meinung.

Rosie die Nieterin (USA 1981), Mittwochsabend
26. Oktober, 19 Uhr, HS 17

"Als die Fabrikarbeit einsetzte, kam das wie ein Geschenk des Himmels. Man verdiente da ganz schön Geld, hatte sogar eine Sozialversicherungsnummer. Wir kamen ins Erdgeschoss der Fabrik und so wurden wir für immer ewig Schweißerinnen."



Diese Ewigkeit währte nur bis 1945. Nach dem Sieg kehrte Rosie nach erlangtem Sieg zurück zum zivilen Arbeitsplatz zurück. Sie gab ihren eigenen Aufgaben, wie Versorgung der Kinder, Herrichtung eines schönen Heimats für die strahlenden Sieger."

Wirklich vielseitig verwendbar, dieses Geschlecht - schlecht - schwach aber bestimmt nicht.



SELBSTPORTRÄT DES ARBEITSKREISES "NATURWISSENSCHAFTLER FÜR DEN FRIEDEN"

Vom Elfenbeinturm zum Friedenskampf

Die Woge der Friedensbewegung hat auch vor den Toren der Naturwissenschaftlichen Fakultäten nicht halt gemacht. Was nach der Demonstration der 300.000 am 6. Juni 1982 zunächst als Arbeitskreis von vier Naturwissenschaftlern begonnen hatte, ist inzwischen zu einer stattlichen Friedensinitiative herangewachsen, in der mehr als 30 Physiker, Mathematiker, Chemiker, Informatiker, Biologen und Botaniker mitarbeiten, darunter 6 Professoren. In Übereinstimmung mit der Friedensbewegung sehen wir unser nächstliegendes Ziel in der Verhinderung der Aufstellung von Pershing II und Cruise Missile.

Unseren spezifischen Beitrag in diesem Kampf als Naturwissenschaftler wollen wir - durch die Verbreitung der Friedensbewegung an unseren Instituten - durch die Unterstützung der Friedensbewegung mit möglichst genauer, "naturwissenschaftlich abgesicherter" Argumentation leisten. Dabei können wir uns auf die Ergebnisse des Kongresses "Verantwortung für den Frieden - Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung" am 2. und 3. Juli dieses Jahres in Mainz stützen.

Zwei Beispiele sollen dies erläutern:

Zwei Beispiele sollen dies erläutern:

1. Die Bundesregierung leugnet den qualitativ neuen Charakter der Pershing II als Erstschlagswaffe, d.h. als Waffe, die geeignet ist, gegnerische Raketensilos bzw. Kommandozentren in einem entwandenen Erstschlag "knacken" zu können (und damit den Vergeltungsschlag zu verhindern). Es

ist klar, daß dies eine zentrale Frage für die Einschätzung ist, ob die neuen Raketen eine reine Verteidigungswaffe sind, oder ob sie in das aggressive Pentagonkalkül vom "führbaren" und "begrenzbar" Atomkrieg passen. In Mainz wurde anhand der von der NATO veröffentlichten Daten nachgewiesen, daß die Pershing II in der Tat Erstschlagscharakter hat. Der Mathematiker Matthias Kreck wird diesen Beweis am 13.10.83 im Hörsaal 7 des Hauptgebäudes um 20.00 Uhr antreten.

2. Die US-Administration hat bis zum Juli dieses Jahres behauptet, ein Atomwaffentestabkommen sei technisch nicht realisierbar. In Mainz wurde die Behauptung von den Geophysikern Harjes und Aichele widerlegt und ein Entwurf für ein Überwachungsnetz und ein umfassendes Atomteststopabkommen vorgelegt. Die USA haben ihre Behauptung inzwischen fallengelassen und neue politische Einwände erhoben. Wir freuen uns, Herrn Harjes oder Herrn Aichele zur Vorstellung ihres Konzeptes wahrscheinlich am 1. Dezember in Bonn begrüßen zu können.

Unser Arbeitskreis wird eine Broschüre erstellen, in der in allgemeinverständlicher Sprache die wichtigsten Argumente zur gegenwärtigen Atomrüstung zusammengestellt und belegt werden.

Wir werden in einer Ringvorlesung im WS in Zusammenarbeit mit dem Studium Universale das Thema "Wissenschaft und Frieden" von verschiedenen (nicht nur naturwissenschaftlichen, sondern auch ethisch-moralischen, juristischen, soziologischen, ökonomischen und natürlich politischen) Standpunkten aus beleuchten. Die beiden obengenannten Vorträge zählen

hierzu.

Über die "Nachrüstungs"diskussion hinaus beschäftigen wir uns u.a.

- mit den neuesten Entwicklungen in der (Ab-)Rüstungsfrage

- mit der Problematik der Rüstungsforschung
Wir haben z.B. aufgedeckt, daß in einem zur "Angewandten Mathematik" gehörenden Sonderforschungsbereich in Zusammenarbeit mit der Rüstungsfirma DFVLR über Hochgeschwindigkeitsflugzeuge geforscht wird - die nächste Generation von cruise missiles läßt grüßen! In Zusammenarbeit mit dem AStA soll ein Verzeichnis über Rüstungsforschung und Kooperation in der Bonner Uni erstellt werden.

- mit den Ursachen der "Rüstungsspirale", z.B. mit dem verhängnisvollen Wechselspiel von Strategie und Technologieentwicklung

- mit dem Einfluß der Rüstungskonzerne auf die Politik

- mit der Möglichkeit, Rüstungs- in Zivil-Produktion umzustellen (Rüstungskonversion)

Zum Abschluß haben wir noch drei Bitten:

- Nutzt die Möglichkeiten, die der 20.10., der "Tag der Schulen und Hochschulen" euch bietet, zur Diskussion der Stationierung in euren Vorlesungen!

- Macht mit bei der Aktionswoche der Friedensbewegung vom 15. bis zum 22.10., insbesondere kommt zur Demo am 22.10.!

- Macht mit bei unserem Arbeitskreis. Wir treffen uns an folgenden Terminen, jeweils um 19.00 Uhr in der Berlingstr. 1, Diskussionsraum:

17.10. und ab 27.10. alle 14 Tage.

AUS DEM MAINZER APPELL DER NATURWISSENSCHAFTLER:

Wir, wie zahlreiche Wissenschaftler und ihre Organisationen aus aller Welt, appellieren an die Verantwortlichen in Ost und West: Laßt uns umkehren, bevor es zu spät ist! In dieser unserer existenzbedrohender Situation fordern wir, wie viele uns freundschaftlich verbundener Kollegen aus den USA, von den Regierungen aller Nuklearmächte das sofortige Einfrieren der atomaren Rüstung in Ost und West. Für unser Land bedeutet das den Verzicht auf Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, die Stationierung dieser Waffen nicht zuzulassen. Nur so kann ein Klima des Vertrauens geschaffen und

die notwendige Zeit für Verhandlungen zwischen den Großmächten gewonnen werden, um zunächst eine drastische Verminderung der Atomwaffen in Ost und West, so auch der SS 20, und schließlich eine umfassende Abrüstung zu erreichen.

Mit Millionen unserer Mitbürger wissen wir uns einig. In dieser Forderung. Über vier Millionen Bürger unterzeichneten den Krefelder Appell, 1,8 Millionen Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes unterzeichneten den DGB-Appell "Frieden durch Abrüstung", die Kirchen erhoben warnend ihre Stimme gegen das Wettüben, und viele Berufsgruppen wandten sich an die Öffentlichkeit und insbesondere an die Po-

litiker mit der dringenden Forderung, die weitere Eskalation der atomaren Rüstung zu verhindern.

Viele stehen in dieser für unsere Zukunft und die unserer Nachkommen entscheidenden Situation nicht abseits. Wir verpflichten uns, über die politischen, militärischen und technischen Voraussetzungen der Erhaltung und Sicherung des Friedens nachzudenken und aufzuklären. Wir bitten alle Wissenschaftler, persönlich mit ihren Kenntnissen und Einsichten zu einer aufklärenden und sachlichen Diskussion beizutragen und das Gespräch über traditionelle Grenzen hinweg zu führen.

Bafög statt Pershing II !

Urabstimmung und Streik an den Hochschulen - Initialzündung für die Volksbefragung ?

Wenn die ganze BRD über die Raketenstationierung diskutiert, wenn 71% der Bevölkerung (ZDF-Umfrage) die neuen US-Mittelstreckenwaffen ablehnt, wenn 5 Millionen Menschen den Krefelder Appell unterschrieben haben, wenn viele Hunderttausend für den Frieden auf die Straße gehen - dann vergrößert dies die Chance, diese Waffen noch zu verhindern.

Der DGB ruft zu 5 Warnminuten für den Frieden auf. In vielen Betrieben liegen schon jetzt Streikbeschlüsse vor. Schulen, Kirchen und Parteien (z.B. die SPD Landesbeschlüsse, die eindeutige Position von Grünen und DKP) - alle mischen sich mehr und mehr in die Angelegenheiten ein, die die herrschenden Politiker bisher als allein die ihrigen angesehen haben wollten.

Immer deutlicher wird die Forderung nach einer Volksbefragung. Wie hohl muß sonst die Demokratie hier sein, wenn das Volk nicht einmal befragt wird, wenn es um sein eigenes Überleben geht.

Welche Angst die Herrschenden und die durch sie herrschende Meinung vor einer solchen Volksbefragung haben, zeigt z.B. eine Äußerung von Geißler: Auf die Frage hin, was die CDU eigentlich sagt, nachdem nun auch drei von fünf CDU-Wählern strikt die Stationierung ablehnen, antwortet er: Im Volk herrsche "geistige Verwirrung". Vielleicht sollte man das verwirrte Volk besser gleich politisch entmündigen, Herr Geißler?

Solange Kohl und Wörner behaupten können, die schweigende Mehrheit billige die Stationierung, solange sie breitgrinsend verbraten können, solche Meinungsumfragen hätten keine Relevanz - solange wird die Raketenstationierung nicht zu verhindern sein.

Daran ändern auch letztlich viele mutige Blockierer nicht allein was. Sie werden sich als radikale gewaltfreie oder gewalttätige Minderheit beschimpft lassen müssen.

Die neuen US-Atomraketen können nur verhindert werden, wenn es uns, die wir für den Frieden kämpfen, gelingt, die bestehenden Mehrheiten gegen diesen Wahnsinn sichtbar zu machen.

Dazu streben wir die Volksbefragung an. Es muß nachgewiesen werden, daß die Bundesregierung gegen das Votum und das Interesse der Mehrheit des Volkes handelt, wenn sie stationiert.

Natürlich wissen dies auch die Herren im Bundeskanzleramt. Deshalb werden sie - natürlich mit formalen Argumenten - alles tun, um eine Volksbefragung zu verhindern.

Was können wir Studenten/innen/en tun ?

An den Hochschulen herrscht ein progressiveres Klima als gesamtgesellschaftlich. Die Studentenbewegung ist dafür bekannt, daß sie Power für ihre Interessen entwickeln kann und es häufig bewiesen hat. (Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz (HRG), Forderung der Rücknahme der BaFög-Beschlüsse, direkte Reaktion auf die Studiengebührendiskussion).

Die verfaßte Studentenschaft ist mit ihren Interessenvertretungsorganen (Fachschaften, ASTen, VDS) gut organisiert und in der Lage, ihren Protest sehr deutlich und schnell zum Ausdruck zu bringen.

Im letzten Jahr wurden unzählige Friedensinitiativen gegründet. Fachbereich für Fachbereich, ganze Hochschulen werden atomwaffenfrei erklärt.

Wie kann und muß der Friedenskampf weitergehen?

Raus aus der Uni und rein in's Friedensgetümmel wäre sicher nicht der richtige Weg.

Warum ?

Die Mehrzahl unserer Kommiliton/inn/en würde in ihren Vorlesungen und Seminaren bleiben und studieren - schließlich bezahlen sie ja (z.B. mit Ihrem BaFög-Darlehen = ca. 4.000,-DM pro Semester) teuer genug für Ihr Studium. Trotzdem sind sie für den Frieden, wollen und können sie etwas tun.

Deshalb müssen wir überall dort, wo wir arbeiten und lernen - in den Seminaren - ein sichtbares Zeichen gegen die Stationierung setzen. Dazu darf niemand ausgeschlossen werden, dazu ist die Aktionsform die richtige, die möglichst alle, auch noch die Zweifelnden, mit einbezieht. Die Schwelle zum Mitmachen darf nicht zur Hürde werden, sie muß so tief wie möglich angesetzt sein.

Deshalb schlagen die gewerkschaftlich orientierten Hochschulgruppen (MSB/SHB) der Studentenschaft eine bundesweite Urabstimmung und Streik an den Hochschulen vor. Die Urabstimmung soll zum einen Dampf machen in Richtung Volksbefragung:

Gerd Bastian dazu: "Ich halte die Urabstimmung für eine sehr gute Idee. Schon deshalb, weil die Studentenschaft in allen Ländern einen gewissen Pioniercharakter hat, Vorkämpfer ist für neue Ideen, für neue Formen des Protests. Einer muß die Initialzündung (für die Volksbefragung, d. Verf.) geben und da ist die Studentenschaft immer besonders prädestiniert und eigentlich aufgerufen, das zu tun. Ich kann mir gut denken, daß das auf andere Gruppen abfährt."

Zum anderen bringt die Urabstimmung die Frage: "Bist du ungeachtet deiner politischen Meinung für oder gegen die Stationierung?" an jeden einzelnen Studenten heran, stellt alle vor die Entscheidung.

Für den einen wird bei dieser Urabstimmung zum erstenmal ein bewußter und sichtbarer Standpunkt gegen die Stationierung vertreten, bei der anderen - vielleicht Nachbarin im selben Seminar - wird die Erkenntnis "wir sind ja wirklich viele, wir sind die Mehrheit" dazu führen,

zum erstenmal aktiv zu werden, an einer Demonstration, an einer Blockade teilzunehmen.

Wir haben Gigantisches vor - ist es zu schaffen, in etwa vier Wochen Urabstimmung tatsächlich an der Hochschule, auch an der Bonner, diese bestehenden Mehrheiten sichtbar zu machen?

Ziel muß es sein, weit über die SP-Wahlbeteiligung hinaus zu kommen. Mehr als jemals an der Hochschule gewählt oder abgestimmt haben, müssen jetzt erreicht werden. Dafür machen aber auch mehr mit. Es wird eine Dynamik ausgehen von dieser Aktion, die alle bisherigen übersteigen kann. In jedem Seminar, jeder Vorlesung, jeder Bibliothek wird die Urabstimmung eine Diskussion ansetzen, wird sie neue Mitkämpfer mobilisieren - neue Möglichkeiten eröffnen.

Dieser massenhafte Protest wird in seiner Wirkung nicht in der Uni verhaften bleiben, er wird sich einreihen in die Urabstimmung in den Betrieben, er kann Vorbild sein für andere ...

Warum aber dazu "zusätzlich" ein Streik?

Man stelle sich vor: Reagan stationiert, die Studenten studieren ruhig weiter - als wäre nichts passiert. "Zusätzlich" zur Urabstimmung ist der Streik nicht, er ist der nächste logische Schritt, wenn die Herrschenden sich daran machen, trotz allem Protest und Mehrheiten zu stationieren. Noch einmal General Bastian, diesmal zum Streik: "Wenn die Gewerkschaften das nicht tun, ist das bedauerlich. Umso besser ist es, wenn andere Gruppen in die Bresche springen, wenn die Studentenschaft auch hier eine Vorreiterrolle einnimmt und das Mittel Streik anwendet, um dem Protest zusätzliche Schärfe zu verleihen."

Eine riesige Zahl bundesdeutscher ASTen hat diese Aktionsorientierung für das Wintersemester beschlossen. Unser ASTA befindet sich derzeit noch in der Diskussion darüber, die Fachschaften beraten darüber. Zu wünschen bleibt, daß bald auch in den Mensen und Cafeterien darüber gestritten wird, was getan werden muß.

Maria Leenen



Die Attraktion beim großen Friedensfest

Zwischen den vielen Infoständen und Cola/Bier-Verkaufspavillons rund um die große Rasenfläche, wo sich die Demonstranten für den Frieden einsetzten, stand etwas, das eigentlich auf einen Jahrmarkt gehört hatte und nicht auf ein Friedensfest: eine Wurfbude.

Eigentlich gehörte sie schon hierhin, denn es galt nicht nach Blechbüchsen oder gar Negern über einem Wasserbottich zu werfen, sondern nach Politikern, die dem Frieden bislang nur im Wege standen.

Die Friedensfreunde lachten herzlich über diesen Spaß, warfen gerne ihre Münzen in die Spendendose mit der Aufschrift: "Für den Frieden", als könne der Friede mit Geld erkaufte werden, und ergriffen die ledernen Kugeln, um sie den Friedensfeinden geradewegs ins Gesicht zu werfen.

Neben der Wurfbude stand einer von 'diesen Leuten', lange, strähnlige Haare, fuseliger Bart und Nickelbrille, der, wenn es notwendig war, hineinging, die Bälle aufzuheben und nach vorne zu bringen und der bereitstand, gegebenenfalls die gefallenen Politiker aufzurichten. Er brauchte anfangs nicht einzugreifen, denn Niemandem gelang es, die verhaßten Gesichter zu stürzen.

So leicht es den glücklosen Werfern auch erscheinen mochte, den Ball richtig zu plazieren, so schwierig war es aber. Die direkte Wurflinie wurde durch eine Reihe marschierender Soldaten unterbrochen, die es nahezu unmöglich machten, einen Ball ihre dichtgeschlossenen Reihen passieren zu lassen. Von oben her wurden die Staatsoberhäupter und Minister von Hindernissen wie Atombomben, Raketen und ganzen Flugzeuggeschwadern geschützt. Es verblieb nur ein kleines Fenster, durch welches der Ball im richtigen Winkel und mit ausreichender Geschwindigkeit hindurch mußte, um etwas bewirken zu können.

Beschwerten sich die erfolglosen Werfer bei dem Aufsteller der Wurfbude, so erwiderte dieser, es sei wie im richtigen Leben. Man könne nicht erwarten, daß Einer den Ablauf der Geschichte ändere nur dadurch, daß er sich erhebe und feststelle, was falsch sei. Gemeinsames Vorgehen und Beharrlichkeit würden die Herrschaften bis zum Abend schon zu Fall bringen, besänftigte es die Leute und reichte neue Lederkugeln heraus.

Und richtig - am frühen Nachmittag gelang es zwei Halbwüchsigen einen altersschwachen Generalsekretär zu erledigen, indem sie gemeinsam auf ihn warfen. Der Budenbesitzer ging hinein und richtete das Bild wieder auf.

Die Überraschung der Umstehenden war groß, als sie erkannten, daß es nicht mehr den Generalsekretär, sondern einen allen wohlbekannten Premierminister zeigte.

Zur selben Zeit, viele tausend Kilometer entfernt, dementierte ein Zentralkomitee Gerüchte über das Ableben des Generalsekretärs und beriet anschließend über dessen Nachfolge.

Eine junge Frau fand nach einiger Übung die fast ideale Wurfbahn und traf kurz hintereinander einen sehr unbeliebten Diktator und den Präsidenten eines starken Landes. Sie wurden ersetzt durch einen Bundeskanzler und einen großen Vorsitzenden.

Wenig später fand die langersehnte Revolution statt, die ein gewisser Diktator Zeit seines Lebens zu verhindern gewußt hatte. In dem großen, starken Lande probierte ein Vizepräsident bereits den großen ledernen Sessel des soeben verstorbenen Präsidenten aus. Seine Freude währte nicht allzu lange, denn in einer fernen, kleinen Wurfbude wurde sein Gesicht bereits gegen das eines umstrittenen Innenministers eingewechselt.

Die Größen dieser Welt, deren Gedanken sich darauf konzentrierten, an die Macht zu gelangen oder sich an der selben zu halten, starben wie die Fliegen von Insektiziden umnebelt. Politiker, die zur Durchsetzung ihrer Ziele sogar einen Krieg riskiert hätten und teilweise auch hatten, waren zum Spielball der Vernunft geworden.

Es wurde Abend und viele Leute drängten sich vor der Wurfbude, um zu sehen, wie sie fielen, die Verteidigungsminister, die Ministerpräsidenten, die Oppositionsführer, Kanzler und Könige. In deren Posten drängten Leute nach, die nicht aus Machtgier regieren wollten, sondern weil sie mußten, da die Herrschsüchtigen nicht mehr da waren.

Die Nacht brach herein und die Friedensfreunde strömten auseinander, in die Kneipen, zu Bekannten, nach Hause. Dort erfuhren sie, gespannt den Nachrichtensprechern lauschend, daß das Spiel Wahrheit geworden war.

Erstaunt, erschreckt und verunsichert kehrten sie zurück an den Ort, wo eine einfache Wurfbude gestanden hatte, die eigentlich gar nicht dorthin gehörte.

Sie fanden nur eine kleine Spendendose voller Kleingeld, auf der geschrieben stand: "Für den Frieden".

Die Wurfbude und ihr Besitzer waren fort, auf dem Weg zu einer Welt, wo ebenfalls die Vernunft im Sterben lag.

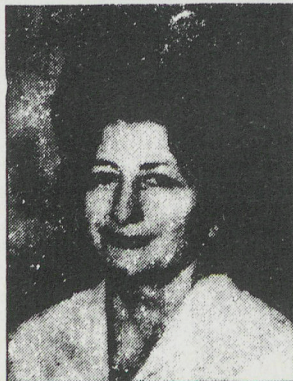
Hans-Joachim ("Titus") Simon

Aufruf

ZUR FREILASSUNG VON MIRIAM FIRUZ IM IRAN

Mariam Firuz wurde 1913 in Kermanschah geboren; sie ging in Teheran zur Schule und besuchte die Universität. 1941 wurde sie in der demokratischen Bewegung aktiv, und ab 1943 arbeitete sie in der demokratischen Frauenorganisation Irans mit. Diese Organisation trat vor allem für die Rechte der Frauen ein und mobilisierte die Massen zur Er kämpfung ihrer Rechte. Bei der Gestaltung und Führung der Organisationspresse hat sie eine große Rolle gespielt.

1944 trat sie in die TudehPartei ein, und 1949 wurde sie zur Beraterin des ZK gewählt. Nach dem CIA-Putsch 1953 war sie im Untergrund aktiv. Nach Jahren der Illegalität und Verfolgung mußte sie 1956 den Iran verlassen. 1978 ist sie zum Mitglied des ZK der TP des Iran (TPI) gewählt worden. Sie steht während und nach der iranischen Revolution an der Spitze der Demokratischen Frauenorganisation Irans.



Sie kämpfte für die Gleichberechtigung und die soziale Gerechtigkeit und gegen Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen im Iran.

Sie ist Repräsentantin der Frauenbewegung im Iran und wurde im Februar 1983 im Kerker der "Islamischen Republik Iran" eingesperrt.

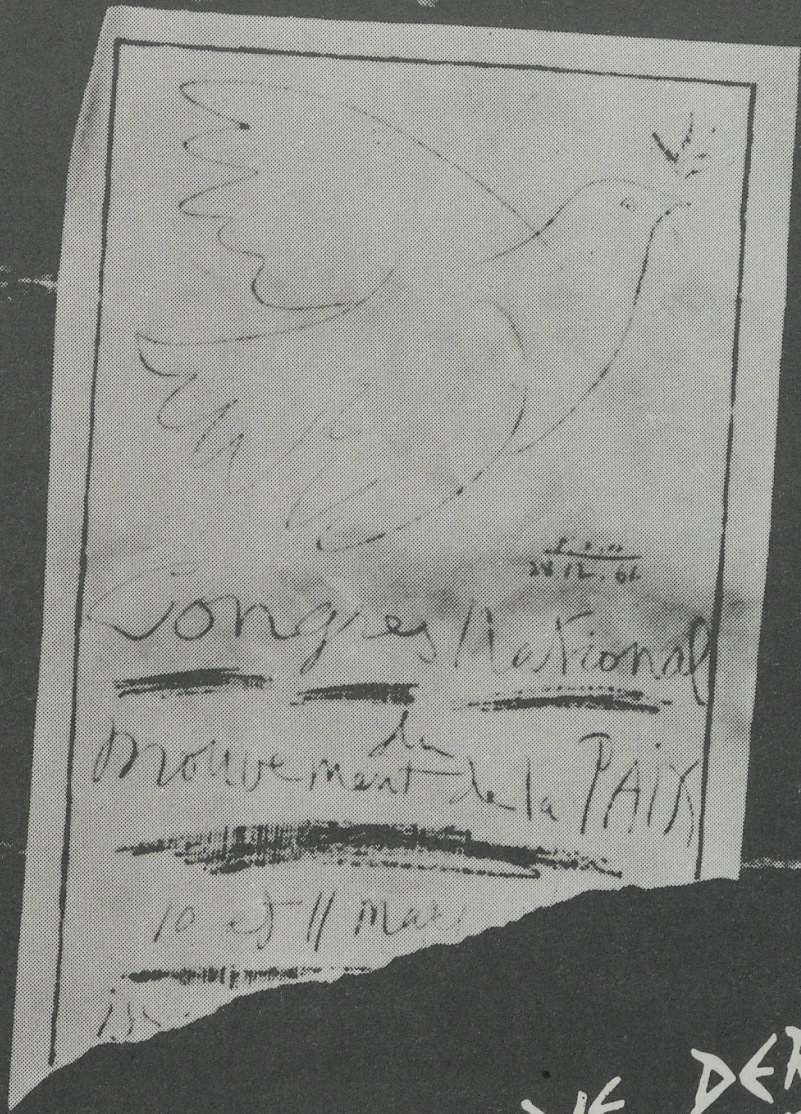
Nicht nur die TPI-Mitglieder und -Anhänger sind von dieser Repressalie betroffen, sondern auch alle Demokraten und andersdenkenden Menschen.

Ihr Leben ist in Gefahr! Genau wie das von tausenden anderer Frauen und Männer.

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, fordern die iranischen Behörden auf:

Sofortige Freilassung von Mariam Firuz und allen inhaftierten Frauen und Männern, die wegen ihrer politischen Meinung verfolgt, zu Tode gefoltert und - falls sie die Schikane überleben - am Ende hingrichtet werden sollen!

VERANSTALTUNGSKALENDER DER FRIEDENS-AKTIONSWOCHE VOM 15.10. BIS 22.10.



AKTIONEN, DIE DER
BONNER ASTA
UNTERSTÜTZT ODER
VERANSTALTET



MENSCHENKETTE

ZWISCHEN DEN BOTSCHAFTEN
DER USA UND DER UDSSR

SAMSTAG 15.10.1983

BONN-BAD GODESBERG

11 UHR: Rigalsche Wiese

(NÄHE STADTHALLE BAD GODESBERG)

15.10.: Menschenkette
zwischen den Botschaften der USA
und der UdSSR, 11.00 Uhr

Als Auftakt zur bundesweiten Aktionswoche der Friedensbewegung wollen wir unsere Situation zwischen den „Blöcken“ sichtbar machen, indem wir zwischen den Botschaften der beiden Großmächte eine Kette von betroffenen und bedrohten Menschen bilden.

Die amerikanische Militärstrategie kalkuliert mit einem auf Europa begrenz- baren Einsatz auf Atomwaffen und macht uns damit zur Zielscheibe des Warschauer Paktes.

Unser Land ist das Schlachtfeld der beiden Großmächte, und wir sind die Geiseln, deren Leben aufs Spiel gesetzt wird.

Gleichzeitig gilt: Rüstung tötet schon jetzt. In der „3. Welt“ sterben Menschen an Hunger und den Waffen, die wir ihnen liefern.

Ablauf: 11.00 Uhr Versammlung auf der Rigalschen Wiese, Lieder, Musik, Aufrufe. 11.55 Uhr: „Aktion 5 vor 12“ – Es ist 5 vor 12! Wir schlagen Alarm: 5 Minuten Lärm! 12.00 Uhr: Die Menschenkette setzt sich in Bewegung zu den Botschaften. 14.00 Uhr: Die Menschenkette verbindet die Botschaften (5 000 m!). 14.30 Uhr: Aufruf und Forderungen der Friedensbewegung („Kölner Aufruf“) werden feierlich an den Botschaften übergeben. 15.00 Uhr: Abschluß – Luftballons tragen unsere Friedensbotschaft in die Ferne!

Hinweise: Vielbefahrene Straßen müssen freigehalten werden. An großen Straßenkreuzungen und Überquerungen werden Ordner dafür sorgen, daß der Verkehr nicht behindert und niemand gefährdet wird. Gruppen und Einzelne sollen mit bunten und phantasievollen Beiträgen der Kette einen lebendigen und abwechslungsreichen Charakter verleihen. Warme wetterfeste Kleidung, etwas Verpflegung und ein warmes Getränk in der Thermoskanne wird jedem auch über Regen oder Kälte hinweghelfen. Auch Familien mit Kindern sind herzlich eingeladen, an dieser Aktion teilzunehmen.

Aktion Menschenkette,
c/o Oppenheim,
ESG Bonn, Königstr. 88,
5300 Bonn 1



17.10. – FRAUENTAG!

- | | | |
|-----------|--------------------------------------|--|
| 09.00 Uhr | Treffen am Verteidigungsministerium | „Preiswert und gefahrlos nachrüsten“: Demontage von symbolischen Pershing II. Wir verschaffen den Militärstrategen Ersatzbefriedigung durch Überreichen von Kriegsspielzeug, das unsere Kinder nicht mehr nötig haben. |
| 10.00 Uhr | Aufbruch zum Münsterplatz | Wir rüsten die oben genannten Pershings auf Kinderwagen, Fahrrädern und zu Fuß ab. Unterwegs viele kleine Aktionen, unter anderem führt unser Weg am Arbeitsministerium vorbei, wo wir die Moritat vom Sabinchen erneut zu Gehör bringen werden. |
| 13.00 Uhr | Münsterplatz | Straßentheater, Informationsstände und vieles mehr. Als besondere Attraktion: „Die politische Modenschau“ der DFI. |
| 14.00 Uhr | Aufbruch zum Familienministerium | Wir transportieren die Pershings zu Heiner Geißler; vielleicht kann er sich den Schrott ja auf den Schreibtisch stellen, damit er weiß, wo sein Sozialetat geblieben ist. |
| 15.00 Uhr | Rot-Kreuz-Haus Friedrich-Ebert-Allee | Auftritt der Katastrophenschwestern. |
| 16.00 Uhr | Familienministerium | „Die Enttarnung der Pershing II“: Was wir immer schon über die Pershing wußten, aber nie zu glauben wagten! |



18. 10.



Es gibt viele Kriegsdienste
– verweigern wir sie!

Öffentliche Verweigerungsaktion
am Tag des Antimilitarismus
– 18. Oktober 1983, Münsterplatz –

Warum Kriegsdienste verweigern?

Ohne Menschen können Waffen nicht wirksam werden. Kriegsdienst ist aber mehr als der aktive Dienst an der Waffe. Die Lehrerin, die im Wehrkundeunterricht den Schülern die „Notwendigkeit“ der militärischen Verteidigung kritiklos zu vermitteln hat, betreibt Kriegsdienst. Der Arzt, der Katastrophenmedizin als Überlebenshoffnung in einem Atomkrieg vertreten muß, betreibt Kriegsdienst. Auch diejenigen, die im Ernstfall das Funktionieren der zivilen Einrichtungen zu gewährleisten haben, sind militärisch verplant.

Kriegsdienste verweigern heißt deshalb nicht nur die Verweigerung des Bundeswehrdienstes, sondern auch die Verweigerung aller anderen Kriegsvorbereitungsdienste.

Darum verweigern Sie mit uns. Öffentlich! Verweigern Sie den Kriegsdienst aus allen für Sie bedeutsamen Motiven!

Wir rufen auf:

- Frauen, weil Ihr die Hälfte unserer Bevölkerung stellt. Ohne Euch sind Krieg und Kriegsvorbereitungen unmöglich.
- Eltern, weil Eure Kinder nicht Soldaten für den Krieg, sondern Menschen für den Frieden werden sollen.
- Wehrpflichtige und Reservisten, weil Krieg zerstört, was Ihr schützen sollt. Laßt Euch nicht zu gedankenlosen und willigen Ausführern von Befehlen machen, die den Untergang der Menschheit bedeuten.
- Zivildienstleitende, weil auch Ihr im Notstandsfall dienstverpflichtet seid.
- Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, weil die teure Rüstungsproduktion zivile Arbeitsplätze vernichtet und zum Abbau der Sozialleistungen führt.
- Lehrer, Erzieher, Ausbilder, weil Euer Unterricht Anleitung zu moralischem Verhalten sein soll. Der geplante „Wehrkundeunterricht“ trägt durch Verallgemeinerung und Verfestigung von Feindbildern zur Wehr-

bereitschaft bei und damit zur Gleichgültigkeit Eurer Schüler gegenüber der drohenden Kriegsgefahr.

- Wissenschaftler und Ingenieure, weil Forschung und Technik besser für den Umweltschutz, für die Bekämpfung des Hungers und umweltverträgliche Produktionsweisen angewandt werden sollten.

Wir können hier nur einige Beispiele nennen – jeder soll sich seiner Einplanung bewußt werden und diese aus den ihn bewegenden Gründen verweigern.

Die Aktion

soll folgendermaßen ablaufen:

- Reservisten bringen ihre Wehrpässe mit, wir schicken sie ans Kreiswehersatzamt.
- Kinder bringen ihr Kriegsspielzeug mit, wir werfen es zusammen auf den Müll.
- Eltern geben Erklärungen ab, daß ihre Kinder den Behörden für deren Kriegsvorbereitungen nicht zur Verfügung stehen.
- Lehrer formulieren einen persönlichen Antrag, der ein Programm zur Friedenserziehung fordert.
- Frauen verweigern in einem offenen Brief vorsorglich ihren geplanten „freiwilligen“ Dienst in der Bundeswehr.
- Jugendliche stellen ihren Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gemäß Art. 4 Abs. 3 GG.
- Schüler und Azubis boykottieren Bundeswehr-Werbung an den Schulen. Dies sind nur einige Beispiele, die wir mit Euch zusammen verwirklichen wollen. Was läuft, hängt von Eurer Beteiligung ab! Als Rahmenprogramm haben wir kulturelle Beiträge und eine „Friedensstraße“ der Bonner Friedensinitiativen vorgesehen.

Eure Beteiligung an der Vorbereitungsgruppe ist sehr erwünscht. Wann wir uns wo treffen, erfahrt Ihr bei Dieter (23 87 15), Klaus (21 34 00) oder Peter (35 63 53).

Veranstalter: Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner, Berlingstr. 11, 5300 Bonn 1.

18.10.

Antifaschistische Stadtrundfahrt
Abfahrt 15.00 Uhr, Mensa, Nassestr. 11,
Unkostenbeitrag: 5,- DM.

Zum 29. Mal jährt sich der Tag des schwersten Bombenabwurfes über Bonn. Am 18. Oktober 1944 wurde der damalige Adolf-Hitler-Platz, heute Friedensplatz, zerbombt.

Zur Mahnung an den Faschismus veranstaltet der AStA Uni Bonn diese antifaschistische Stadtrundfahrt, auf der informiert und diskutiert werden soll, welche Auswüchse des Faschismus es in Bonn gab und welche Rolle die Universität Bonn im Dritten Reich eingenommen hat.

19.10.

Widerstandstag der Arbeiter,
Betriebe, Landwirte
und sozialen Einrichtungen

Arbeit statt Raketen

An diesem Tag sind, wie vom DGB am 5. Oktober, alle Arbeiter(innen) und Angestellten aufgerufen, ihren Widerstand gegen die Atomraketen sichtbar zu machen. Auch in Bonn werden Belegschaften diesen Tag mit

- Unterschriftensammlungen
- Diskussionen
- Mahnminuten
- Erklärung von Betrieben zu atomwaffenfreien Zonen gestalten.

Der AStA Uni Bonn unterstützt diese Aktionen in den Betrieben und erklärt seine Solidarität mit allen Arbeitern und Arbeiterinnen an diesem Tag. Des Weiteren veranstaltet dieser AStA am 3. November 1983 um 20 Uhr im HS 8 einen Erfahrungsaustausch über den Friedenskampf der Arbeiter- mit der Studentenbewegung.

Mittwoch, den 19.10, 20 Uhr HS 17:
Ringvorlesung des AStAs
„ÖKOLOGIE UND FRIEDEN“
mit Dieter Burgmann
(Die GRÜNEN im Bundestag)

Nicht zuletzt durch die Verbindung der in den letzten Jahren entstandenen Ökologie- und Friedensbewegung wurde die friedens- und umweltbedrohende Politik der Industriestaaten als solche erkannt. Ausbeutung der Erde, Kampf um Einflußgebiete und Rohstoffe und verstärkte Expansion von Wirtschaft und Rüstung sind Zeichen einer Politik, die die Existenz der Menschheit bedroht.

19.10. 20.00 Uhr
Cafeteria Pop-Mensa
Friedensfest
der Befreiungsbewegungen

Veranstaltung des AStA Uni Bonn in Zusammenarbeit mit den Befreiungsbewegungen ANC, SWAPO, Chilenische Linke, ISPA (PLO) und FDR/FMLN (El Salvador).

Mit umfangreichem Kulturprogramm: Mustafa El Kurd (palästinensischer Sänger), Mahmoud Darwish (palästinensischer Dichter), Ausstellung von Burhan Karkutli (palästinensischer Grafiker), Willian Amijo (salvadorianischer Sänger), Salsa Rock, SWAPO-Chor, Hernan Poplete (chilenische Gedichte).

Außerdem gibt es viele internationale Spezialitäten. Eintritt frei!!!!

20. 10.

DIES PACIS

**20.10., 11.55 Uhr (s.t.)
Uni-Friedensversammlung
(voraussichtl. HS X)**

Der Widerstandstag der Bildungseinrichtungen kann nur der Anfang sein, an dem die Studenten/innen gegen die neuen NATO-Raketen Widerstand leisten. Daher müssen wir uns gemeinsam überlegen, welche Aktionsformen wir über den 20.10. hinaus wählen können und müssen, um unseren Beitrag zur Verhinderung des NATO-Raketen-Beschlusses zu leisten. Es ist notwendig, daß wir uns Handlungsmöglichkeiten überlegen, die die Genfer Verhandlungen mit einbeziehen.

Die Friedensbewegung fordert eine Volksbefragung. Wir müssen uns überlegen, ob wir diese Forderung (laut ZDF-Polit-Barometer sind 71,7% aller Bundesbürger dafür) unterstützen und mit-helfen, sie politisch durchsetzbar zu machen. In der Diskussion hierzu befindet sich ein Vorschlag über die Durchführung einer Abstimmung an den Hochschulen, deren Ergebnis ein NEIN der Mehrheit einer ganzen sozialen Gruppe zur Stationierung sein könnte. Es soll u. a. diskutiert werden, ob die Bonner Universität bei einer solchen Abstimmung über die Raketenstationierung dabei sein sollte.

Ferner wollen wir diskutieren, was passieren soll, wenn die Verhandlungen in Genf am 15. November beendet werden. Die SPD verlangt eine Abstimmung im Bundestag. Für diesen Zeitraum, mindestens jedoch für den 12.12., den 4. Jahrestag des NATO-Raketenbeschlusses, sollten wir über Aktionen, wie zum Beispiel einen möglichen Streik, diskutieren.

Der neue AStA der Uni Bonn will und braucht Eure Mitarbeit. Kommt deshalb massenhaft am 20.10. in den HS X.

Als Gäste:
Professoren und
Jo Leinen

**20.10., 12-14.00 Uhr
Carl-Duisberg-Zimmer
„Der Kampf für Frieden und
Abrüstung seit dem 19. Jhdt.“
Eine Ausstellung
der Deutschen Friedensunion (DFU)**

Auf 83 Informationstafeln soll der Kampf der fortschrittlichen Kräfte in unserer Gesellschaft für Frieden und Abrüstung dokumentiert werden. Eine Aufarbeitung der Geschichte des Friedenskampfes ist notwendig, um zu erkennen, welche Gegner es für den Frieden gab und gibt.

Noch heute wird gelehrt, daß Kriege einfach ausbrechen, aufgrund verhängnisvoller Machtkonstellationen. Mit dieser Ausstellung sollen aber die gesellschaftlichen Kräfte beim Namen genannt werden, die an der Aufrüstung interessiert waren und auf den Krieg hinarbeiteten, weil sie davon profitierten. Es waren die Kreise des Monopolkapitals, die im ersten Weltkrieg, im Verbund mit dem preußischen Junkertum, den Griff nach der Weltmacht versuchten.

Für die Vorbereitungen des zweiten Weltkrieges sei hier Robert Jackson zitiert, der amerikanische Hauptankläger bei den Nürnberger Kriegsprozessen vom 27. August 1947: „Ohne die Zusammenarbeit der deutschen Industrie mit der Nazipartei hätten Hitler und seine Parteigenossen niemals die Macht in Deutschland ergreifen können und das dritte Reich hätte es nie gewagt, die Welt in einen Krieg zu stürzen.“

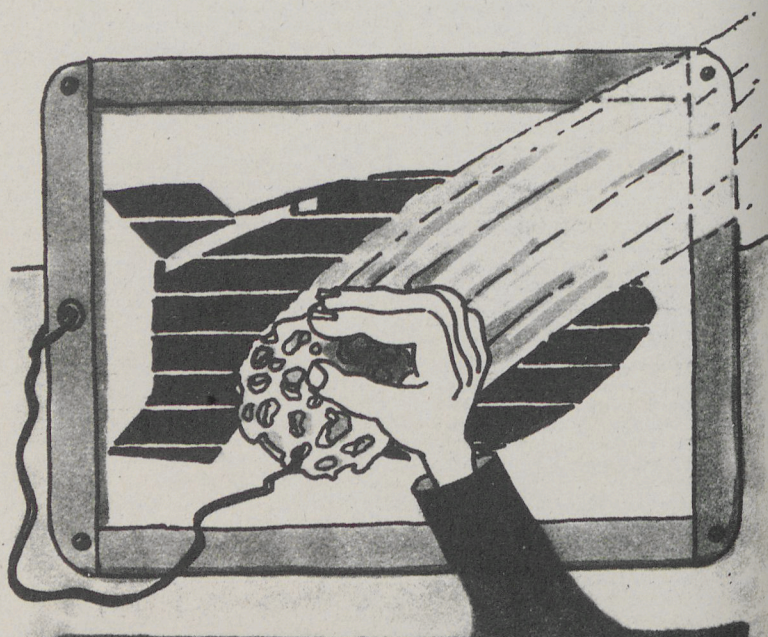
Für die Friedensbewegung heute werden Traditionslinien erkennbar, die die Kontinuität der antimilitaristischen Kräfte beweisen.

**20.10., 14.00 Uhr, HS 17
Der AStA der Uni Bonn zeigt zusammen
mit der Film-AG
Seven Days In May (Sieben Tage
im Mai), 1964, 118 Minuten
Nach einem Roman von Fletcher Knebel
und Charles W. Bailey II., unter der
Regie von John Frankenheimer. Mit der
Starbesetzung: Kirk Douglas, Burt
Lancaster u. a.**

Wohl nicht zufällig unterstützte der damalige US-Präsident Kennedy einen Film, in dem das Militär einen Putschversuch gegen einen Präsidenten versucht, der eine zu pazifistische, besänftigende Politik gegenüber der Sowjetunion fährt: Der Beginn der „Entspannungspolitik“ Anfang der 60er Jahre bedeutete einen Einflußverlust für die Generalstäbe. Heute erleben wir mit einem wirklichen Präsidenten als Schauspieler (oder umgekehrt) den ersten Akt einer neuen Konfrontationspolitik, die auch den politischen Einfluß der Armee verstärken wird.

Die Produzenten von „Seven Days In May“ konnten das nicht ahnen. Ihr Film endet optimistisch; er beschwört den Geist demokratischer Kräfte im US-Establishment.

Wir zeigen den Film, weil er spannend ist und eine Problematik behandelt, die bei der Diskussion um die strategische Bedeutung der Mittelstreckenraketen untergeht: die Militarisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft.



BILDUNGSBEREICH GEGEN ATOMRAKETEN.

20. OKTOBER

20.10., 14–16.00 Uhr
im Carl-Duisberg-Zimmer
Informationsstelle Lateinamerika
(IIa) e.V. Bonn zeigt:
Honduras Connection
von Leo Gabriel (Mexiko 1983)

Südtische Elendsviertel, Flüchtlingslager an der Grenze zu El Salvador, Angriffe auf das befreite Nicaragua, großangelegte Militärmanöver mit den USA...

Stichworte, die die heutige Situation von Honduras umreißen. Während wir hier Aufstehen für den Frieden, findet an einer anderen Ecke der Welt der Krieg bereits statt. Honduras ist heute Drehscheibe der nordamerikanischen Intervention in Zentralamerika. „Honduras Connection“ ist einer der ersten Filme, der die heutige Situation im Armenhaus Mittelamerikas untersucht. Im Anschluß an die Filmvorführung besteht die Möglichkeit zur Diskussion mit Mitarbeiter/innen der Informationsstelle Lateinamerika.

20.10., 14.00–16.00 Uhr
Theater in der Säulenhalle
(Uni-Hauptgebäude)

Heino Pfeifer: Märchen- und Geschichtenerzähler mit ambulanten Mini-theater und der Kabarettist Alfred Helme (z.B. Die Revolution im Sitzen) werden sich am Dies Pacis etwas einfällen lassen. Was es wird, weiß noch keiner. Aber: Frieden muß es sein. Die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema Frieden findet statt.

20.10. 16.00–18.00 Uhr
Frauencafé im Carl-Duisberg-Zimmer

Neben hoffentlich hitzigen Diskussionen gibt's auch was zum Angucken, nämlich den Film „Wie friedfertig sind Frauen“ über das Frauenwiderstandscamp im Hunsrück, und natürlich Kaffee und Kuchen.

Veranstaltungen der Fachschaften:

Informatik:

Am 20.10. wird ein Film zu Hiroshima gezeigt, in der O.E. eine Talkshow gemacht, die das Thema Friedenspolitik anspricht.

Fachschaft Politologie:

20.10. 16.00–18.00 Uhr
im Akademischen Kunstmuseum
Veranstaltung
mit Carl Bredthauer
zum Thema:
„Die US-amerikanische
Militärstrategie
und die Funktionen
der neuen Atomwaffen“

In der anschließenden Diskussion soll auch die Frage erörtert werden, welche Perspektiven der Friedensbewegung nach dem Herbst '83 verbleiben.

Germanistik:

20.10. „Friedensraupe“ durch die Vorlesungen, evtl. Uni mit Friedens-tauben zuhängen, Aktionscafé Frieden an einem zentralen Ort.

Jura:

Am 20.10. findet im Foyer des Juridicums ein Friedenscafé statt. Am selben Tag wird eine Podiumsdiskussion mit den Professoren Grünwald, Tomuschat, Schlink, Paeffgen und wahrscheinlich dem Dekan Prof. Isensee veranstaltet. Das Thema „Die juristische Problematik in der Nachrüstungsfrage“ wird mit fünf Thesen vorgestellt und anschließend diskutiert. Der genaue Ort und Termin wird noch über Plakate und Flugblätter bekanntgegeben.

Skandinavistik:

Die Vollversammlung ist am Dienstag, den 18.10., 18.00 Uhr; Ort wird noch bekanntgegeben.

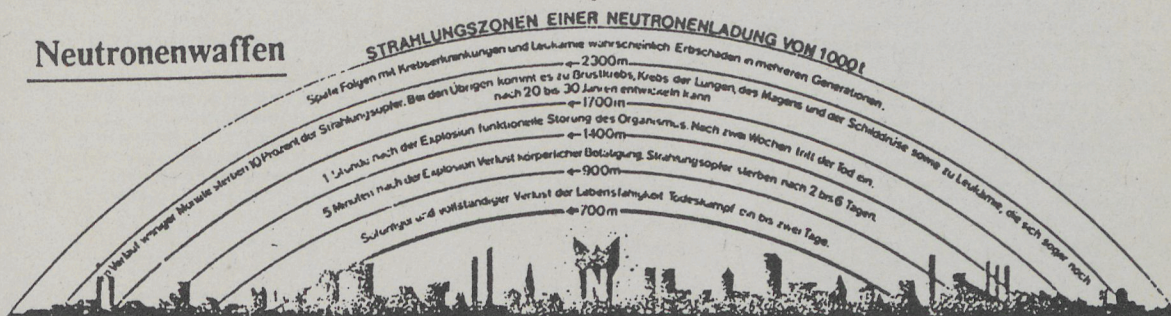
Chemie:

20.10., ca. 10.00 Uhr Friedens-VV im großen HS, Filmdokumentation zu Hiroshima: Diskussion zu alternativen Verteidigungskonzeptionen, wahrscheinlich mit einem Prof., der auf dem Mainzer Kongreß war. Der AK Chemische Kampfstoffe bereitet mit vor.

Soziologie:

18.10., 13.00 Uhr VV-Schwerpunkt Frieden. 20.10.: Zug durch die Seminare (Soziologie & Kriegsforschung)

Neutronenwaffen



20.10., 18.00 Uhr
Kundgebung
auf dem Münsterplatz

18.00–19.00 Uhr: Vorwärts-Song-Gruppe mit Liedern von Bert Brecht und anderen Autoren.

19.00–20.00 Uhr: Kundgebung zum Thema „Verantwortung der Wissenschaftler für den Frieden; die Folgen eines Atomkriegs und der Aufrüstung“. Ab 20.00 Uhr spielt die Rockgruppe Einfach + Geschmacklos.

Ebenfalls ab 20.00 Uhr findet eine Podiumsdiskussion, veranstaltet vom AK Naturwissenschaftler für den Frieden, statt. Neben dem Rektor der Universität Bonn, Prof. Böckle, nehmen noch die Professoren Altner (Kath. Theologie, Biologie) und W. Kreck (ev. Theologie) teil. Das Thema dieser Diskussion im HS X: Verantwortung der Wissenschaft für den Frieden.

TAG DER OFFENEN TÜR
im
Bildungswerk für Friedensarbeit
Berliner Platz 33, Bonn 1



Programm:

Ab 10 Uhr Ausstellung „Kinder sagen Nein – Kinder wollen Frieden“ (in Zusammenarbeit mit den Grünen)

Friedenscafé mit Vollkorn-Kuchen

15.00 Uhr: Gespräche mit Eltern, Kindern, Vertretern von Parteien und Jugendorganisationen über Frieden und Friedenserziehung

den ganzen Tag: Ausstellung von Kursergebnissen, Keramik, Patchwork usw.

Medienraum: Video-Werkstatt

Meditation – Lesungen

20.00 Uhr: Lesung mit Dieter Bongartz (rororo panther: Ich singe vom Frieden).

Kommt doch vorbei auf einen Tee!

Dokumentation der Blockade-Aktionen am 21.10.

Am 21. Oktober 1983 finden in Bonn eine Reihe von Aktionen statt, mit deren politischer Stoßrichtung der AStA grundsätzlich übereinstimmt: Sie sind Teil der „Herbstmanöver“ der Friedensbewegung, deren unmittelbares Ziel die Verhinderung der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa ist, darüber hinaus jedoch auch für friedliche und gerechte Verhältnisse in der ganzen Welt kämpft.

1. Blockade des Verteidigungsministeriums

Unter der Überschrift: „Wir sagen Nein: Keine neuen Atomraketen in unser Land“ rufen über 100 Bezugsgruppen aus Bonn und dem Rheinland zur gewaltfreien Blockade des Verteidigungsministeriums auf. Zur Begründung führen sie an, Bonn sei „der politische Stationierungsort für die auch uns bedrohenden neuen amerikanischen Atomraketen“. Am Vortage der Bonner Volksversammlung solle verdeutlicht werden, „daß gegen den Widerstand der Friedensbewegung die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles bei uns politisch nicht durchsetzbar ist“. Das „Überleben unseres und der anderen europäischen Völker“ legitimierte die „begrenzte Regelverletzung“, deren Konsequenzen die Teilnehmer in Kauf nehmen bereit sind.

Die neuen amerikanischen Atomraketen werden zu den Vorbereitungen gezählt, „einen Atomkrieg führbar und gewinnbar zu machen“, den die amerikanische Nuklearstrategie als auf Europa begrenzt kalkuliert. „Wir sagen deshalb NEIN zu den neuen Atomraketen: Wir wollen kein Euroshimal“

Während die Regierung der Bundesrepublik „der willige Erfüllungsgehilfe dieser amerikanischen Nuklearstrategie und der weltweiten Konfrontationspolitik der Reagan-Administration“ ist, sei „die übergroße Mehrheit“ gegen diesen Kurs. „Die Friedensbewegung ist der legitime und gebotene Massenaufstand gegen atomare Bedrohung und den Wahnsinn der allgemeinen Aufrüstungspolitik.“

Das BMVg soll blockiert werden als der Ort,

- „an dem die militärischen Planungen für den atomaren Selbstmord unseres Volkes (Verteidigung) mit ausgearbeitet werden ...
- an dem die militärische Aufrüstung der Unterdrückungsregimes in der 3. Welt betrieben wird ...
- vom dem ein wesentlicher Teil der Militarisierung unserer Gesellschaft ausgeht“.

Anstelle der bisherigen Verteidigungspolitik, die immer nur „das Kriegsrisiko erhöht“ habe, müsse „ein Zeitalter der Abrüstung und friedlichen Zusammenarbeit“ eingeläutet werden.

Bei der Blockade sollen „nicht die Mittel unserer Gegner“ übernommen werden. „Der Friedensauftrag des Grundgesetzes erfordert gewaltfreien Widerstand.“ Unter Gewaltfreiheit wird der Verzicht auf jede Art des aktiven Widerstands verstanden. Der Sprecher hat dazu ein Ablaufpapier erstellt. Alle Zugänge des BMVg werden von 6 bis 18 Uhr für Personen und Fahrzeuge blockiert. „Kreative und phantasievolle Begleitaktionen“ sollen die Ziele verdeutlichen helfen.

Der 21. Oktober ist im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche vom 15. bis 22.10. zum „Tag der Ministerien, Parlamente und Parteien“ erklärt worden. Drei Aktionen finden parallel statt: die Mahnwache an der Bannmeile, die Blockade des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit BMZ und die Blockade des Bundesministeriums für Verteidigung BMVg. Alle Aktionen begreifen sich als Teil des Widerstandes gegen die gleiche Politik.

Forderungen

- „Keine neuen Atomraketen in unser Land!
- Gegen die Waffenexporte in die 3. Welt' und jede Hilfe zur Unterdrückung ihrer Völker!
- Gegen die Militarisierung unserer Gesellschaft! Gegen die Diskriminierung der Kriegsdienstverweigerer!
- Frauen in die Bundeswehr: Wir sagen Nein!
- Gegen jede weitere Aufrüstung! Für Abrüstung und Entspannung in Ost und West! Für ein atomwaffenfreies Europa!“

Treffen: Montags, 19 Uhr, ESG Bonn, Königstr. 88.
Kontaktadresse: pA AK Gewaltfreie Aktion, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1.-Konto: Detlef Radtke, PSchA Köln, Kto-Nr. 52158-509

2. Blockade des BMZ

Auf Initiative von „3. Welt“-Solidaritätsgruppen soll das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, BMZ, blockiert werden, damit „im BMZ an diesem Tag nicht zur Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der 3. Welt' beigetragen wird“.

Durch die Stationierung neuer Atomraketen in Europa erhöhe sich hier die Kriegsgefahr. Dem „Frieden nach westlichen Vorstellungen“ und dem „sogenannten Frieden in Europa“ widersprechen jedoch nicht über 120 Kriege, an denen die USA beteiligt gewesen sind. „Von der Bundesregierung wurde die US-Außenpolitik stets gebilligt und auch tatkräftig unterstützt.“ Kriege in der „3. Welt“ und die Unterstützung „brutaler Militärdiktaturen wie in Guatemala oder auf den Philippinen“ werden im Interesse des Westens in Kauf genommen. Die neuen Mittelstreckenraketen stellen ein Element in der US-Politik dar, „wieder unbestrittene Weltmacht Nr. 1 zu werden“. Strategisches Ziel der NATO insgesamt sei, „einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion führbar und gewinnbar“ zu machen. Mit dieser Drohung soll die UdSSR weltweit zu mehr Wohlverhalten gezwungen werden. Die kapitalistischen Staaten können so ihr Interesse am Zugang zu Rohstoffen, Absatzmärkten und billigen Arbeitskräften in der 3. Welt' ungestört durchsetzen“.

Die Ausrichtung der „Entwicklungshilfe“ an den militärischen Erwägungen der NATO sehen die BMZ-Blockierer durch Außenminister Genscher bestätigt, der verlauten ließ: „Die NATO wird in Zukunft auch wirtschafts- und energie-

politische Entscheidungen treffen. Sie wird zur außenpolitischen Clearingstelle.“ Das BMZ gilt „neben anderen“ Ministerien als „ein wesentliches Instrument dieser Politik“.

„Deshalb werden wir das Ministerium an diesem Tag blockieren und so unsere Verbundenheit mit den Menschen und Befreiungsbewegungen in der 3. Welt' sichtbar machen.“

Das Blockade-Plenum sucht „keine Auseinandersetzung mit denen, die die gegenwärtige Politik des BMZ 'schützen““, und ruft zu passivem Widerstand auf.

Forderungen:

- „Für ein freies Mittelamerika! Sofortige Auszahlung der bewilligten Kapitalhilfe für Nicaragua. Fortsetzung der Entwicklungshilfe an die Regierung von Nicaragua. Keine Entwicklungshilfe an El Salvador und Guatemala. Kein Botschafter nach El Salvador.
- Für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker! Distanzierung von der Interventionspolitik der USA. Keine Rüstungsexporte in die 3. Welt'. Einstellung jeglicher Zusammenarbeit mit der Militärdiktatur in der Türkei. Keine Unterstützung reaktionärer und rassistischer Regimes.
- Schluß mit der Kriegspolitik der NATO! Keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen. Keine Entwicklung neuer konventioneller Waffen. Auflösung der Militärblöcke in Ost und West.“

Plena: Montags, 19 Uhr, Frauenmuseum, Im Krausfeld, am 3. und 17.10.
Kontaktadresse: Werner Rätz, Adenauerplatz 1, 5300 Bonn 1, Tel. 0228 / 46 04 03, Konto: C.-E. v. Schmeling, Kto-Nr. 294 174 001, Dresdner Bank Troisdorf, BLZ 370 800 40, Stichwort „BMZ“.

3. Mahnwache an der Bannmeile

Der Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner, DFG/VK NRW, will mit einer Mahnwache entlang der Bannmeile auf die „politischen Sprengköpfe“ in Bonn aufmerksam machen. „Das atomare Wettrüsten vollzieht sich nicht im Selbstlauf. Es sind politisch Verantwortliche mit Namen und Anschrift, die immer neue Massenvernichtungswaffen begehren und durchsetzen.“

Die Stationierung von neuen Atomraketen im Herbst ist eine „Bonner Entscheidung“. Darum muß am „politi-

schen Stationierungsort" demonstriert und die „politische Isolierung der Bundesregierung symbolisch dokumentiert“ werden.

Forderungen:

- „Nachverhandeln statt Nachrüsten!
- Für eine Volksbefragung gegen die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II.
- Keine neuen Atomraketen in unserem Land. Für die Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen in Ost und West! Europa atomwaffenfrei!“

Der Ablauf soll streng gewaltfrei bleiben.

Die 24-stündige Mahnwache beginnt um 11 Uhr mit einer öffentlichen Pressekonferenz vor dem Bundeskanzleramt. Bis zum „Schweigen für die Opfer der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki“ um 18.55 Uhr wird jeweils 5 Minuten vor jeder Stunde ein „Schweigen für den Frieden“ zu folgenden Themen stattfinden:

- „Rüstung tötet täglich
- Kriegsdienstverweigerung ein Menschenrecht! Solidarität mit allen verfolgten Kriegsdienstverweigerern
- Arbeit statt Raketen! Für soziale Aufrüstung!
- Gegen die Produktion, Lagerung und Entwicklung neuer B- und C-Waffen! Keine Lagerung von chemischen Waffen in unserem Land!
- Rüstungsexport Stop! Gegen jede militärische Einmischung und Intervention in der sogenannten 3. Welt!
- Frauen in die Bundeswehr – Wir sagen Nein!“

Am 22. „wird die Mahnwache an die geplante Menschenkette des Koordinierungsausschusses übergeben“.

Konto: DFG/VK (NRW), PSchA Essen, Kto-Nr. 13784-439, Stichwort, „Mahnwache“.

**PERSHING II
CRUISE MISSILES
NEIN!**

Alle drei Aktionen
suchen noch
SCHLAFPLÄTZE!
Bitte wendet Euch an die
„Schnüss“. Telephone 0228 /
65 07 66.

**BONNER
FRIEDENSNACHT**
21.10.1983, Mensa Nassestraße,
20.00 Uhr

Mit: Ina Deter, Norma Elena
Gadea, Aigues Vives u.a.
Ausstellungen & Filme zu Nicaragua und Chile.
Kostenpunkt: 10,- DM.

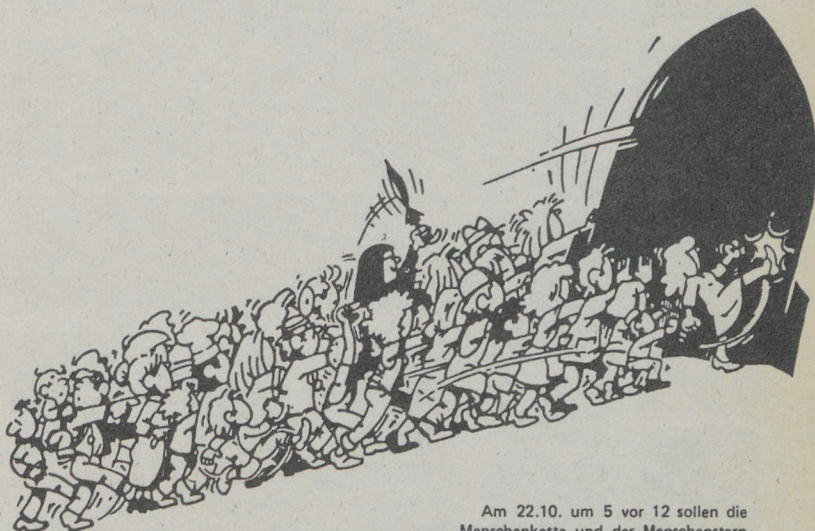
Rahmenkonzept der Volksversammlung

am 22.10.

Am 4.8.1983 beschloß der Koordinierungsausschuß ein Rahmenkonzept für die Volksversammlung am 22.10. in Bonn.

1. Menschenkette um das Regierungsviertel. Damit wollen wir deutlich machen, daß diese Regierung und die sie tragende Mehrheit des Bundestages in der Entscheidung für die Stationierung neuer Atomraketen isolierte Minderheit ist. Die Menschenkette um das Regierungsviertel soll den Entscheidungsträgern im politischen Stationierungsort Bonn den Mehrheitswillen der Bevölkerung vor Augen führen. Auf allen Ebenen soll die Aufhebung der sogenannten Banneile beantragt werden.

5. Gemeinsame Kundgebung. Alle Aktivitäten des Tages sollen in eine gemeinsame Großveranstaltung münden. Redner und Rednerinnen sollen nach einheitlichen Kriterien eingeladen werden (NEIN ohne jedes JA zur Stationierung der neuen Atomwaffen, Abkehr vom System der gegenseitigen Abschreckung). Dabei sollen besonders Redner und Rednerinnen zu Wort kommen, die die Verbreiterung der Friedensbewegung in den letzten Jahren zum Ausdruck bringen. (Bisherige Vorschläge: Redner aus einem Land, wo Cruise Missiles stationiert werden sollen, DGB, Mittelamerika, USA, Konservative Kreise / Katholische Kirche.) Die Kundgebung soll auf alle Plätze der Innenstadt, den Hofgarten und die Poppelsdorfer Allee übertragen werden.



Am 22.10. um 5 vor 12 sollen die Menschenkette und der Menschenstern abgeschlossen werden. Alle Teilnehmer in Bonn sollen fünf bis zwölf lärmern oder einen Menschenteppich bilden. Ganz Bonn wird als Demonstrationsort angemeldet. Die gesamte Fußgängerzone, Hofgarten und die Poppelsdorfer Allee werden als Kundgebungsplatz angemeldet.

Am Freitag, den 21.10.1983 findet eine Friedensnacht statt.

Die Volksversammlung soll über eine übliche Demonstration hinausgehen. Mit den Menschenketten und den Foren in der Innenstadt soll allen Friedensinitiativen die Möglichkeit geboten werden, sich einzubringen. Jeder, der eine Gitarre, Flöte oder ähnliches besitzt, sollte sie an diesem Tag mitbringen. Auf kleineren und größeren Bühnen können lokale Gruppen, Künstler und Schauspieler auftreten. Es sollen die Friedensinitiativen von den Widerstandstagen in ihren Städten berichten, indem sie zum Beispiel Denkmäler errichten und sich aktiv an den Foren beteiligen. Die Volksversammlung lebt von Eurer Beteiligung und Euren Ideen. Teilt uns Eure Vorstellungen und Ideen, Planung für die Volksversammlung bald mit, damit wir sie in die Gesamtplanung einbeziehen können!

Koordinationsbüro „Herbst '83“,
Estermannstr. 179,
5300 Bonn 1,

2. Menschenstern zu den Botschaften der Atommächte (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich, Indien, Israel, Südafrika und China). Damit wollen wir deutlich machen, daß wir uns über die Ablehnung der Stationierung von neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik hinaus gegen die Existenz sämtlicher Atomwaffen in dieser Welt wenden.

3. Volksabstimmung Bonn. Die Bürger Bonns sollen vorher und am 22.10. aufgefordert werden, ihre Zustimmung zur Friedensbewegung und ihren Forderungen auszudrücken. Dies können sie zum Beispiel mit Symbolen tun, die sie an ihre Häuser oder in die Fenster hängen.

4. Dezentrale Veranstaltungen und Foren. An vielen verschiedenen Orten sollen Kulturgruppen auftreten und die lokalen, regionalen und berufsbezogenen Friedensinitiativen ihre Aktivitäten, insbesondere, die sie in der Widerstandswache vom 15.-22. Oktober durchgeführt haben, vorstellen und eigene Aktionen durchführen. Dazu werden viele Bühnen in der Innenstadt aufgebaut.

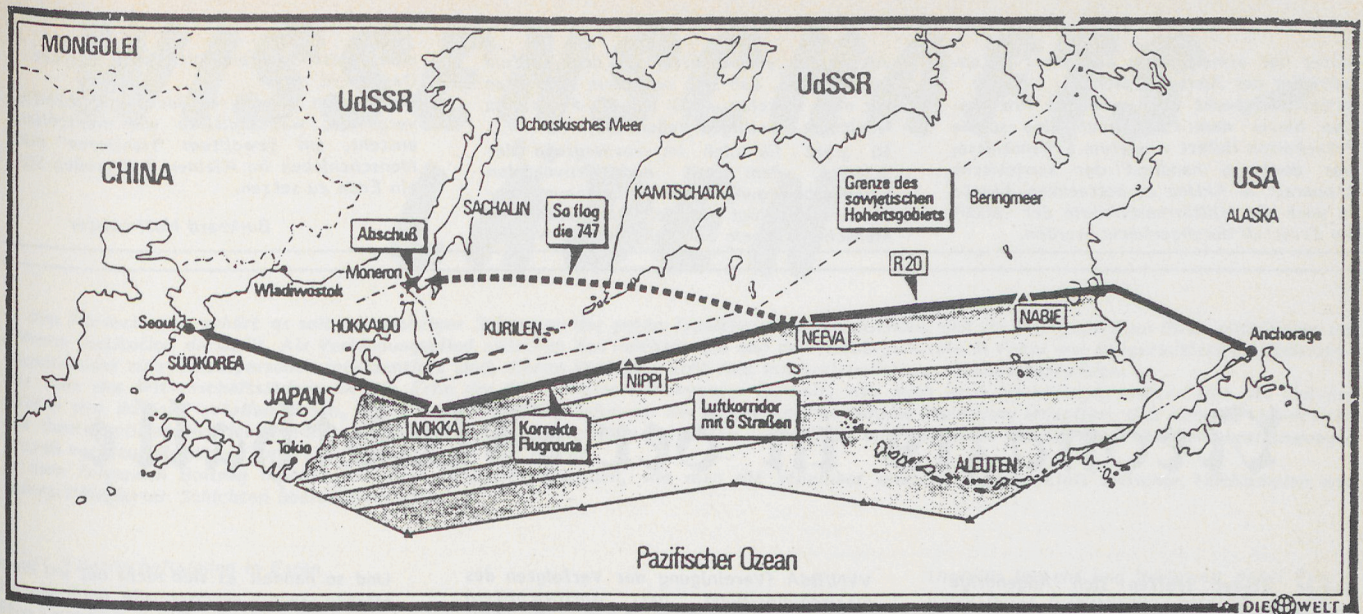
PERSHING II CRUISE MISSILES

NEIN!



Volkversammlung in Bonn am 22.10.

Fas
Zeit
wur
Das
war
möc
mee
feu
Die
und
sch
ähn
war
ster
viel
Get
klar
zen
deu
Die
sch
mit
bre
bür
der
gen
Mit
kna
uni
ab,
In
Ber
Dot
zu
ent
noc
ric
lau
sch
dis
Inf



NACHDENKEN UND BESTÜRZUNG ZUM JUMBO-ABSCHUSS

Fast eine Woche schafften sie es, mit der Berichterstattung über den Jumbo-Abschuß die Friedensbewegung und Mittelamerika von den ersten Zeitungsseiten und damit aus den Köpfen vieler zu drängen. Auch wenn der ganze Vorgang in seinem Verlauf dann Schritt für Schritt revidiert wurde, der große thematische Schwenk in der bundesdeutschen Presse gelang. Und hängen bleibt immer etwas.

Das war keine Betroffenheit mehr, das war schon Angst. Angst vor dem, was alles möglich ist. Angst davor, daß von der Armee eines sozialistischen Landes abgefeuerten Raketen 269 Menschen töteten. Diese Angst kann niemand wegnehmen, und auch noch so schlüssige Erklärungen schwächen sie nicht zum "Unmut" oder ähnlichem ab. Ssehr engagiert habe ich erwartet, wie es denn wirklich war. Wenigstens die Tatsachen wollte ich wissen, um vielleicht "verstehen" zu können. Daß das Getöse von Reagan Schaum war, blieb mir klar. Als jedoch Stück für Stück die ganzen Dimensionen jenes Schmutzgeschäftes deutlich wurden, kam schon Wut. Die Informationsdichte war sehr unterschiedlich. US-Außenminister Shultz un-mittelbar nach dem Abschluß eine gut verbreitete Pressekonferenz ab, und die bürgerlichen Medien überschlugen sich in der Manie eines Kreuzzuges. Mit "Mördergeneralen" lag die BILD diesmal in der Mitte ihrer seriöseren Pendanten. Eine knappe Woche ging das so, und die Sowjetunion gab sehr zurückhaltende Erklärungen ab, die hierzulande unzugänglich blieben. In Kanada beispielsweise verebbte die Berichterstattung schon nach zwei Tagen. Dort, näher an der Unglücksstelle standen zu viele Faktoren einer Hetzkampagne entgegen. Zu der BRD dagegen beruhten noch nach einer Woche die "Nachrichten" fast ausschließlich auf den Verlautbarungen des Pentagon; man beschränkte sich also auf eine propagandistische Quelle und klammerte konsequent Informationen aus.

WIE ES PASSIERTE

Die Maschine wich ca. 500 km von ihrem Kurs ab. Das ist, als wenn man von Frankfurt nach Kairo statt über Griechenland die Route über Italien wählt. Selbst bei einem Transatlantikflug ergibt sich in der Praxis jedoch nur eine Toleranz von etwa 1000 Metern. Die Navigationssysteme, die dem Piloten - Ex-Offizier der Luftwaffe des südkoreanischen Diktators Park - zur Verfügung standen, existieren nicht nur doppelt, sondern in ihren entscheidenden Funktionen dreifach an Bord einer Boeing 747.

2 1/2 Stunden überflog die Maschine sowjetisches Territorium. Unzweifelhaft ist selbst in einem Hurrican zu orten, ob sich ein Flugzeug über Wasser oder über Land befindet. Und der Jumbo kreuzte nicht wie vorgesehen den Pazifik, sondern Kamtschatka und Sachalin. Der Pilot mußte dabei einige Mühe aufwenden, da die Boeing-Bordcomputer eigenständige Kurskorrekturen durchführen.

Und diese Mühe konnte ihm niemand abnehmen - auch nicht eine falsche Programmierung der Bord-Computer. Spätestens mit der Ortung überflogenen Landes gab es kein Mißverständnis mehr. Was mich dabei jedoch besonders berührt, ist das konsequente Schwiegen der Bodenstationen, die den Flug überwachten. Diese professionell mit Kurskontrolle befaßten Einrichtungen der Amerikaner und Japaner schwiegen konsequent und wußten doch exakt, was dort passierte und passieren würde.

Der Jumbo selbst jedenfalls funkte permanent. Er hielt ununterbrochen Kontakt zu seinen Bodenstationen und zu nicht weniger als sieben zwischen 18 h und 21 h passierenden Spionageflugzeugen RC 135, die im übrigen einer Boeing 747 recht ähnlich sehen und die die Sowjets natürlich ebenfalls orteten. Gleichzeitig kreuzte eine halbe Flugstunde entfernt ein Viertel der amerikanischen Seestreitkräfte.

Nach Entdeckung durch die Abfangjäger flog der Jumbo mit abgeschalteten Positionslichtern (nachts und bei Sturm im Nebel), ignorierte und verweigerte jeden Funkkontakt, während er selbst ständig - codiert weitersendete. Dabei war dem ehemaligen Armeeflieger natürlich bewußt, daß die Tarnung von Spionageflugzeugen als Zivilmaschinen durchaus üblich ist.

Die einzige Reaktion bestand im Einleiten von "Luftabwehrmanövern", also dem Ausfahren von Landeklappen und ähnlichem. Dabei hält jede Luftfahrtkonvention sehr ausdrücklich fest, daß bei "Aufbringen" über fremden Territorien eine unverzügliche Landung verpflichtend ist. Auch die japanischen Bodenstellen, die auch die Jäger im Radar hatten, schwiegen weiterhin.

MÖGLICHKEITEN DER WERTUNG

Das Wahrscheinlichste ist, daß die Boeing tatsächlich Spionagearbeit verrichtete. Alles andere ließe ihre Handlungsweise völlig absurd erscheinen. Noch heute sind übrigens USA und Japan wie der Teufel

Volksversammlung in Bonn am 22.10.

hinter der armen Seele auf den Fahrten-schreiber des Jumbos erpicht. Sicherlich steckt auch gewollte Provokation hinter dem Fall. Auch eine solche Provokation liefert wiederum Erkenntnisse, war doch so handfest der sowjetische "Apparat" in Aktion zu betrachten, konnte so doch die Militärmaschinerie der UdSSR am Ernstfall durchgecheckt werden.

Als erstes verlaublich aus dem Umfeld von Reagan, daß sich nun neue Milliarden für neue Raketen - z.B. das MX-Programm - leichter bewilligen ließen. So steht für mich im Vordergrund der Schaden, dem mit der Provokation Friedensbewegung und Entspannungstendenzen zugefügt wurde. Da waren 269 Menschen Geiseln auf Zeit, und sie wurden

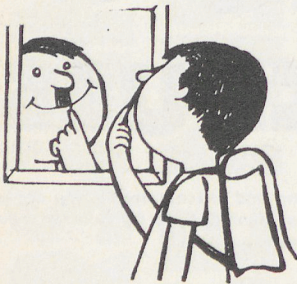
durch diese Unverantwortlichkeit getötet. Das macht Angst. Hoffentlich macht es nicht gleichzeitig vergessen, was politisch wie menschlich ansteht, um gewolltem "Hantieren" mit Menschenleben im Kleinen und großen Stil ein Ende zu setzen.

Burkhard Hoffmeister

Neonazis in der Stadthalle

Immer wieder treffen sich Angehörige neonazistischer Organisationen in Bonn. Meist gehen diese Ereignisse ohne große öffentliche Aufmerksamkeit vorüber. Die Sensibilität hierfür scheint recht gering zu sein in der Bundeshauptstadt.

Auch Ende letzten Monats, am 24. September, wäre eine solche Veranstaltung, die alljährliche "Ostdeutsche Versammlung" der N4O/GOG (Notverwaltung des deutschen Ostens/Gemeinschaft Ostdeutscher und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter), beinahe unbemerkt vorübergegangen, hätte sich die



VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten) nicht in einem offenen Brief an Oberbürgermeister Daniels gewandt. Schließlich hatte dieses Treffen auch eine besondere Qualität, es fand in städtischen Räumen, in der Godesberger Stadthalle statt.

Der AstA schloß sich dem Protest der VVN/BdA in einem eigenen offenen Schreiben an und versuchte gleichzeitig, noch einiges über den Charakter dieser in Neonazikreisen einschlägigen Organisation herauszufinden.

Die Ziele und Aktionsformen der N4O/GOG sind durch zahlreiche Veröffentlichungen belegbar. Man fordert ein Deutschland in den Grenzen von 1917, also halb Polen, Elsaß-Lothringen, Österreich und Südtirol auch noch dazu und vieles anderes mehr.

In Erscheinung getreten ist die N4O/GOG beispielsweise durch Störaktionen in Polen. Dort wurden Bürgermeistereien und Bauern angeschrieben und davor gewarnt, "deutsches" Land zu kaufen. Darüberhinaus hat die N4O/GOG zahlreiche Kontakte zu anderen auch militanten Neonazi-Organisationen.

Und so handelt es sich nicht nur um einen Haufen ewig Gestriger, die noch von einem großdeutschen Reich träumen, vielmehr sind es knallharte Revanchisten mit rassistischen und militaristischen Forderungen.

Doch der eigentliche Skandal ist es, daß in Bonn Stadtraum zur Verfügung gestellt wurde, was so etwas erst möglich macht. Obwohl Informationen über die N4O/GOG frei zugänglich sind und auch dem Oberbürgermeister vom AstA zugeschickt wurden, bestritt die Stadt in einem Antwortschreiben, irgendwelche Anhaltspunkte für den rechtsextremistischen Charakter dieser Organisation zu haben.

Und so blieb es bei den Protesten der VVN/BdA, des AstA und der ESG und bei einigen Transparenten vor der Stadthalle, während die "Ostdeutsche Versammlung" ungehindert stattfand und eine "Notregierung" für den Deutschen Osten wählen konnte.

Hier hat sich die Stadt Bonn wieder einmal um die Aussöhnung zwischen den Völkern verdient gemacht.

Stefan Söldner-Rembold

KURZ NOTIERT:

AUS EINEM URTEIL DES VERWALTUNGSGERICHTS

(apropos MENSCHENRECHT)



Kemal Altun tot auf dem Hof eines Gerichts der BRD

"Werden linksgerichtete Kurden, gegen die wegen des Verdachts ermittelt wird, ein Staatsschutzdelikt begangen zu haben, gefoltert oder sonst mißhandelt, so liegt hier in in aller Regel keine politische Verfolgung (...), denn Folter und Mißhandlungen sind in der Türkei ein allgemeines Phänomen, von denen nicht bloß politische Kurden betroffen sind."



Zimmermann in vollem Wix auf Staatsbesuch in der Türkei der Obristen

WISSENSCHAFTS- LÄDEN

In den Niederlanden gehört es seit den siebziger Jahren zu der guten Tradition jeder Hochschule, daß sie sich gegenüber ihren Mitbürgern als offene Institution darstellt. Als Verbindungsglied zwischen den Hochschulen und den Mitbürgern, die in Form von Bürgerinitiativen, Betriebsgruppen oder aber Einzelpersonen repräsentiert sind, dienen dort über acht fest institutionalisierte Wissenschaftsläden. Die Idee des Wissenschaftsladens ist ein Erbe der 68er Studentenbewegung. Damals, wie auch noch heutzutage, mußten sich die Universitäten den Vorwurf gefallen lassen, daß sie keine den Bedürfnissen der Gesellschaft adäquate Forschung betreiben, daß sich die Universität aus ihrer traditionellen Rolle heraus gegenüber unterprivilegierten Schichten verschließt und daß nicht zuletzt auch der Demokratisierungsprozeß vor den mächtigen Toren der "Alma Mater" halt macht. In dem folgenden Beitrag möchte ich zwei Projekte vorstellen, wie man die scheinbar unüberbrückbare Kluft zwischen Hochschulen und unterprivilegierten Schichten überbrücken kann.

1.) Der Wissenschaftsladen in Essen

Die Essener Einrichtung ist der erste Wissenschaftsladen, der in der Bundesrepublik nach dem Vorbild des Amsterdamer "Chemiewinkel" gegründet wurde. Das Projekt wird an der Uni Essen seit Mai 1981 über das hochschuldidaktische Zentrum der Universität abgewickelt. Selbsthilfegruppen, Betriebsgruppen und private Personen aus Essen und Umgebung nutzen die Leistungen des Wissenschaftsladens, in dem sie sich mit konkreten Fragen und Problemen an die Mitarbeiter des Ladens wenden. Die Problemfelder der "Kunden" reichen von der Frage über handelsübliche Farbverdünner über die Bitte um Zustellung einer Liste von Rüstungsgütern, die in Essen und Umgebung produziert, bis hin zu der Frage, ob der Laden nicht einmal einen Chemiker anlernen könne, der Hamburger einer bekannten Firma nach Inhaltsstoffen und Zusätzen untersucht.

Bei Anfragen kommt dem Wissenschaftsladen die Aufgabe zu, geeignete Studenten oder Wissenschaftler aufzusuchen, die sich den Problemen der Kunden widmen. Als Forschungsstätte will sich der Wissenschaftsladen allerdings nicht verstanden wissen. Er stellt nur einen Vermittler zwischen Ratsuchenden und Ratgebenden dar. Bis zu 80% der angefallenen Anfragen konnten bisher vermittelt werden. Meistens lassen sich die Probleme durch erfahrene Untersuchungsmethoden und Literaturrecherchen mit Hilfe von Studenten lösen.

Teilweise erreichen die Anfragen aufgrund ihrer Komplexität ein solch hohes Niveau, daß der Wissenschaftsladen eine Projektgruppe bestehend aus Studenten und einem wissenschaftlichen Mitarbeiter organisiert.

Ein studienreformerischer Effekt verbirgt sich für die Hochschule hinter dem Projekt 'Wissenschaftsladen', da dem Studenten durch das aktive Bearbeiten öffentlicher Anfragen ein problemorientiertes und praxisbezogenes Studium geboten wird.

2.) Kooperation Hochschule - Gewerkschaft

"Der Kumpel und der Professor sollen sich gegenseitig bei der Bewältigung der Probleme im Revier unterstützen", so umreißt Kollege Eickler vom DGB in Dortmund das durch das BMBW geforderte Forschungsprojekt "Regionale Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprobleme durch Kooperationsstellen". Dortmund ist einer von insgesamt 5 Hochschulorten, in denen eine "Kooperationsstelle Hochschule - Gewerkschaft" eingerichtet wurde. In einem Zeitraum von drei Jahren soll geprüft werden, inwieweit eine anwendungsorientierte Forschung gefördert werden kann, ob die Möglichkeit der Öffnung der Forschungskapazitäten der Hochschule für Probleme des regionalen und lokalen

Umfelds besteht und inwieweit dabei Probleme der Arbeitnehmer stärker in der Hochschulforschung berücksichtigt werden. Das Revier befindet sich einer seiner größten Strukturkrisen seit der Nachkriegszeit. Für die Arbeitnehmer der Stahl- und Kohleindustrie stellt dies eine scharfe Herausforderung dar. Sie müssen gescheite Vorschläge zur Krisenüberwindung aus dem Ärmel schütteln, um ihre Arbeitsplätze zu sichern. An dieser Stelle setzt beispielsweise die Arbeit der Kooperationsstelle an. Im "HoeschArbeitskreis", der durch die Koordinationsstelle gegründet wurde, beraten sich regelmäßig Wissenschaftler und betriebliche Kollegen, um langfristig ein Programm zur Überwindung der Strukturkrisen auszuarbeiten.

In weiteren gemeinsamen Arbeitsgruppen versuchen Arbeitnehmer und Wissenschaftler die gesellschaftlichen Folgen moderner Technologien abzuschätzen; man untersucht das Verhalten deutscher und ausländischer Arbeitnehmer und prüft die Einbeziehung der Hochschulen in die Weiterbildung der Arbeitnehmer.

Detlev Zylka



Leserbriefe

"Radikale Kritik des Bestehenden"

Selbst wohlwollende Betrachter der Studententpolitik müssen es in letzter Zeit feststellen: Es gibt fast keine Studentenvertreter mehr, die Sachargumenten zuhören und sie selbständig durchdenken, ohne sofort das Recht-Links-Schema zu bemühen. Wer aber schon mal das rechte oder linke Auge geschlossen hat, weiß aus Erfahrung, daß der Blick mit dem anderen dann merkwürdig flach und um eine Dimension ärmer wird.

Diese Dimension fehlt leider auch der neuen "Akut"-Redaktion. Wie ich darauf komme? Ich habe es gewagt, einen Artikel über zwei deutschfranzösische Wochen im Rahmen der Uni-Partnerschaft mit Toulouse zu schreiben, über eine Sache also, die man wohl im Prinzip als positiv bezeichnen kann.

Das war mein Fehler! Der Artikel wurde nicht gedruckt. Stattdessen las ich in derselben "Akut" Nr. 193 ("In eigener Sache"), die "Akut" solle "zu einem alternativen und fortschrittlichen Presseorgan" gemacht werden. Offensichtlich sind deutsch-französische Wochen nicht "alternativ" - aber: alternativ wozu sollten sie denn sein? Auch scheinen diese Begegnungswochen nicht "fortschrittlich" zu sein. Nun kann man natürlich über die Definition des Fortschritts streiten, aber warum ist so eine internationale Begegnung denn reaktionär? Weil sie sich gegen nichts und niemanden wendet, sondern positive Erlebnisse und Erfahrungen ermöglichen möchte?

WIR WAGEN KEINE ANTWORT!

Lieber Michael!

Ich verstehe, daß du sauer bist, weil Dein Artikel nicht in der "Akut" erschienen ist, zumal ich Dir zugesagt hatte, Dich in einem solchen Fall anzurufen. Daß das nicht geschehen ist, tut mir leid. So etwas sollte nicht, kann aber in der Hektik, die hier vor Redaktionsschluß herrscht, passieren.

Die "Akut"-Redaktion hält deutsch-französische Partnerschaft für eine gute Sache, die durchaus in der "Akut" ihren Platz haben soll (Du weist zu Recht auf das Vorwort der Nr. 193 hin). Du dürftest Dir auch selber denken können, daß hier keine politischen Beweggründe vorliegen, da uns Dein politischer Standort bisher unbekannt war. Im Laufe der vier Monate, in denen "Akut" nicht erschien, hatten sich aber so viele Artikel angesammelt, daß wir einfach nicht alle drucken konnten. - Aber es klingt eben größer und wichtiger, wenn man sich mit der Aura politischer Verfolgung umgibt.

Deine Anstrengungen, uns politische Motive für den Nicht-Abdruck zu unterschieben, erwecken den Eindruck, als ginge es Dir weniger um Deinen Artikel, als um einen Aufhänger für Deine allgemeine Kritik an der "Akut". Diese zu äußern steht Dir jederzeit frei; dazu hätte es der Konstruktion nicht bedurft.

Deine Vorstellung, die "Akut" solle sich auf Uni und Studenten beschränken, teilen

Weiter las ich im Editorial jener "Akut", geplant sei "eine regelmäßige Berichterstattung von den einzelnen Fachbereichen der Universität, Friedensinitiativen, Frauengruppen, Ausländerorganisationen etc.". Tja, auch mit dem "etc." scheinen Treffen zwischen deutschen und französischen Studenten nicht gemeint zu sein.

So mußte der Artikel im Papierkorb landen, obwohl darin von Leuten aus verschiedensten Fachbereichen die Rede ist, die alle für den Frieden sind, und Frauen und Ausländer waren schließlich auch dabei...

Beim Durchblättern jener Nr. 193 fiel mir weiter auf, daß da einige Themen überhaupt keinen Bezug zur Uni oder den Studenten haben: man liest über die Probleme eines 79jährigen Homosexuellen, über Raketen, Nikaragua, einen Brief eines Unbekannten an die Bezirksschülervertretung, ein Beueler Fabrikgebäude, und dann gibt es noch einen Werbeartikel der Grünen - alles in allem fast ein Viertel der Fläche. Da muß doch etwas faul sein!

Dazu noch ein letztes Zitat aus dem Editorial: "Nur durch eine radikale Kritik des Bestehenden können Mißstände aufgezeigt werden und durch das Aufzeigen dieser Mißstände ist der erste Schritt zu ihrer Überwindung getan." In aller Bescheidenheit wünsche ich der "Akut" und vor allem ihren Lesern, diesen Schritt mit meinen Zeilen getan zu haben.

Michael Siebert



wir nicht. Ich meine, es schadet einer Studentenzeitschrift nicht, wenn sie über den Tellerrand der Hochschule hinausguckt. Übrigens befaßt sich "Akut" ganz ausgiebig mit Uni, Studenten und was dazugehört: Bruch der AstA-Koalition, Anträge zum Frauenreferat, Rücktritt des studentischen Wahlleiters, studentischer Hilfsfond, Bafög, Burschenschaften, AK biologischer Landbau, Sparmaßnahmen im Fachbereich Volkswirtschaft u.a. - alles Themen der "Akut" Nr. 193.

Deinen Versuch, die Tatsache, daß ein inzwischen fast 80jähriger Mann wegen seiner pädophilen Neigung 23 Jahre lang eingesperrt wird, zu bagatellisieren ("man liest über die Probleme eines 79jährigen Homosexuellen ..."), finde ich reichlich zynisch: als ginge es hier ums Nägelkauen! Ähnliches gilt für den "Brief eines Unbekannten an die Bezirksschülervertretung" (es handelte sich um einen faschistischen Drohbrief).

Fragt sich, bei wem da "etwas faul" ist?

Jan Baumeister

WIR SO OFT: "GA" ALS GENERAL-VERSCHWÄNDLICH

Dieser Leserbrief wurde General-Anzeiger nicht abgedruckt. Drucken wir ihn halt:

Wir möchten unser Erstaunen über die gestrigen Kapriolen zum Ausdruck bringen mit denen der u.E. beachtliche Vorschläge von Andropow zu den Genfer Verhandlungen, die Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa auf die Zahl der britischen und französischen zu begrenzen von der Bundesregierung vom Tisch gewischt wird.

Da erklärt Herr Genscher, bei den britischen und französischen Raketen handle es sich um strategische Waffen, die nicht in die Genfer Verhandlungen gehörten. (GA vom 29.8.83)

Kann Herr Genscher uns mal erklären warum es sich bei einer britischen Poseidon-Rakete und eine strategische, bei einer amerikanischen Cruise Missile auf britischem Boden, über die ja in Genf verhandelt wird, aber nicht um eine strategische Rakete handelt? Beide sind dem europäischen NATO-Oberkommando unterstellt.

Kaum besser Herr Boenisch am 30.8.83 in GA: "Den französischen und britischen Systemen stünden bereits 364 seegestützte sowjetische Raketen der Typen SSM 5 und SSM 6 gegenüber."

Dieses "Argument" ist neu. Abgesehen davon, daß die Typenbezeichnung von Herrn Boenisch neu ist (richtig muß es SSN 5 bzw. SSN 6 heißen). Bisher wurden bis auf 18 Raketen die seegestützten sowjetischen Raketen unter SALT II gerechnet (vgl. SIPRI-Jahrbuch 82/83). Dort waren auch die amerikanischen seegestützten Raketen bzw. Sprengköpfe erfaßt, deren Anzahl übrigens ein Vielfaches der entsprechenden sowjetischen beträgt.

Von ähnlicher Qualität ist die Forderung nach Einbeziehung der asiatischen SS 20 in die Genfer Verhandlungen, die gegen chinesische Mittelstreckenraketen und amerikanische Atomwaffenbasen um den asiatischen Teil der Sowjetunion aufgerechnet werden müssen.

An Ihrer Berichterstattung stört uns die unkritische Übernahme dieser Positionen. Gleichzeitig erfährt Ihr Leser nichts über die neue technische und strategische Qualität von Pershing II und Cruise Missile: sie versetzen die USA in die Lage, bei Unterlaufen der Vorwarnzeit Punktziele, also gegnerische Raketenstellungen und Hauptquartiere, zu vernichten und sind somit geeignet, einen entwicklungsfördernden Erstschatz durchzuführen. Damit passen sie genau in die Pentagonstrategie, einen auf Europa begrenzten Atomkrieg führen und gewinnen zu wollen.

Deshalb lehnt die Friedensbewegung insbesondere diese Waffen ab!

Bei uns verdichtet sich der Eindruck, daß die Stationierung unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen bereits beschlossene Sache ist und man nur noch nach Argumenten sucht, diese zu rechtfertigen.

P.S.: Wir haben auf die Dauer keine Lust, eine Zeitung mitzufinanzieren, die die Stationierung dieser Raketen publizistisch mitträgt, und sind gespannt auf Ihre weitere Berichterstattung.

Hochachtungsvoll

Eberhard Voigt
Norbert Krämer

DER WARM IN DEN BÜCHERN

Hey!
Isses nötig, daß ihr als "Linke" im Organ des SP (s. Nr. 194, S. 3 und 4) Werbung für die totalen Buch-Supermärkte veröffentlicht? Seite 3: Bouvier - und wenn mensch umblättert, prangt da 'ne Anzeige von Röhrscheid (was ja inzwischen dasselbe ist).
Ihr macht also fleißig Reklame für einen Laden, der ohnehin schon marktbeherrschend ist, der auch ohne eure Werbung Millionenumsätze macht, während alternative/linke Buchläden (Buchladen 46, Progreß, meinestwegen auch Horus) am Existenzminimum herumkriechen, obwohl diese die meisten Bücher auch innerhalb kürzester Zeit besorgen können, für einen

Laden, der keinen Betriebsrat oder sonstige Mitarbeiterinteressenvertretung hat, der seit 1962 von der IHK Ausbildungsverbot hat*, der auch hin und wieder Ausländer wegschickt, wenn diese beispielsweise ein USA-Buch mit mehrwöchiger Lieferzeit bestellen wollen, während der durchschnittliche mit Krawatte ausgestattete deutsche Jurastudent freundlichst (um nicht zutreffendere Ausdrücke zu gebrauchen) bedient wird.

Wenn ich in diesem Laden stehe und mir dieses Gewimmel betrachte, hab' ich nie den Eindruck, daß die Werbung nötig haben.

Also warum ausgerechnet in "Akut"?

Natürlich werdet ihr einwenden, daß Bouvier euch "intensiver" "unterstützen" kann als beispielsweise Horus.

Aber: Isses wirklich nötig?

Zweifelnd

Ralf Zimmer

* Das trifft nach Auskunft der Industrie- und Handelskammer nicht zu. (d. Red.)

NOCH 'NE ANTWORT:

Lieber Ralf,

Die Inserate gehören nicht zum redaktionellen Teil der "Akut". Sie werden von den Inserenten nach einer allgemeinen-gültigen Preisliste bezahlt. Es geht hier nicht um eine Unterstützung der "Akut" für die inserierenden Firmen oder umgekehrt im ideellen Sinne, sondern um ein Geschäft: Ware (hier: Anzeigenraum) gegen Geld. - Im übrigen ermöglichen es uns die Anzeigen, den Umfang der "Akut" zu erweitern und damit mehr Text an den Leser zu bringen. Was nicht heißen soll, daß wir gegen entsprechendes Entgelt absolut jede Anzeige abdrucken würden.

Jan

LEGENDARSTELLUNG:

In AKUT Nr. 194 werden in dem Artikel "An den Studenten vorbei? - SLH - Bonn am Ende?" folgende Behauptungen aufgestellt:

1. "Claus Radziwill ist stolz darauf schon mehrere Male vor Gericht wegen einer Beleidigung gestanden zu haben, wobei er sich brüstet, jedes Mal wegen Mangels an Beweisen freigesprochen worden zu sein".

Diese Behauptungen sind falsch! Richtig ist, daß ich noch niemals wegen einer Beleidigung vor Gericht gestanden habe. Folglich kann ich auch nicht, wie unterstellt wird, jedes Mal wegen Mangels an Beweisen freigesprochen worden sein.

2. "Auch die Wähler haben dieses Verhalten Radziwills spitz bekommen, denn seine bis-

herige Lobby, das Juridicum ließ seinen Verband Anfang des Monats sang- und klanglos untergehen, so daß die Fachschaft Jura jetzt ohne den SLH gebildet werden kann."

Auch diese Behauptungen sind falsch! Richtig ist, daß der SLH - Bonn dieses Jahr sich, wie auch schon die Jahre zuvor, bei den Wahlen zur Fachschaftsvertretung Jura, nicht zur Wahl stellte. Vielmehr kandidierten drei Mitglieder des Bonner SLH zusammen mit neun weiteren Kommilitonen auf der unabhängigen Fachbereichsliste "Demokratisches Forum/DeFo". Bleibt anzumerken, daß ich selber von insgesamt 67 Kandidaten das sechstbeste Wahlergebnis erhielt und in die Fachschaftsvertretung Jura gewählt wurde.

gez. Claus Radziwill

ANMERKUNG:

zu 1. Die oben erwähnte Aussage hat Claus Radziwill selber während einer Sitzung des SLH - Bonn gemacht. Hierfür gibt es mehr als ein halbes Duzend Zeugen. Schade, daß man seinen Worten nicht glauben schenken kann und so zu falschen Aussagen kommt.

zu 2. Richtig ist, daß der SLH - Bonn in den letzten Jahren nicht für die Fachschaftsvertretung Jura kandidiert hat. Falsch wäre es allerdings zu behaupten, daß Radziwill nach der Wahl stellvertretend Fachschaftssprecher blieb oder das seine Freundin immer noch die Fachschaftszeitung Jura leitet.

"Unicum" - wer steht dahinter?

Werbewirksam genau richtig tauchte zum Semesterende die Studentenzeitung "Unicum" auf, eine wirklich ungewöhnliche Zeitschrift. Vierfarbdruck auf Glanzpapier und kostenlos. Dafür stehen im Impressum aber nur zwei unbekannte Namen mit Sitz in Bochum, die gleichzeitig auch als verantwortliche Redakteure und Fotografen wirken.

Nach ihrem eigenen Selbstverständnis wollen die Herausgeber neben den Informationen "Probleme aufgreifen, mit denen Studenten fertig werden müssen", und das ohne Partei-, Ideologie- oder Institutionsgebundenheit. Daran aber kommen einem bei genauem Lesen der Artikel Zweifel. Die Themen kommen mehr aus dem Gebiet der Technik. Im Artikel über Wind-, Wasser- und Sonnenenergie plaudert der Autor aus dem Leben zweier Geographiestudenten und - in Fettdruckstaben gedruckt - kann man dann lesen, daß es mit der Sonnenenergie doch nicht so weit her ist und daß man eigentlich auf die anderen Energieerzeuger (vielleicht AKWs?) nicht verzichten kann. Im Artikel über Mikroelektronik - ein Problem, das den Studenten sehr unter den Nägeln brennen muß - wird befürchtet, daß unser Land in der

Entwicklung schon hinterherhinken könnte, und daß die Geisteswissenschaftler es bisher nicht verstanden haben, diese Technik für sich zu nutzen. Die Kritiker dieser technischen Entwicklung werden dann auch persönlich angesprochen und damit getröstet, daß sich ja bisher eine Orwell'sche Gesellschaft nicht abzeichnet.

Bei solcher Auswahl der Themen kommt der Verdacht auf, als wolle man uns hier die neuesten Technologien nahebringen und auf deren Unumgänglichkeit hinweisen. Diese Befürchtung wird noch geschürt durch das Werksfoto von Siemens. In einem anderen Artikel wird auf den wirtschaftlichen und technischen Aufschwung Deutschlands nach dem Krieg hingewiesen. Gleich mehrfach wird in verschiedenen Aufsätzen auf die steigende Studentenzahl hingewiesen und darauf, daß durch den Engpaß auf dem Arbeitsmarkt Zusatzqualifikationen, z.B. EDV-Kenntnisse, nötig seien, um sich behaupten zu können. Überhaupt scheint man das Leistungsdenken ordentlich schüren zu wollen. So wird die Eröffnung der Privat-Uni in Herdecke, die für gutes Geld "eine geistige Elite heranzubilden will", recht positiv betrachtet und die Glosse über den Schwimmgürtel, der

vor der Studentenschwemme schützen soll, klingt eher makaber angesichts der Kürzungen auf dem Bildungssektor.

Die Warnung vor den Gefahren des Motorradfahrens klingt allzu väterlich mahnend. Vollkommen unerklärlich ist mir auch die Anzeige für den neuen Volvo 240 GLT mit elektrisch beheiztem Fahrersitz in einer Studentenzeitung. Da fragt man sich wirklich, was Kind diese Zeitschrift eigentlich ist.

Man kann nur hoffen, daß die Herausgeber die Probleme der Studenten demnächst besser kennenlernen und daß die Macher sich deutlicher zu erkennen geben, z.B. indem man jeden Artikel namentlich kennzeichnet, wie das üblich ist. Die Themen plätschern eher im Allgemeinen dahin, konkrete Probleme, wie sie im Vorwort versprochen sind, werden gar nicht angesprochen. Ein Thema wie etwa Studien und Prüfungsordnungen wird mit keinem Wort behandelt.

Üblicherweise gibt es ja nur eine Nullnummer jeder Zeitschrift - hoffentlich!

Norbert Valpert

und noch ein

Leserbrief

Liebe Freunde!

In der letzten Ausgabe der "AKUT" habt Ihr einen Artikel von mir über den Kongreß "Naturwissenschaftler für den Frieden" veröffentlicht.

Da offensichtlich ein zweiter Artikel zum Thema vorlag, habt Ihr die sachlichen Teile der Artikel zusammengeschnitten. Meine Kommentare habt Ihr herausgeschnitten, in sinnloser Reihenfolge aneinandergeklebt und als Kommentar zusätzlich veröffentlicht. Dies finde ich nicht so gut, auch, wenn es grundsätzlich besser ist, beide Autoren zu berücksichtigen. Meine Ausführungen werden dadurch völlig entstellt. Gerechterweise muß ich aber auch zugestehen, daß meine Äusserung, Euch die Auswahl der Artikel zu überlassen, mißverständlich war.

Mit solidarischen Grüßen

Stefan Söldner-Rembold

FRAUEN

17.10. Frauenwiderstandstag: das Frauenreferat schließt sich den Aktionen der Bonner Frauenfriedesgruppen an
9.00 Hardthöhe
13.00 Münsterplatz
16.00 Familienministerium

18.10. Frauenreferat führt auf dem Münsterplatz um ca. 16.00 den Katastrophen-Schwestern-Chor auf

20.10. Frauencafé von 16-18 Uhr im Carl-Duisberg-Zimmer mit dem Film "Wie friedfertig sind Frauen?"

22.10. Frauenforum

26.10. "Rosie die Nieterin" (Film) HS 17 19.00 Uhr

9.11. Ein-Frau-Kabarett mit Lisbeth Felder
HS 1 20.00 Uhr (in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat)

23.11. "Ein Prozeß wegen Vergewaltigung" (Film) HS 17 19.00

14.12. "Nehmen Sie's wie ein Mann, Madame!" (Film) HS 17 19.00 Uhr

25.1. "Planet Venus" (Film) HS 17 19.00 Uhr

Ansprechstunde ist täglich im Frauenreferat von 12-14 Uhr.
Jeden Mittwoch ist um 18.00 Uhr offene Kollektivsitzung.

Film-AG

WINTERSEMESTER 83/84

- 18.10. Optimismus der 30er Jahre
- 25.10. Machtmißbrauch und Korruption
- 15.11. Der kalte Krieg I
- 22.11. Der kalte Krieg II

Alle Filme um 19 Uhr im HS 17 (am Kolbenzer Tor).



SPRINGMAUS mit

"Spiegelei sucht ebensolches"

Spieltermine:

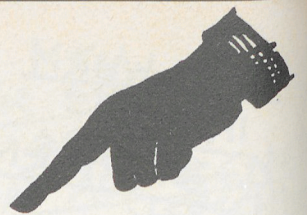
- So 16.10. 12.30 Uhr
- Fr 21.10. 20.30 Uhr
- So 23.10. 12.30 Uhr
- Fr 28.10. 20.30 Uhr
- So 30.10. 12.30 Uhr

im ANNO TUBAC, Kölnstr./Kasernenstr.

Das zweite Programm ist da! Nein, nicht das, was schon alle kennen, sondern das des bundeshauptstädtischen Improvisationstheaters SPRINGMAUS: "Spiegelei sucht ebensolches" ist der vielsagende Titel, den die vielseitige Truppe für die nächsten Wochen gewählt hat.

Wieder wird es um alles und nichts gehen: um unerfüllte Träume in der Strassenbahn, Arbeitslosigkeit und Computertechnik, um Fragen des Individualverkehrs und der öffentlichen Verwaltung, um die Liebe und den "Spaß an der Freud" und das Ganze mit Tempo und Musik.

Mehr noch als in der vergangenen Saison wird das Publikum miteinbezogen, schließlich sind seine Wünsche und Anregungen das Arbeitsprinzip der SPRINGMAUS; aus ihnen entspringen die neuen Sätze, Sketche und Szenen des Improvisationstheaters. Kartenvorkauf ist angeraten.



Termine

Fachschaft Physik und EHW laden ein zur SEMESTERANFANGSFETE
Mittwoch, den 19.10.83, 19.30 im Foyer
grosser Hörsaal Kreuzbergweg

Essen und Trinken, Musik, viel Spaß
Eintritt frei

Semester-Eröffnungsgottesdienst der Theologischen Fakultät am Dienstag um 20.00 Uhr in der Münsterbasilika.

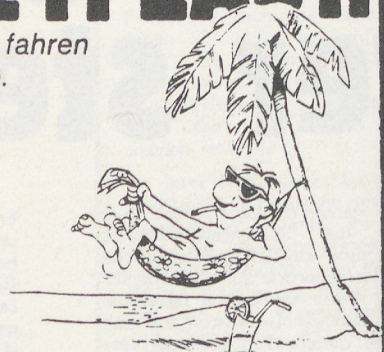
Wer noch Schlafplätze frei hat für den 21.10. bis 23.10., bitte im Schnüss-Büro Wilhelmstr. 3 oder im Treibhaus, s. S. 33 melden.

4. November HS 17 19.00 Uhr
Literaturabend über lateinamerikanische Literatur der Gegenwart
"Aus der Ferne sehe ich das Land"
Eintritt frei!

Aufruf an alle Studenten und Studentinnen, die alte Bücher verschenken oder billig anbieten wollen.
Das Ausländerreferat im ASTA veranstaltet einen Büchermarkt! Tel: 73 70 33

TAKE IT EASY.

Lockere Leute fahren mit transalpino.



Hier einige Preisbeispiele:

Bonn-Brüssel	25,-
Bonn-Berlin	80,-
Bonn-London	83,-
Bonn-Rom	137,-
Bonn-Korfu	222,-

Preise für einfache Fahrt

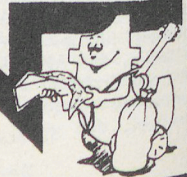
Flug-Reise-Service GmbH

Verkauf bei: Fritz-Tillmann-Str. 4
BONN (0228)221071

Jetzt weit über 4000 Reiseziele

transalpino

Das billige Bahnticket für alle unter 26.



Bei Beethoven

Bericht vom XXIII. Beethovenfest in Bonn

Ein Beethovenfest im Zelt, das ist für Bonn nichts Ungewöhnliches. Schon einmal, vor 130 Jahren, fand das I. Beethovenfest in einer eigens in 11 Tagen Bauzeit errichteten Festhalle statt. Franz Liszt schlug damals den ersten Nagel ein. Wenig später, am 12. August 1845, wurde auch - in Anwesenheit des preußischen Königs und Englands Viktoria - das Beethovendenkmal auf dem Münsterplatz enthüllt.

Ich habe beim diesjährigen Beethovenfest drei Konzerte besucht, dabei vier Symphonien und ein Klavierkonzert.

Schon von draußen klingen mir Proben Soli der Trompeter entgegen. Das Festzelt erreicht man in dichtem Gedränge durch einen langen Gang vom Foyer der Beethovenhalle aus. Der Zuschauerraum, der 52 Sitzreihen zu 32 Plätzen aufnimmt, wird von der hellgrauen Plastikfolie des Daches überspannt. Wenn der Wind mit leichten Stößen über das Dach streift, treibt er die Folie zu Wellen. An einem Abend rieselt ein leichter Regen. Vorne hängen zwei große Blumengestecke über dem in gelben Holz gehaltenen Orchesterraum, die sich in der aufsteigenden Luft leicht zu bewegen und zu drehen scheinen.

Das erste, im Zyklus 8. Konzert bestreitet Daniel Barenboim mit dem Orchestre de Paris. Er beginnt mit Beethovens 4. Symphonie und hat mich nicht begeistert. Freilich - da war viel Liebe zum Detail, und jeder Takt war ein kleines Lied. Barenboim arbeitete die Strukturen der Symphonie fein säuberlich heraus, wobei auch recht ungewöhnliche Klangeffekte entstanden. Aber mein Gefühl ist, daß bei diesem fast mathematisch exakten Offenlegen der Feinstrukturen Vitalität und Frische verloren gehen - vor lauter Bäumen entschwindet der Wald aus dem Blick, und man wartet, hält den Atem an und fragt: Wie geht

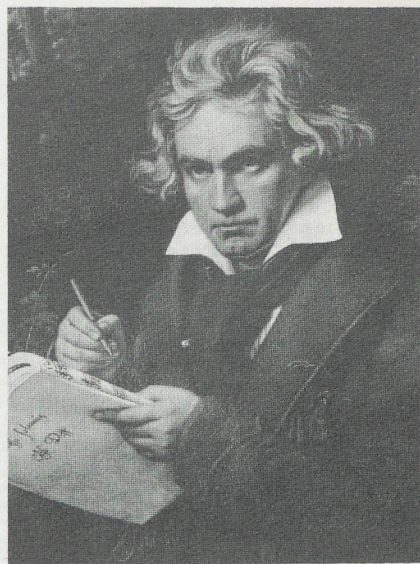
es weiter? Ein Kritiker nannte das "viel Formbewußtsein", aber nach meinem Empfinden wirkte sich dieser akademische Stil hier negativ aus, ist doch Beethovens "Vierte" - neben der 7. - seine fröhlichste und ausgelassenste. Ich hätte sie gern etwas "fetziger".

Auch im folgenden "Prelude a l'apres-midi d'un faune" von Claude Debussy zerriß Barenboim die verträumte impressionistische Stimmung durch exakte Rhythmik und akzentuierte Strukturen; wenn man träumen will, wie ein Faun am Nachmittag, stört das.

Begeistert und versöhnt hat mich dann allerdings wieder die Zugabe, das russische Orchester virtuosentück, der Overtüre zu "Ruslan und Ludmilla" von Michael Glinka. Besser als Barenboim gefiel mir der erst wenige Wochen in Bonn lebende Gustav Kuhn beim 9. und 13. Konzert. In der 1. Symphonie hat er auch Strukturen und Feinheiten herausgearbeitet, aber der rote Faden bleibt sichtbar. Kuhn dirigiert mit Temperament und Frische. Das klingt dann angenehm nüchtern und zügig, ohne Schnörkel und Pathos.

Beim 4. G-Dur - Klavierkonzert wirkte das Orchester allerdings an einigen Stellen - besonders beim Wechsel in der Dynamik, von laut zu leise - zu stark und überläutete den gelassen - genial wirkenden Pianisten Radu Lupu. Sein Spiel war vollendete Harmonie, die Kadenz im ersten allegro-moderato - Satz phantasievoll und geistreich.

Bei der Premiere von Tilo Medeks "Eisenblätter" amüsierte mich das Publikum: Bravo- und Buh-Rufe stritten um die Vorherrschaft, bis der Beifall sich letztendlich durchsetzte. Zitate: "das ist ein Beethovenkonzert!", "schlimm!", "jetzt wollen wir Musik hören!" - so ist das mit neuer Musik.



Das letzte, ausverkaufte Konzert folgte dem Programm einer Wiener "Akademie", in der am 7. Mai 1824 Beethovens "Neunte" uraufgeführt wurde. (Auch sie wurde ja zuerst als "Faschingsmusik" beschimpft.) Gustav Kuhn gestaltete sie ruhig und gelassen, als natürlicher, gemessen vorschreitender Ablauf. Alles schien eine Entwicklung aufs Finale hin zu sein, zum Schlußchor "an die Freude", der dann auch in freudigen Glanz gipfelte. Kuhns Interpretation mag den Nachteil haben, daß sie die Tiefen des Stücks, seine Verwerfungen und Brüche, zu wenig ausleuchtete, aber das sind nicht mehr als marginale Bemerkungen zu einem wundervoll strömenden Orchesterklang.

Christoph Werth

LORELEY 8 Stunden im Fernsehen **LIVE**
Opern **ROCKPALAST** Stereom Hörfunk

Das zweite Rockpalast Open - Air - Festival auf der Loreley hatte der WDR mit einer recht illustren Besetzung veranstaltet. Neben den Superstars Steve Miller & Band sowie Joe Cocker auch noch Altstar Dave Edmunds und die amerikanischen Aufsteigergruppen U 2 und Stray Cats. Leider war für mich das Concert nicht gerade der Genuß, den diese Namen zum größten Teil versprochen.

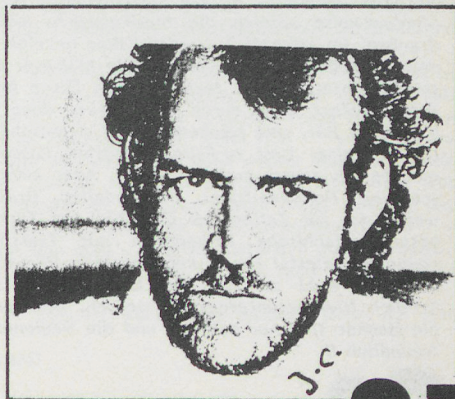
Dave Edmunds hat scheinbar wirklich seine besten Tage hinter sich und sollte lieber beim Produzieren bleiben. Bei U 2 war ich inzwischen schon so von dem tierischen Gedrängel in der sonst toll gelegenen Loreley-Bühne genervt, daß ich nicht mehr viel von deren Musik mitgekriegt habe. Ich habe dann erst mal Konzert Konzert sein

lassen und mich in den Pressebereich gezogen, wo man zwar nichts mehr sehen konnte außer über Fernseher, aber dafür konnte man sich dort mal etwas ruhiger langstrecken und mußte nicht Angst um seine Gesundheit im Gedrängel haben. Für das nächste Mal sollte der WDR das Kartenkontingent etwas knapper halten, so daß man vielleicht auch nicht mehr 'ne halbe Stunde für 20 Meter zum Bierstand braucht.

Bei Stray Cats will ich über Geschmack nicht streiten, mir haben sie nicht gefallen. Absoluter Höhepunkt war dann Joe Cocker (war doch klar!). Cocker versteht es immer noch, alte Lieder völlig neu zu interpretieren und nicht nur nachzusingen. Durch dies und seine unver-

gleichliche Stimme kommt eine so unwahrscheinlich schöne Stimmung rüber, daß es mir ein paar mal richtig wohlig kalt den Rücken runtergelaufen ist (z.B. bei "You're so beautiful"). Dagegen mußte es natürlich anschließend Steve Miller schwer fallen, die Stimmung noch mal zu steigern. Trotz einiger Show-Gags auf der Bühne und einem Feuerwerk seiner Hits kam nicht mehr die Stimmung auf, wie sie vorher noch bei Cocker, war. Es gab daher nicht wenige, die sich schon vorher verdrückt haben, während Steve Miller noch spielte.

- 16 -



bess demnähx

un nit vill Neues vun

bess demnähx, so heißt die neue BAP. Diesmal live. Auf dem Doppelalbum, aufgenommen auf der Tour 82/83, finden sich neben nur 5 neuen Stücken Titel von allen vier bisher herausgegebenen LPs, in der Mehrzahl jedoch von der letzten "von drinne noh drusse".



Von der Aufnahmequalität kann sich die Platte durchaus sehen lassen, für ein live-Album ist sie sogar sehr gut. Wer also auf live-Atmosphäre auf Platten steht, kommt schon auf seine Kosten. Mir allerdings geht das permanente Mitgeklatsche, egal ob bei schnellen oder langsamen und nachdenklicheren Stücken ziemlich auf die Nerven. Die einzelnen Titel hören sich hier nicht besonders anders an als in der Studio-Version - bis auf ein paar Titel von den ersten Platten, die sich auf "bess demnähx" etwas abgerundeter anhören. Gut gelungen ist die KDV-Befragung "Stell Dir vüür", die als Reggae gerade live gut abgeht. Die neuen Stücke reissen mich alle nicht vom Hocker. Am Besten gefällt mir da noch "Et letzte Leed", so eine Art Abschiedslied zum Ende des Auftritts. Das passen Musik und Text mal hervorragend

zusammen. Bezeichnend ist, daß drei von den fünf neuen Titeln sich mit dem Streß und dem Ausgebranntsein bei so einer Mammuttour, wie es die 82/83er Tour mit 125 Auftritten in knapp 200 Tagen war, beschäftigen. Da wird in "Nimm mich met" das Gefühl beschrieben, "hypnotisiert zu sein von dem, was um mich herum alles abläuft", und in "Hundertmohl" die Angst, "der Gigolo am Fließband deiner Sensibilität" zu sein. Mir scheint, diese Lieder charakterisieren den Zustand von BAP sehr genau. Ein Indiz dafür sehe ich in dieser neuen Platte. Sie wird BAP-Fans sicherlich gefallen. Meine Kritik richtet sich aber auch daran, daß hier ein Doppelalbum für über 20,--DM auf den Markt geworfen

wird, das ganze fünf neue Stücke enthält. Das ist zwar nicht neu, aber von BAP hätte ich so eine miese Absahn-Kiste nicht erwartet. Mir drängt sich ganz stark der Verdacht auf, daß die so super erfolgreiche Tournee noch mal schnell vermarktet werden soll, bevor BAP jetzt die, so meine ich, dringend erforderliche Kreativitätspause einlegt. Deshalb auch "bess demnähx". Ergebnis dieser Marktpolitik ist, daß gerade die alten BAP-Fans verarscht sind, die die alten Platten bereits alle haben, sich aber der Vollständigkeit halber noch diese neue für viel Geld kaufen müssen. Wolfgang Niedecken im Beiheft: "Wir wollten es schaffen, den üblichen 'Best of ...'-Live-Alben eins entgegenzusetzen, das auch auf den Prozeß einer solchen Mammut-Tournee, wie die unsrige, eingeht." Davon habe ich nichts gemerkt; außerdem ist dieser Satz für mich einzig ein großer (Selbst-?) Betrug. Ich habe nichts gegen Erfolg - auch bei 'linken' Musikern, aber diese Verarschung der Fans geht zu weit. Vielleicht denkt BAP in ihrer Pause auch darüber nach. -lö-

UNI-SOMMER FEST

Warmes Bier, schlechte Musik, unfreundliche Bedienung !

Bereits am Eingang drängte sich mir der Gedanke auf, daß das Sommerfest, sonst traditionell auf der Hofgartenwiese gefeiert d.h. ohne Eintrittsgeld, zur Sanierung des AStA-Haushaltes beitragen soll. Gerüchte und Flugblätter von den oppositionellen Gruppen habe darauf hingewiesen.

Heute beim Fest der Studenten begegnet mir am Eingang eine Atmosphäre wie an einem deutsch-deutschen Grenzübergang. Das Personal an der Kasse ist sehr streng: eine Frau kassiert, eine andere drückt dem Kommenden den Stempel nicht in die Handfläche (Gefahr der Abnutzung), sondern auf die Hand oder den Arm, eine dritte Frau verteilt die Programme (beim Winterfest durfte, wer wollte, ungeniert zugreifen, aber die Zeiten haben sich geändert. Sie haben sich schon wieder geändert-d.S. Diese Kassenriege gibt es gleich zweimal, außerdem ist alles mit Tischen in Gänge aufgeteilt. Hinter der Kasse stehen vier Ordner, die bei den Eintretenden den Stempelaufdruck kontrollieren.

Obwohl im Arkadenhof bereits seit einer halben Stunde Ray Austin und Band spielen sollen, wird noch fleißig an der Anlage gebastelt. So blättere ich zuerst im Programm, um zu erfahren, was sich wo momentan abspielt. Da augenblicklich noch alles im Aufbau begriffen ist - das Fest ist bereits seit 2 1/2 Stunden eröffnet -, besichtigen wir die Arkaden-Innenhöfe, wo die verschiedenen Angebote stattfinden sollen. Sinnigerweise spielen die Musikgruppen nicht in Hörsälen sondern draußen. Im Hörsaal 1 werden Filme gezeigt. Die Luft ist zum Schneiden, aber der am Ort verweilende Malteser Hilfsdienst will wohl auch seinen Einsatz haben. Malte's Video Disco im E-Raum, wie immer mit dabei, glänzt eher durch Lautstärke, denn durch Qualität. Frank's Longdrink Bar, eine Neuheit, macht Atmosphäre durch hohe Preise.

Da ich keine Lust zu Film, Longdrink, Disco oder Dichterlesung habe, möchte ich zuerst mal was essen. Aber auch hier ist das Angebot bescheiden: Pommes-frites, Freakadellen, Brat- oder Currywurst! Was waren das für Zeiten, als Griechen und Türken ihre Spezialitäten anboten: griechische Frikadellen mit Tsatsiki, Fladenbrot, gegrillte Hammelkoteletts! Heute kommerzielle Pommesbuden - die Frikadellen bestehen wohl zu 90% aus Brot und müssen mit einem kräftigen Schluck Bier heruntergespült werden. Aber ach, das Bier ist lauwarm, die Becher sind nur halbvoll und die Bedienung an den Ständen ist unfreundlich !!

Achtung!!! Achtung!!! Achtung!!!

An alle Musikliebhaber

Erstmalig in Bonn hat jeder, der schon immer in einer Rock-, Blues-, Funk-, Latin-, Jazz-, New-Wave-, Reggae-,Band sowie in einem Ensemble für folkloristische und klassische Musik mitspielen und gleichzeitig unter Anleitung erfahrener Profimusiker lernen wollte, **jetzt** die Möglichkeit, Unterricht zu erhalten, neue Mitmusiker kennenzulernen und mehrmals im Jahr öffentliche Konzerte in einem hauseigenen Konzertsaal zu geben.

Erfahrene Musikpädagogen dozieren in den Fachbereichen:
Gesang, Gitarre, Schlagzeug, Vibraphon, Percussion, Baß, Klavier, Orgel, Querflöte, Blockflöte, Klarinette, Saxophon, Trompete, Posaune, Violine, Cello, Akkordeon, usw.

ferner Jazz und klassische Harmonielehre
Anleitung zur Improvisation in allen Stilrichtungen, Rhythmik
Angeboten werden Kurse für:
Anfänger - Fortgeschrittene - und Einzelunterricht
Es werden ständig neue Kurse eingerichtet.
Während der Lehrgänge finden auch Dozenten-Konzerte statt.
Weitere Informationen gibt die

Musikschule
Braun-Peretti

Engelstalstraße 2, 5300 Bonn 1, Tel. 02 28 / 65 64 17
Anmeldung MO DI DO FR 15-19 Uhr, oder bei
BRAUN-PERETTI, Dreieck 16, Tel. 0228/634598/89

sowie zwei der verantwortlichen Dozenten Georg Berhausen und Burkhardt Ruckert

In der Zwischenzeit, hat Ray Austin sein Programm begonnen. Die Musik ist schrecklich laut und nicht besonders gut. Aber an der Hauptgasse baldigen Auftakt aus. So erfreuen wir uns an den lateinamerikanischen Klängen von Salsa Latino, die im Kleinen Innenhof spielen.

Fortsetzung auf S. 29

FAHRPREISERHÖHUNGEN

- ES REICHT !

Unter der Scheinbegründung, daß ein neues Tarifsysteem eingeführt wird, werden voraussichtlich am 1.12.83 die Fahrpreise der SWB erhöht. Nach der Ausdünnung des Liniennetzes im Juli '83 bedeuten die neuen vorgesehenen Maßnahmen eine neue und erhebliche Verschlechterung des öffentlichen Personennahverkehrs in Bonn. Konkret heißt dies, daß die Streifenkarten stark verteuert werden.

So wird z.B. die einfache Fahrt (2 Tarifzonen) mit der Streifenkarte für Erwachsene von 1,50 DM auf 1,775 DM angehoben (+16,7%) und liegt nur noch unwesentlich unter dem Preis eines Einzelfahrscheins. Schüler und Studenten müssen dann schon 1,50 DM zahlen (vor drei Jahren war dies der Fahrpreis eines Einzelfahrscheins für Erwachsene).

Gleichzeitig soll die Großzone Bonn in sieben Tarifzonen aufgeteilt werden. Dies bedeutet für Leute, die im Stadtbezirk längere Strecken fahren müssen, also mehr als zwei Zonen befahren, eine extreme Verteuerung um 65%! Z.B. kostet dann eine Fahrt von Tannenbusch zum Venusberg oder von Duisdorf nach Pützchen mit der Erwachsenen-Streifenkarte 2,62 DM statt 1,50 DM. Bei der Wochenkarte 19,50 DM statt 13,-DM. Dies trifft vor allem Leute aus den Randbezirken und die, die wegen der starken Zentralisierung über den Zentralen Omnibusbahnhof fahren müssen.

Zusätzlich soll ein neuer Fahrschein für Kurzstrecken eingeführt werden, mit dem die Fahrt innerhalb von zwei Teilzonen ermöglicht wird. Im Grunde eine sinnvolle Einrichtung, die aber im Tarif zu hoch angesetzt ist (1,40 DM für den Einzelfahrschein). Für die Benutzer von Bussen und Bahnen wird alles komplizierter. Wer soll sich dann noch zurechtfinden bei diesem Wust an Fahrkarten?

Die angebliche Erhöhung der Attraktivität durch den Wegfall der Streckenbindung bei Zeitkarten steht nur auf dem Papier, denn die Benutzer müssen sich jetzt nach der Zahl der Zonen richten. Die Nicht-Streckengebundenheit gilt ja dann nur einem Bereich. Diese "Attraktivität" wird zusätzlich durch eine Erhöhung der Zeitkartenpreise um 16% zunichte gemacht.

Diese drastische Verschlechterung des öffentlichen Nahverkehrs trifft im besonderen Maße sozial schwächere Schichten, die auf die Benutzung von Bussen und Bahnen angewiesen sind und sabotieren alle Versuche, Automobilbenutzer für ein Umsteigen auf die umweltfreundlicheren Busse und Bahnen zu gewinnen. Die SWB zeigt, daß sie nicht bestrebt ist, ihre soziale Aufgabe wahrzunehmen, sondern daß

sie eine harte Finanzpolitik betreibt, die auf Kosten der Bonner geht. Die SWB, die den Bau eines Stadtbahntunnels in Godesberg für 200 Mio DM plant und kürzlich für 36 Mio DM neue Stadtbahnwagen gekauft hat, die nicht gebraucht werden, plant an den Bürgern vorbei. Diese Pläne bringen für den öffentlichen Nahverkehr keine Verbesserung. Statt dessen ist in Bonn zu bemerken, daß eine deutliche Bevorzugung des Autoverkehrs stattfindet (Tunnelprojekt in der Reuterstr., Brückenbau und den Bau neuer Tiefgaragen, etc.). Wir fordern daher:

- Vorrang von Bussen und Bahnen vor dem Autoverkehr. Z.B. durch Ampelvorfahrt, Busfahrbahnen, etc.
- Keine Fahrpreiserhöhungen. Die Schmerzgrenze ist schon längst erreicht!
- Fahrpreissenkungen!
- Kein Bau der sinnlosen Millionenprojekte



- Keine Zonenaufteilung in der geplanten Form!
- Für ein einfaches und günstiges Kurzstreckensystem!
- Verkehrspolitik statt Finanzpolitik!

Das Ökologie- und Kommunalreferat des AStAs wird auf seinen Ökologie- und Kommunalplenen das Thema Verkehrspolitik, Fahrpreiserhöhungen und alternative Verkehrskonzepte behandeln. Wir betrachten diese Plenen als konkrete Umsetzung der Basisdemokratie, unsere Arbeit im Referat soll nicht zu einer abgehobenen Politik verkommen. Sie soll von Euch bestimmt und beeinflusst werden. Wir betrachten diese Plenen nicht als rein themengebunden, sondern als Möglichkeit, um Eure Anregungen zu diskutieren und umzusetzen. Aber auch um Euch an der Referatsarbeit aktiv zu beteiligen. Kommt also vorbei! Falls Ihr Fragen zu unserer Arbeit habt, kommt einfach im AStA vorbei: Ökologie- und Kommunalreferat oder ruft an: Tel. 73 7034, Kalle Winter, Stephane Bauer.



Uni-Sommerfest Fortsetzung von S. 28

weise stehen die Leute an den Türen, anstatt sich im Hof niederzulassen. Ich bin sowieso schon sehr sauer, meine Füße tun weh, da es wenig an Sitzgelegenheiten gibt, ich habe bereits 15,-DM ausgegeben und bisher noch nichts gefunden, was mich zum Dableiben anhält. Als Klingklong endlich zu spielen beginnt, macht auch die Gruppe Earforce im Arkadenhof gleich neben der Hauptgarderobe ihren ohrenbetäubenden Lärm.

Kurz, ich bin gegangen, ich habe es nicht bis zum Ende des Festes ausgehalten. Vielleicht tue ich dem Veranstalter Unrecht und die tollen Sachen kamen erst nach 22.30 Uhr. Aber trotzdem frage ich mich, was ein Programm mit festen Uhrzeiten soll, wenn sich eh niemand danach richtet? Wieso gibt es Pausen und dann wieder vier verschiedene Gruppen, die sich beim Spielen Konkurrenz machen? Außerdem waren die Alternativen recht mager: die Gruppen traten meist zweimal auf - aus Kostengründen??? Die angekündigten Überraschungsauftritte - was auch immer das gewesen sein mag - habe ich natürlich auch verpaßt. Das Fest erinnert alles in Allem an eine Kirmes: hohe Preise, niedrige Leistung!

Auf mich wird man in Zukunft verzichten müssen, denn ich werde solche Feste meiden!!!

Irmtraut Kosiol

Anmerkung der Red.: "The Times, They're Changing" oder "Neuer AStA neue Feste."

Bonner Studenten Fahrschule

Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

Anmeldung und Auskunft:

Montag und Mittwoch von 17.00 bis 18.30 Uhr
Freitag von 9.30 bis 11.00 Uhr
Unterricht Mittwoch von 18.30 bis 20.00 Uhr

Aus den Fachbereichen:

Volk und Gesundheit

Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus

Ausstellung in der Säulenhalle der Universität vom 2.-14.11.83

Seit dem 11. Gesundheitstag 1980 in Berlin, der mit dem Thema "Medizin im Nationalsozialismus: Tabuisierte Vergangenheit - ungebrochene Tradition?" eine längst überfällige Diskussion begann, gibt es zunehmendes Interesse an der jüngsten Vergangenheit der deutschen Medizin. Es mehren sich auch die Versuche, diese zeitgeschichtlich wichtige Thematik ohne kurzatmige Fixierung auf aktuelle Anlässe durch intensive Quellenforschung greifbar und damit auch in ihren Strukturen verstehbar zu machen. Einer der wichtigsten Ansätze dieser Art ging von einer fachübergreifenden Arbeitsgruppe am Institut für empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen unter Leitung des Historikers Walter Wuttke-Groneberg aus, die die Ausstellung "Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus" erstellte. Zum ersten Mal in dieser Form werden hier wichtige Elemente nationalsozialistischer Medizin und Gesundheitspolitik verdeutlicht, ohne daß dabei allzuvielen Worten verloren werden - die meisten Bilder, Graphiken und Zitate sprechen für sich!

Dabei wird keineswegs nur das Grauen medizinischer KZ-Experimente und die Perfektion der - wesentlich auch von Ärzten als Gutachter mitgetragenen - nationalsozialistischen Vernichtungsaktionen gegen Geistigbehinderte, Juden und Polen, politischen Opponenten und sozialen Randgruppen beschworen, sondern auch der scheinbar unpolitische Alltag: Heilkräuter-Sammelaktionen und "Ernährungsumstellung" zugunsten billiger Ersatzstoffe im Rahmen der angestrebten autarken nationalsozialistischen Billigmedizin sowie die Ausrichtung der damals nach Millionen zählenden Volkshelbewegung auf Leistungs- und "Gesundheitspflicht" für die Volksgemeinschaft. So erscheinen schließlich Leistung, Vernichtung und Verwertung zugespitzt in der "Vernichtung durch Arbeit" in den Vernichtungslagern als wesentliche Strukturelemente nationalsozialistischer Medizin.

Die Ausstellung will einen Beitrag leisten in der aktuellen Diskussion deutscher Vergangenheitsbewältigung. Jedoch nicht durch analytische Betrachtungsweisen sondern durch das Aufzeigen der im alltäglichen Leben institutionalisierten Zwangsmechanismen, die die Betroffenen unverhofft im Räderwerk von Anstalt, Psychiatrie, Entmündigung und Zwangsmaßnahmen untergehen ließ. Wie wenig das an Aktualität verloren hat, haben in jüngster Zeit die zahllosen Beispiele gezeigt, in denen die verheerenden Zustände in den westdeutschen psychiatrischen Einrichtungen angeprangert worden sind.

Die Ausstellung wurde Anfang 1982 in Tübingen bereits von über 17.000 Menschen besucht. Inzwischen wurde sie von den Geldern der bundesdeutschen Gesundheitsläden zur Wanderausstellung ausgebaut und wird in Bonn vom Gesundheitsladen in Zusammenarbeit mit der Fachschaft Medizin und dem AStA-Antirepressionsreferat gezeigt.



Die Ausstellung ist vom 2. bis 14.11. in der Säulenhalle der Universität zu sehen. Eröffnung: 2.11.83, 10.00 Uhr. Parallel zur Ausstellung findet eine Veranstaltungsreihe in HS 1 und HS 17 des Uni-Hauptgebäudes statt. Ein Begleitbuch zur Ausstellung mit gleichnamigem Titel ist sowohl während der Ausstellung als auch bei den begleitenden Veranstaltungen erhältlich.

Stefan Hages, FS Medizin

Mittwoch, 2.11. 19.00 Uhr
Hörsaal 1, Uni-Hauptgebäude

"PSYCHIATRIE IN BONN ZUR ZEIT DES NATIONALSOZIALISMUS" Professor Schüttler war bis vor einiger Zeit Oberarzt an der Psychiatrischen Universitätsklinik Bonn auf dem Venusberg. Über mehrere Jahre hat er intensive Recherchen über die Verhältnisse insbesondere an der Universitäts-Nervenlinik zur Zeit des "Dritten Reiches" angestellt. Welche Versuche an Menschen wurden bei uns in Bonn durchgeführt? Wie "lebensunwert" mußte ein Leben sein, um zum Versuchskaninchen erklärt zu werden? Wie drang die Ideologie der Nationalsozialisten in die Ärzteschaft auch Bonns ein, und wie wurde sie umgesetzt? Auf diese und ähnliche Fragen wird der Redner im Rahmen seines Vortrages weiter eingehen und versuchen, Antworten zu finden. Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. med. Schüttler, Ulm

Montag, 7.11. 19.00 Uhr
Hörsaal 17, Uni-Hauptgebäude

"NEUE DEUTSCHE HEILKUNDE - DIE ROLLE DER NATURHEILKUNDE IM NATIONALSOZIALISMUS" Seit jeher spielt die Naturheilkunde bei der gesundheitlichen Versorgung der Menschen eine wichtige Rolle. Sie versteht sich dabei oft als Gegenspieler der "Schulmedizin", spricht von ihren "natürlicheren, sanfteren, ganzheitlicheren" Heilmethoden. Im Zusammenhang mit der volksmedizinischen Bewegung erfuhr die Naturheilkunde unter der Nazi-Herrschaft eine ungeahnte Aufwertung. Ihre Vertreter zeichneten sich dabei nicht gerade durch eine von ihrem Anspruch her

Buchhandlung · Verlag · Antiquariat

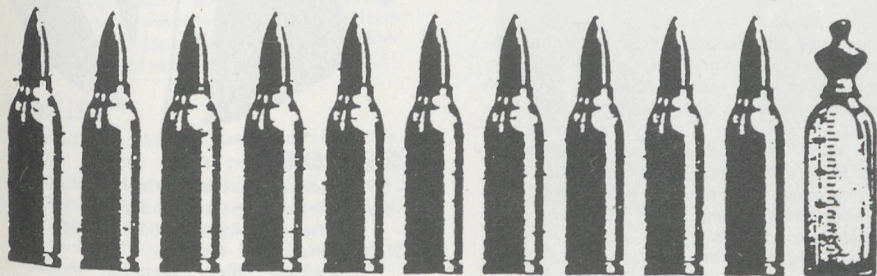
RÖHRSCHEID

Gegenüber der Universität

Bonn · Am Hof 28 · Tel. 0228/63 12 81

vorgegebene Zurückhaltung in der Frage von Gewalt und Lebensvernichtung aus. Im Wettbewerb mit der "Schulmedizin" versuchten sie, sich als Sachverwalter eines Umgangs mit den Kranken vorzustellen, der über jeden Verdacht kostspieliger und schonender "Fürsorge für Krankes und Schwaches" erhaben sei. Daß Naturheilkundler auch andere Wege gehen konnten, soll das Leben von Friedrich Wolf belegen. Er forderte den mündigen, über seinen Körper und dessen natürliche Bedürfnisse informierten Patienten. Nichtsdestotrotz bleibt die ärztliche Versorgung für ihn aber selbstverständliche Pflicht des Staates gegenüber dem Bürger. Sein Eintreten für diese Überzeugung brachte ihn ins KZ.

Eine Veranstaltung mit Prof. Walter Wuttke-Groneberg, Tübingen



Dienstag, 8.11. 19.00 Uhr
Frauenmuseum, Im Krausfeld 10

"AUSSONDERUNG DER ENTARTETEN" "das Recht muß daran mitwirken, daß hier stets den wertvolleren Erbströmen die Entfaltungsmöglichkeit gesichert wird. Das geschieht positiv durch die Förderung der rassistisch wertvollen Menschen, negativ durch Aussonderung der Entarteten"

Solcherart dokumentierte Udo Klauska in der Nazi-Zeit seine Haltung zu den "Geisteskranken". Nach dem Krieg wurde er von 1954 bis 1975 Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), dem hier alle Irrenanstalten und viele Erziehungsheime und andere Hilfseinrichtungen für benachteiligte Menschen unterstehen. Die Person Udo Klauska symbolisiert stellvertretend für viele andere Alt-Nazis die personelle Fortführung der "faschistischen" Fürsorge. Viel schlimmer noch sind aber die unveränderten Zustände: Daß in den Anstalten des LVR bis heute die Rechte der Insassen mit Füßen getreten werden, belegen die vielen öffentlich bekanntgewordenen Skandale. Von diesen - im Namen von "Ruhe und Ordnung" draußen - hinter den Mauern begangenen Menschenrechtsverletzungen wissen Betroffene, Psychiatrie-Personal und die Beschwerdezentren viel zu berichten.

Eine Veranstaltung mit dem Beschwerdezentrums Psychiatrie Bonn

Dienstag, 8.11. 20.00 Uhr
Gesundheitsladen, Wolfstr. 5

"ZUM VERHÄLTNISS VON ZAHNMEDIZIN UND NATIONALSOZIALISMUS" Es gibt wenig spektakuläre Ereignisse in der Zahnheilkunde während der Zeit des Faschismus, zumindest gemessen an den ungeheuren Verbrechen auf dem medizinischen Gebiet, wie etwa den Menschenversuchen im KZ. Dennoch war die Zahnmedizin in dieses Gefüge einer "Medizin ohne Menschlichkeit" eingebettet, gab es aus den Reihen ihrer wissenschaftlichen und ständischen Führer keine Proteste. Umgekehrt hat man sogar den Eindruck, daß außer der Führung auch die einfachen Zahnärzte hinter den Aktivitäten der Faschisten standen. Dies wird besonders bei der Zerschlagung der wenigen fortschrittlichen Ansätze aus der Weimarer Republik durch die Nazis klar: Die Ambulatorien und Zahnklini-

ken, die von den Krankenkassen eingerichtet und betrieben wurden, hörten unter den Nazis auf zu existieren; dadurch wurde die Position der Zahnärzte aufgewertet. Die Folgen dieses Paktes zwischen den ständischen Interessen der Zahnärzte und den Faschisten sind heute noch Hindernis für zukunftsweisende Reformen in der zahnmedizinischen Versorgung der Bevölkerung.

Eine Veranstaltung mit Gunter Richter und Wolfgang Kirchhoff von der Vereinigung Demokratischer Zahnmedizin e.V. (VdZm)

Mittwoch, 9.11. 19.00 Uhr
Hörsaal 17, Uni-Hauptgebäude

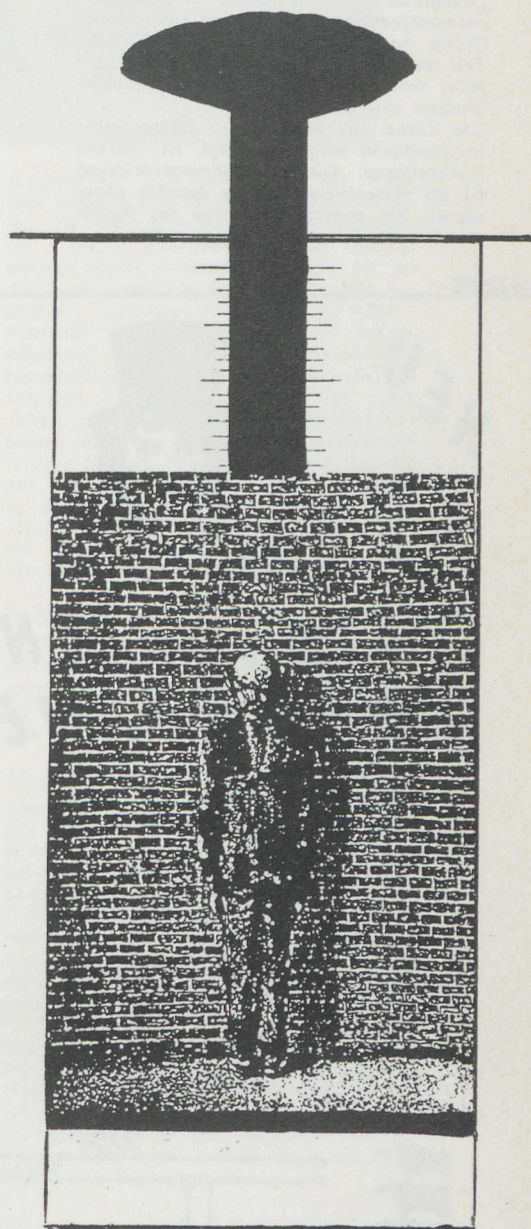
"ICH KLAGE AN" Oberdienstleiter Victor Brack, der maßgeblich an der Vernichtung "lebensunwerten Lebens" durch getarnte Organisationen beteiligt war, und der Euthanasie-Bevollmächtigte Brand regten einen Film an, der der Bevölkerung die Euthanasie nahebringen sollte. Der Film, der 1941 in der Regie von Wolfgang Liebeneiner gedreht wurde, erhielt den Titel "Ich klage an". Angeklagt wurde eine Rechtsordnung, die den Ärzten das Recht verwehrte, Herr über Leben und Tod zu sein, eine Rechtsordnung, die auch das "lebensunwerte Schwache" schützte und das Recht zu leben nicht nur dem "kraftvollen Ganzen" (Hitler) zusprach. Das wahre Problem wird in diesem Film verschleiert. Ein Film in Zusammenarbeit mit der Film-AG

Freitag, 11.11. 19.00 Uhr
Hörsaal 1, Uni-Hauptgebäude

"LEBENSUNWERTES LEBEN - EIN ÜBERHOLTER BEGRIFF?" Am 8. Mai 1945 endete das "Dritte Reich". Damit ging eine Zeit zu Ende, in der in unserem Lande das Leben eines Menschen keinen Pfifferling wert war und sofort und ohne irgendwelche Folgen ausgelöscht werden durfte, wenn dieser Mensch nicht den Vorstellungen der Mächtigen entsprach. Wenn er etwa unheilbar war, seiner Sinne nicht mächtig oder verkrüppelt war. Augenzeugen von der VVN erzählen, wie der Begriff "Lebensunwertes Leben" den Menschen eingetrichtert wurde, den Hausfrauen, dem Kegelclub aus der Eifel und den Schülern im Unterricht. Betroffene heute berichten von den noch immer andauernden Folgen dieser Vorurteile. Heute müssen wir an den Umgang mit den Abweichenden in Anstalten und Heimen, an die Diskussion über Sterbehilfe für Schwerkranke erinnern. Eine offene Diskussion mit Augenzeugen von gestern und heute - in Zusammenarbeit mit dem VVN-Kreis Bonn

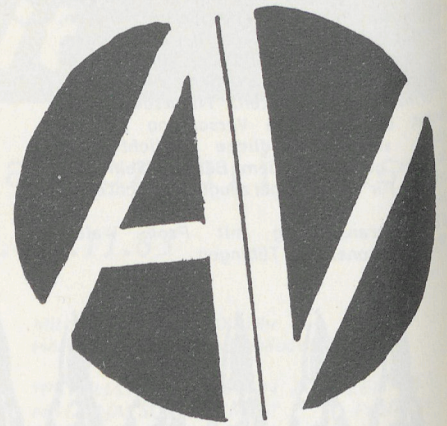
Samstag, 12.11. Abfahrt 14.00 Uhr ab Erbergerufer/Kennedybrücke.
Dauer etwa 2 1/2 Stunden,
Unkostenbeitrag 10,-/5,- (Azubis)

"ANTIFASCHISTISCHE STADTRUNDFAHRT" In einer gemeinsamen Busfahrt wollen wir zu den Stätten in Bonn fahren, an denen in der Zeit von 1933 bis 1945 Verfolgung und Widerstand stattgefunden hat, um an diesen Orten über einen kaum bekannten Teil Bonner Geschichte zu berichten. Z.B. das ehemalige Gestapo-Haus am Kreuzbergweg, heute Sitz des Arbeitsgerichtes; z.B. die ehemalige Synagoge in Poppelsdorf, die 1938 von der SA angesteckt wurde; und das Kloster in Enderich, das für die Juden Bonns Zwischenstation auf dem Weg in die KZ's war; oder die Renoirstraße, benannt nach dem KPD-Stadtverordneten Renoir, der 1933 von den Nazis ermordet wurde. Begleitet wird die Stadtrundfahrt von Bonner Bürgern, die diese Zeit miterlebt haben. Die Fahrt findet in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk für Friedensarbeit und dem VVN-Kreis Bonn statt.



Aus den Fachbereichen:

Die "ANDEREN VOLKSWIRTE"



Die "ANDEREN VOLKSWIRTE" sind eine studentische Gruppe, die seit 5 Semestern konstruktive Arbeit am Fachbereich Volkswirtschaft an der Uni Bonn leistet.

Die "ANDEREN VOLKSWIRTE" sind ein zwangloser Zusammenschluß von Studenten unterschiedlichster politischer Ausrichtung: Grüne, Sozialisten, Liberale, zum größten Teil unorganisierte Studenten. Die Gruppe setzt sich für ein kritisches, menschliches Studium ein.

Das Klima, das einmal als Erstsemester im Juridicum entgegenschlägt, ist vielfach erschreckend. Die Buchführungsvorlesung ist als Massenveranstaltung denkbar ungeeignet, der unpersönliche Bau des Juridicums, der Studienaufbau ist gekennzeichnet von Massenvorlesung und Klausuren, die Professoren sind eindeutig politisch rechts orientiert, das chauvinistische Klima,...

Muß man sich da einen Aktenkoffer und einen Kaschmir-Schal kaufen und sich äusserlich und Innerlich an gesellschaftliche Zwangsvorstellungen über Juristen und Volkswirte anpassen?

Das muß nicht sein! Um dagegen zu steuern, wurden u.a. die "ANDEREN VOLKSWIRTE" gegründet. Dort kann jeder die Themen und Sachen vorschlagen, die ihn interessieren; Selbstinitiative und Selbstverantwortung sind groß geschrieben.

Was wir machen

- Erfahrungsaustausch zwischen Studenten verschiedener Semesterhöhen,
- Kritische Auseinandersetzung mit Studieninhalt und -form,
- Diskussion über aktuelle Problemstellungen (Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Ökonomie und Ökologie, Stationierung neuer Atomraketen...),
- Entwicklung von eigenen Gedanken, wie man das Studium gestalten kann,
- Konstruktive Mitarbeit in den studentischen Gremien am Fachbereich,
- Herausgabe der Zeitung "mehrWERT",

- Veranstaltungen von Seminaren zu aktuellen Fragen (in diesem WS Arbeitslosigkeit)
- Einsatz gegen die fortschreitenden Kürzungen im Bildungsbereich und vieles mehr.

Daneben finden wir auch noch Zeit, gemeinsam in unserer Freizeit etwas zu unternehmen. Spontan organisieren wir dann Fahrradtouren, Fêten, gemeinsamen Besuch von Kulturveranstaltungen und andere tolle Sachen, die uns einfallen. So schaffen wir es, dem alltäglichen Frust im und um das Juridicum zu entgehen. Wer Lust hat mitzumachen oder nur mal reinschauen will, soll das machen. Bei uns ist jeder willkommen.

In diesem Semester sind die folgenden Themen geplant:

- 20 Jahre Sachverständigenrat
- Referent: Rolf-Dietrich Schwartz, Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Rundschau; Ende Oktober
- Entwicklungspolitik der EG; Anfang November
- Subventionen - eine kritische Analyse, Mitte November
- DDR heute - ein Erfahrungsbericht; Anfang Dezember
- Wissenschaftstheorie; Mitte Dezember

Die genauen Termine und Referenten könnt Ihr bei uns erfahren; wir veröffentlichen sie auch auf unseren Flugblättern und im "mehrWERT".

- Ende Februar planen wir einen gemeinsamen Skiurlaub!

Treff:
Während der Vorlesungszeit treffen wir uns dienstags um 19.30 Uhr im Carl-Duisberg-Zimmer, Mensa Nassestraße.

Kontaktadressen:
Thomas Müller, Petrusstr.4, Bonn 3, Tel. 46 03 76
Jeanette Malchow, Bornheimerstr.71, Bonn 1, Tel. 635961
Susanne J. Lohmann, Vorgebirgsstr.8, Bonn 1, Tel.658327 (EF-Vertreterin)

ANZEIGE

NEU



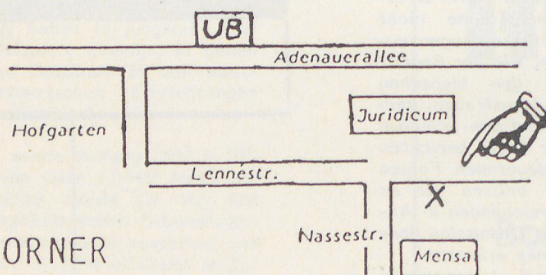
NEU

FOTOKOPIEN ? COPY CORNER

- Verkleinerungen
- Vergrößerungen
- Bindearbeiten
- farbige Kopien
- Büroartikel in kl. Mengen

ÜBERZEUGENDE QUALITÄT

A4 KOPIE AB 0,08 DM



COPY CORNER

LENNÉSTR. 22 (gegenüber vom Juridicum)



Wie es zum linken AstA kam...

EINE CHRONIK

von Christoph Werth

16. Februar 1983

Alexander Pokorny (SLH) wird für das Amtsjahr 1983/84 zum neuen AstA - Vorsitzenden gewählt. - Erster Dissens: Claus Radziwill (SLH) weigert sich nicht nur, die Referenten, sondern auch seinen eigenen Parteifreund Pokorny zu wählen. Dieser erklärt nach der Wahl, er wolle "einen einigen und schlagkräftigen AstA haben."

2. Mai 1983

Der RCDS deckt den sogenannten Meldeskandal auf. Der AstA geht gezwungenermaßen der Sache nach. Die drei anderen Fraktionen (LA, SLH und FRUST) sehen im "Meldeskandal" nur einen Bluff.

Der rechte Flügel des RCDS hat starke Bedenken wegen zu großer Zugeständnisse an die FRUST. Daraufhin Einschüchterungsversuche an die Adresse der FRUST.

5. Mai 1983

Abends 2. Sitzung des Studentenparlaments. Die Angriffe des RCDS auf die FRUST werden fortgesetzt. Dieter Guhl (RCDS), dem das alles noch nicht ausreicht, wirft der FRUST "geistige Onanie" vor. Wenig später tritt er aus dem RCDS aus.



Im Mai 1983

Die AstA Arbeit geht sehr schleppend voran. Nur Kultur-, Finanz- und Kommunalreferat arbeiten zur Zufriedenheit.

30. Mai 1983

Die Wogen scheinen geglättet. AstA - Flugblatt: "Die Koalition aus SLH, RCDS, LA und der FRUST hat sich - nach anfänglichen Schwierigkeiten - bewährt."

6. Juni 1983

Der SLH, obwohl noch Koalitionspartner, eröffnet mit zwei Flugblättern seine Angriffe auf die Gruppe FRUST. Wider besseres Wissen, wie Josef Tutsch (SLH 29. Sem.) nachher selbst zugeben muß, bemängelt er das Fehlen von SP - Brettern - eine Wahlkampforderung der FRUST. Ferner versucht er, die FRUST mit dem Nationalsozialismus in Verbindung zu bringen und nennt die Gruppe die "neue Bewegung gegen das Parteiwesen."

Wenig später verurteilt das Studentenparlament mit großer Mehrheit die Verleumdungskampagne des SLH. Daraufhin Einstellung der Kampagne gegen die FRUST.

Abends SP - Sitzung. Jan Baumeister (LUST) wird in geheimer Wahl im 4. Wahlgang mit der absoluten Mehrheit von 26 Stimmen zum AKUT - Chefredakteur gewählt. Seine Gegenkandidatin Kirstin Lemke (LA) erhält nur 19 Stimmen, konnte also nicht alle Stimmen der rechten Gruppen (25) auf sich vereinigen.

Noch in der selben Nacht kündigt der RCDS einseitig die Koalition auf und stellt den AstA - Vorsitzenden Pokorny vor die Wahl, zukünftig entweder auf den RCDS oder auf die FRUST als Koalitionspartner verzichten zu müssen. Pokorny läßt die FRUST fallen und gibt so den AstA faktisch auf.

8 Juni 1983

Die beiden Abgeordneten der FRUST appellieren erneut an den RCDS, die AstA-Arbeit im Sinne der Studenten weiterzumachen und statt großer Worte auf Flugblättern lieber effektive Arbeit zu leisten.

Abends in der SP - Sitzung. Pokorny gibt eine Erklärung ab: "Die Koalition mit der Gruppe Frust ist beendet. In den letzten

Wochen hat sich gezeigt, daß der AstA über keine stabile Mehrheit verfügt. Vor allem die skandalöse Wahl von Jan Baumeister - meines Erachtens muß ein Chefredakteur dieser politischen Couleur für jeden Demokraten ein Schlag ins Gesicht bedeuten - ...veranlassen mich..., die AstA - Koalition mit der Gruppe FRUST aufzukündigen... Dennoch: Meine persönliche Hochachtung besteht für den Kommunalreferenten Titus Simon, dem ich für seine Arbeit hiermit danke. Das politische Vertrauen in seine Gruppe ist zerstört. Ich fordere deshalb Titus Simon zum Rücktritt auf."

In der Debatte meldet sich auch Radziwill (SLH) zu Wort: "Baumeister kann ich nur als Anarcho-Bolschewisten bezeichnen."

9. Juni 1983

RCDS - Flugblatt: "AstA endlich FRUSTfrei - jetzt ist effektive Arbeit möglich!" "Stein des Anstoßes" sei in erster Linie die Wahl eines "Sponti" der LUST zum Chefredakteur.

23. Juni 1983

Abends SP-Sitzung. Stefan Söldner-Rembold gibt bekannt, daß in der heutigen Sitzung nicht das erwartete konstruktive Mißtrauensvotum gegen den AstA - Vorsitzenden beantragt wird. (Daraufhin "Schämt Euch!" - Rufe von rechts.) Seine Begründung: "Wir wollen die Verhandlungen nicht übers Knie brechen, wir wollen diesen Fehler nicht machen. Es wird jetzt in Ruhe verhandelt und erstmalig ein Programm ausgearbeitet."

Graf Plettenberg (RCDS) stellt den Antrag zur Tagesordnung: Auflösung des Studentenparlament und Neuwahlen. Dagegen lehnt H. Hegerl als Sprecher der LA eine Auflösung des SP und Neuwahlen ab. Der Antrag wird mit breiter Mehrheit von rechts, wie links abgelehnt.

24. Juni 1983

Die FRUST steckt ihre Verhandlungsposition für mögliche Gespräche über eine AstA - Neubildung ab. Wesentliche Forderungen sind: Sanierung der Finanzen, Gelder einsparen, Senkung der Personalkosten, attraktives Kulturangebot, Widerstand gegen



Mehr als einmal stand er im Regen

Schwierplan und Stellenstreichungen, Anlaufstelle für Studenten, die irgendwo Probleme haben, die Referate sollen den Studenten Auskunft über ihr Finanzgebühren geben, mehr Sachinformation für Studenten (z.B. SP - Bretter).
Abends erstes Sondierungsgespräch von Jusos, LUST/GAG, SHB, MSB und FRUST über den zukünftigen Haushalt.

27. Juni 1983

Die Gespräche werden um 18⁰⁰ Uhr fortgesetzt. Diesmal geht es um die Inhalte eines zukünftigen linken AStAs.

28. Juni 1983

Nachts. AStA - Hochschulreferent Horst - Peter Heinrichs (RCDS) bricht die Tür zum AStA - Druckraum mit einem Brecheisen auf.

29. Juni 1983

Der rechte Rumpf - AStA veranstaltet eine groß angelegte "Bafög Demo". Es finden sich nur 15 Teilnehmer ein, davon sind fünf "normale" Studenten und der Rest Funktionäre. Die Leute vom WDR und von Video Bonn, die eine große Demonstration erwartet hatten, schmunzeln.

30. Juni 1983

Um 9⁰⁰ Uhr weitere Verhandlungen über die Bildung eines neuen AStA. Der Haushalt wird in 2. und 3. Lesung mit den Änderungsanträgen der linken Gruppen und der FRUST vom Studentenparlament angenommen. Ende der Sitzung ist 3⁰⁰ Uhr morgens.

6. Juli 1983

Die linken Gruppen veröffentlichen ihr gemeinsames AStA - Programm.

10. Juli 1983

Abends, bis 5⁰⁰ Uhr in den nächsten Morgen hinein Nachtsitzung der linken Gruppen. Es ist noch möglich, daß der linke AStA scheidet. Der MSB fordert ein wichtiges Referat, vorzugsweise das Hochschulreferat. Die Jusos halten dagegen. Der SHB verzichtet schließlich auf das Sozialreferat. Stefan Söldner - Rembold später: "Ja, es hat Schwierigkeiten gegeben."
Die LA fordert den Rücktritt von AStA - Hochschulreferent Heinrichs (RCDS) wegen der Einbruchsaffäre. Sie will die FRUST bei einem Antrag unterstützen, in dem AStA - Vorsitzender Pokorny per Mehrheitsbeschluß des SP aufgefordert werden soll, Strafanzeige gegen H einrichs zu stellen.

12. Juli 1983

Um 20.30 Uhr beginnt die 8. Sitzung des Studentenparlaments im großen Saal der Nassemensa. Punkt 7 der Tagesordnung: "Konstruktives Mißtrauensvotum gegen den AStA - Vorsitzenden." Stefan Söldner - Rembold wird mit einer absoluten Mehrheit von 26 Stimmen gewählt und ist damit neuer AStA - Vorsitzender. Auf Pokorny vom SLH entfallen nur 23 Stimmen, zwei rechte Abgeordnete haben ihm also nicht ihr Vertrauen ausgesprochen.

Woran scheiterte nun der alte AStA ?

Der Bonner RCDS brachte von Anfang an wenig Initiative für diesen AStA auf. Die AStA - Arbeit blieb auf die einfachste Routine beschränkt und lief ohne jeden Elan. Die personelle Besetzung war zum Teil extrem schwach, Pokorny als AStA - Vorsitzender ein totaler Ausfall (Note: hat sein Geld nicht verdient). Der Sozialreferent (RCDS) und die Antirepressionsreferentin (SLH) standen im Examen und fielen so von vorne herein aus. Der Fachschaftenreferent erschien erst 2 Monate nach seiner Wahl das erste mal



Die "Schiffs - Demo" : drei Leute verloren sich auf Deck

(Liberale Aktion), während der Organisationsreferent ständig die AStA Schlüssel verschlammte und deshalb einige Türen aufgebrochen werden mußten. Die Liste solcher Unfähigkeiten ließe sich noch beliebig weit fortsetzen. Nicht verwunderlich also, wenn Titus Simon (FRUST) oft am Rande seiner Geduld stand. Auch das kindische Gezänk zwischen einzelnen Referenten verhinderte eine normale Arbeitsatmosphäre. Höhepunkt: Pokorny fordert Heinrichs zum Rücktritt auf, weil der ihm ständig Widerworte gebe.

Typisch für die Referenten des alten AStA: Als der Rektor den alten AStA am 2. August wieder einsetzte, waren die meisten Referenten im Urlaub.

Vertragsbruch: Obwohl im Koalitionsvertrag abgemacht war, daß die Ausländer und Frauen eine Anlaufstelle bekommen sollten, tat sich hier außer Lippenbekenntnissen nichts. Auch die fest zugesagte und schriftlich fixierte Beschwerdestelle wurde nicht realisiert. Die Aktionen des alten AStA waren schlecht vorbereitet und koordiniert. Man wurstelte beim Vorsitzenden und im Hochschulreferat ohne Sinn und Ziel vor sich hin.

Hinzu kam, wie schon erwähnt, daß die rechten Gruppen intern stark miteinander zerstritten waren und sich einige Leute persönlich ständig auf die Nerven gingen. Die FRUST als Anlaß der Koalitionsauflösung vom 8. Juni - das war nur ein Vorwand und Theaterdonner. Denn die FRUST hatte ein fest umrissenes Konzept mit detaillierten Vorstellungen und wollte sich nicht auf immer und ewig dem rechten Lager verschreiben. Deshalb wohl die Einschüchterungsversuche von Seiten des RCDS, um den Neuling fest ins eigene "Bündnis" einzuflechten.

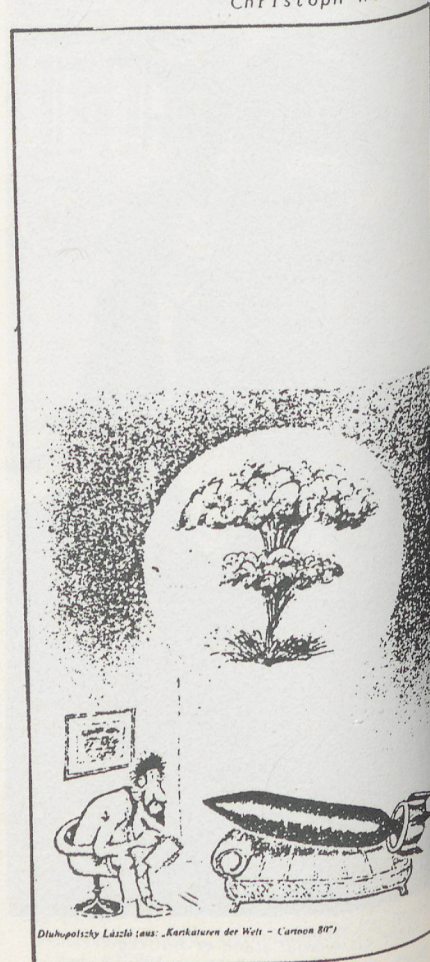
Der Grund für die Koalitionsauflösung war ein anderer. Dem Vorstand des RCDS und den alten "Herren", war vermutlich klar geworden, daß mit diesem AStA die nächste Wahl nicht zu gewinnen gewesen wäre. So suchte man beim RCDS ständig nach Möglichkeiten, sich vom eigenen AStA zu distanzieren.

Claus Radziwill (SLH) machte als Abgeordneter von Anfang an nicht mit. Kirstin Lemke, Kandidatin der alten Koalition als AKUT Chefredakteurin, erhielt nur 19 Stimmen. Die alte Koalition verfügte allerdings über 27 Sitze im SP. Der SLH hatte ständig Angst, die Frust würde ihr die Schau stehlen und sie bei der nächsten Wahl aus dem Parlament verdrängen.

Als Graf Plettenberg vom RCDS Neuwahlen forderte, sprach sich die LA dagegen aus. Nach der Einbruchsaffäre vom

28. Juni forderte die LA den Rücktritt von Heinrichs. Pokorny fehlten am 12. Juli beim Mißtrauensvotum zwei Stimmen von den rechten Gruppen. Der RCDS besaß die Möglichkeit, Pokornys Telefonanschluß ohne dessen Wissen abzuhören - Mißtrauen und Gegensätze, interne Querelen und Rivalitäten im rechten AStA. Die Konsequenz des RCDS daraus wird gewesen sein, diesen AStA so schnell wie möglich vergessen zu machen und sich in der Opposition zu regenerieren. Diese Annahme wird dadurch bestätigt, daß Christian Boergen, Nachfolger von Stephen G. Stehli, am 20. Juli dem Generalanzeiger als vorrangigste Aufgabe die personelle Erneuerung des RCDS angab. Ob ihm dies gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Christoph Werth



Wie es nach dem Mißtrauensvotum weiterging

Der rechte Drei-Tage-AStA. Das Verwaltungsgericht setzt den linken AstA wieder ein. Der Ablauf der Ereignisse:

19. Juli 1983

Der Rektor erkennt die Wahl von Stefan Söldner-Rembold an. Ole-Per Wähling (RCDS) legt beim Ältestenrat Beschwerde gegen die AstA-Wahl ein. Er beruft sich auf angebliche Formfehler.

20. Juli 1983

Wähling zieht seine Beschwerde zurück. Plötzlicher Sinneswandel des Rektors: Er erläßt eine Beanstandungsverfügung und enthebt den neugewählten AstA-Chef seines Amtes. Söldner Rembold (Juso HSG) legt gegen diese Verfügung Widerspruch mit aufschiebender Wirkung ein.

21. Juli 1983

Der (linke) AstA reicht beim Verwaltungsgericht Köln einen Antrag auf einstweilige Verfügung gegen den Einspruch des Rektors ein. Ole-Per Wähling legt erneut Einspruch gegen die Wahl beim Ältestenrat ein. Das Studentenparlament spricht Söldner-Rembold erneut das Vertrauen aus und fordert den Rektor, Prof. Dr. Werner Besch, zum Rücktritt auf.

22. Juli 1983

Der Rektor setzt eine Frist bis zum 28. Juli, damit der linke AstA seinen Widerspruch gegen die Rektors Beanstandungsverfügung begründen kann.

23. Juli 1983

Der abgewählte AstA-Vorsitzende Pokorny erhebt Klage beim Verwaltungsgericht Köln. Sein Ziel: Wiedereinsetzung als AstA-Vorsitzender.

27. Juli 1983

Wähling (RCDS) zieht seinen zweiten Widerspruch zurück, bevor der Ältestenrat über ihn befindet.

2. August 1983

Der Rektor ordnet die sofortige Vollziehung der Absetzung des linken AstAs an. Damit ist der alte, rechte AstA wieder im Amt. Wegen des Untertitels 9.10.1.3 (Studentisches Initiativreferat für

Frieden, Internationalismus und Wissenschaft), der 10800 DM umfaßt, sperrt der Rektor den Gesamthaushalt von 1,2 Millionen Mark.

3. August 1983

Stefan Söldner-Rembold übergibt den AstA an seinen Vorgänger. Der abgesetzte alte AstA geht ins "Exil" in den Räumen der VDS (Kaiserstraße).

5. August 1983

Die 6. Kammer des Verwaltungsgericht Köln entscheidet und setzt den linken

AstA wieder in sein Amt ein. Die Kosten des Verfahrens haben als Verlierer zu 2/3 der Rektor und zu 1/3 Pokorny zu tragen.

8. August 1983

Erneute Übergabe des AstA vom rechten zum linken AstA-Vorsitzenden.

11. August 1983

Uni-Prorektor Krümmel schränkt ein: Lediglich über den Titel, der die Gelder für das Friedensreferat enthalte, dürfe bis zur endgültigen rechtlichen Entscheidung nicht verfügt werden.

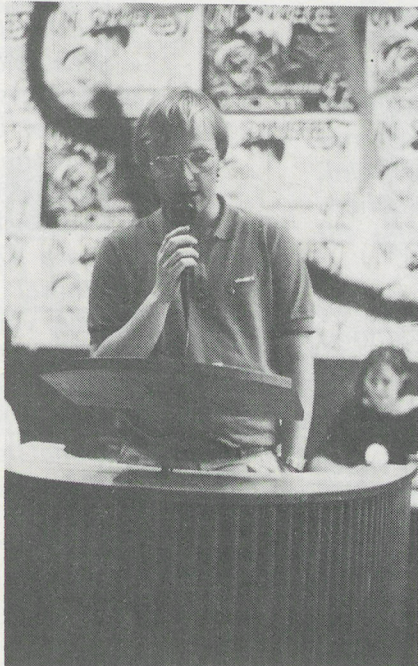
24. August 1983

Der Rektor zieht seine Klage zurück. Wenige Tage später vollzieht Pokorny den gleichen Schritt.

Überlegung: Vielleicht erscheint es widersprüchlich, daß der RCDS zunächst die Opposition anstrebte, dann aber auf Wiedereinsetzung des rechten AstA klagte. Dieser scheinbare Widerspruch läßt sich auflösen. Vom Mißtrauensvotum gegen Pokorny am 12. Juli bis zum Abfassen der Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln am 23. Juli vergingen 11 Tage. Im Verhältnis zur Turbulenz der Ereignisse eine lange Zeit. Es gibt glaubwürdige Informationen darüber, daß der RCDS Bonn in dieser Zeit Druck von oben bekam. Die CDU und der RCDS Bundesvorstand wollten es nicht mit ansehen (die CDU unterstützt den RCDS-Bonn jedes Jahr mit mind. 20.000 DM), wie die Bonner Kollegen so leichtfertig ihre Macht aufgaben. Daher dann die aussichtslose Klage, zu deren Mitwirkung sich der Rektor hinreißen ließ, da er von CDU-nahen Beratern falsch informiert worden war.

Der rechte AstA, ohne parlamentarische Mehrheit, hätte sich ohnehin nur bis zum Ende der Semesterferien halten können. Dies hätte jedoch eine sinnvolle Arbeit der linken AstA-Koalition von vorne herein verhindert. Leittragende waren wieder einmal nur die Studenten.

Christoph Werth



Stefan Söldner - Rembold ständig unter Druck.



Jetzt ab 19.00 Uhr geöffnet !!

11.10. „Weil alles teurer wird!“
Aktionsabend für den
Demo - Rechtshilfefond

Franzstr. 36, hinterm Stadthaus
Tel.. 65 12 97

TREIBHAUS
TWEIBHUNZ
TREIBHAUS
TWEIBHUNZ
TREIBHAUS

DAS FRAUENREFERAT

STELLT SICH VOR

Unter dem Motto "rotten wir uns zusammen" begann die uniweite Koordinierung vormals versprengelter Frauen und Frauengruppen.

Unser Bedürfnis nach einem autonomen Frauenreferat, mit Räumlichkeiten und einem Haushalt, sowie ASTA-Stimmrecht, wurde von uns ins SP eingebracht, abgestimmt und letztlich durch die "mißtrauische aber konstruktive Linkswende" auch umgesetzt.

Autonom deshalb, weil die Angelegenheiten, die uns betreffen - zu Betroffenen machen - natürlich nur von uns selbst verändert und bekämpft werden können. Was wir wie weswegen womit machen und tun - dazu später.

Auch formal sind wir im ASTA ein autonomes Referat. Vier Sprecherinnen wählten wir auf der zweiten ♀♀-VV, die auch nur dieser, d.h. den Frauen der Bonner Uni, verantwortlich sind. 'Inhaltliche Rechenschaft' gegenüber ASTA bzw. SP bleibt für uns selbstverständlich ein Fremdwort.

Die inneren Strukturen haben wir uns selbst gesetzt, wozu gehört, diese immer wieder in Frage stellen zu können.

- Und sie funktionieren bisher fortsetzungswürdig: Einmal die Woche beratschlagen die unterschiedlichsten Frauen aus vielen Fachbereichen (und ständig tauchen wieder "neue" aus Untergrund und Verbannung auf) während des sog Koordinationstreffens (Mi 18 Uhr), was zu tun ist und wie es zu tun ist.

Wir fassen keine für alle bindenden Beschlüsse und gebärden uns auch sonst nicht gruppenpsychopathisch, sondern die Frauen, die Spaß und Interesse daran haben, setzen eingebrachte Ideen, Vorschläge für Aktionen und Maßnahmen um. Auseinandersetzungen und Diskussionen über frauenspezifische und uniinterne, gesamtpolitische, persönliche Probleme, über unseres leidiges Selbstverständnis und sonstige Anliegen führen wir ständig.

(Obwohl gerade die Ferienzeit durch unsere schwache Besetzung oft einfach nur aus Rödelei, Organisation, Koordination bestand.)

Weil wir erkannt haben, wie wichtig es ist, daß frau selber macht und nicht machen läßt und die Problematik in den einzelnen Fachbereichen unterschiedlich ist, versucht das Frauenreferat die Arbeit in den Fachbereichen, wo nicht vorhanden, anzuregen und zu unterstützen.

Konkret, was bisher gelaufen und was geplant:

Viele Kontakte, bundesweite, zu anderen Referaten und Initiativen, zu Bonner Gruppen sind geschaffen, damit wir uns zentral austauschen können.

Eine ♀♀-Zeitung ist in der Mache. AG's wie z.B.:

- Schwangerschaft, Sexualität, Verhütung
- "Feministische Gesellschaftstheorien"
- "FKK" (Frauenkulturkoordination, in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat)

sind angelaufen, haben die Semesterferien allerdings etwas unter Urlaub gelitten. Sonstige Aktivitäten:

- täglich zwischen 12 und 14 Uhr ist Erstsemesterinnen-Beratung im Frauenreferat

- Frauencafé im Fachschaftszimmer im politologischen Seminar (Mi 14-18 Uhr)

- Kartei über aktuelle Frauenforschung an der Bonner Uni

- Veranstaltung zu Frauen in Indien

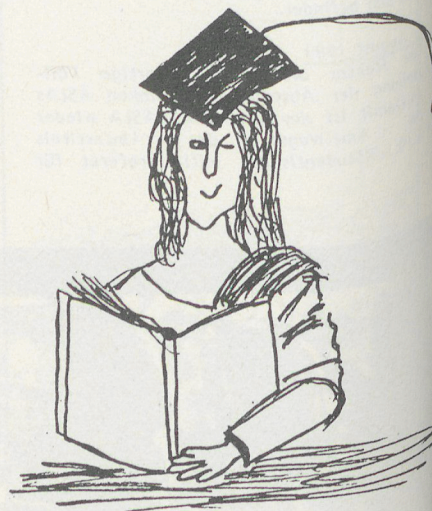
- Veranstaltung: Ein-Frau-Kabarett mit Lisbeth Felder am 9.11. in HS 1

- einmal wöchentlich ein Büchertisch mit NORA vor dem E-Raum im Hauptgebäude

- natürlich ein Frauenfest

- Selbstverteidigungskurse in Zusammenarbeit mit dem Sportreferat

- monatlich ein super Frauenfilm! (Mi 19 Uhr in HS 17)



Ansonsten gibt es noch viele Aktivitäten der Bonner Frauenbewegung, deren Termine und Treffpunkte Ihr im Frauenreferat erfahren könnt.

Also nicht vergessen:

Ansprechstunde Mo-Fr 12-14 Uhr

Koordinationstreff Mi 18 Uhr im ASTA

OKTOBER

19.10.	20.00 FEST DER BEFREIUNGS- BEWEGUNGEN, Cafeteria Pop- Mensa, Eintritt frei
20.10.	Lies Pacis 14-16.00 HS 17, Eintritt frei, Film AG, Sieben Tage im Mai (USA 1963) 14-16.00 Säulenhalle Uni Hauptgebäude, Eintritt frei, Heimo Pfeiffer (Ge- schichtenerzähler, ambulantes Theater) u. Alfred Hellmann (Kabarett) 18-22.00 Münsterplatz, um- sonst und draußen, Kundge- bung und Kultur: Vorwärts (Songgruppe) u. Einfach & Geschmacklos (Rockgruppe)
21.10.	20.00 Mensa Nassestraße Eintritt 10,-, Friedens- nach der Jusos mit Ina De- ter, Norma Elena Gadea u.a.
25.10.	Film AG, HS 17, All the King's men (USA, 1949) u. Wie wird man ein Gang- ster (USA 1930-40)
26.10.	Film AG, HS 17, All the King's men (USA, 1949) u. Wie wird man ein Gang- ster (USA 1930-40)
27.10.	20.00 Masche, O Fino do Samba (Latin Jazz)



ab 27.10.	20.00 Frauenmuseum, Frauenbildungswerkstatt Puppen - Basteln u. Spie- len, 10 Doppelstunden
ab 27.10.	20.00 Frauenmuseum, Bewegung-Körpersprache- Pantomime
29.10.	14.30-17.30 Studio Wolf- straße 10, "Pantomime als darstellendes Spiel" (Kurz- workshop der "Raben", Teil- nahmegebühr 30,-/20,-
<p>Im Oktober: Ausstellung von Wolfgang Hunecke</p> <p>in der Beueler Borse. Emofehlenswert</p>	



KULTUR KALENDER

NOVEMBER

5.11.	abends Kulturforum, Cosa- Nostra-Workshop: Der Pakt (Multi-Media)
6.11.	abends Kulturforum, Cosa- Nostra-Workshop: Film- Happening (DaDa, Film & Musik, mit der Film AG und der Einstellung)
ab 8.11.	Sexismus u. Pornographie in Kunst u. Werbung Frauenbildungswerkstatt im Frauenmuseum, 5 Dop- pelstunden
9.11.	19.00 HS 1, Eintritt 5,-/4,-DM, Liesbeth Fel- der, Satirische Alleingän- ge (Ein-Frau-Theater), AStA Kultur- und Frauenre- ferat
9.11.	19.00 HS 17, Diskussions- veranstaltung von Film-AG, Fachschaft Medizin und Ge- sundheitswesen, ICH KLAGE AN (1941, W.Liebeneiner)
14.11.	abends Kulturforum, Cosa- Nostra-Workshop: Vorwärts (Songgruppe) und Alfred Hellmann (Kabarett)
15.11.	18.45 HS 1/, FilmAG, Der unruhige Tod von Julius u. Ethel Rosenberg u. Inva- sion der Körperfresser



19.11.	14.30-17.30 "Der imaginäre Gegenstand" (Pantomime- Kurzworkshop der "Raben") Teilnahmegebühr 30,-/20,- Studio. Wolfstr. 10
<p>HEUTE SAMUEL BECKETT WARTEN AUF AUF SCHWUNG</p> <p>W. SIEBER</p>	
19.11. + 20.11.	Volkstanzworkshop im SWI, Teilnahmegebühr 25,- DM
19.11. + 20.11.	Miniaturbilder und Per- lenweben, Frauenbildungs- werkstatt, Frauenmuseum, Wochenendkurs
23.11.	Film AG, 19.00 HS 17, ge- meinsam mit Frauenreferat Ein Prozess wegen Vergewal-

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

IM DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUND · LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN



GEW-Stadtverband, Maximilianstraße 14, 5300 Bonn 1

Offener Brief an den
Rektor der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Herrn Professor Dr. W. Besch
Regina-Pacis-Weg 3
5300 Bonn 1

Stadtverband Bonn

5300 BONN 1, .7.1983
Maximilianstraße 14
Fernruf 653955
(Di Mi Do 16.30-18.00 Uhr)
Bankverbindung:
BFG Bonn (BLZ 38010111)
Konto Nr. 1200433100

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Besch,

mit Überraschung, ja, mit Bestürzung stellt der Stadtverband Bonn der GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT fest, daß den 'Deutschen Burschenschaften' für einen 'akademischen Festakt' am 28. Mai '83 die Aula der Bonner Universität zur Verfügung gestellt wurde.

Wir meinen, hierzu nicht schweigen zu können und Ihnen, sehr geehrter Herr Professor Besch, unsere Bedenken vortragen zu sollen.

Fest steht, daß gerade die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität als ehemalige Hochburg der Nationalsozialisten historisch einiges aufzuarbeiten hat. Wir brauchen Ihnen Details nicht zu nennen. Aber mit Recht haben Hochschulangehörige und Öffentlichkeit vermißt, daß die Universität des 50. Jahrestages der Bücherverbrennung gedacht hätte (siehe DIE ZEIT v. 13.5.83), wie daß der unter den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Studenten und Hochschullehrer gedacht worden wäre.

Es erhebt sich die Frage: Soll statt dessen die Universität erneut Plattform für die rechtskonservativen Kräfte werden, die mit dem deutschen Faschismus seinerzeit nur allzu leicht ins Einvernehmen kamen, die ihren Mangel an Lernfähigkeit beweisen, indem sie durch Flugblätter dazu auffordern, bei öffentlichen Anlässen wieder das komplette Deutschlandlied ("... von der Maß bis an die Memel ...") zu singen? Muß nicht der Eindruck entstehen, als würde die überwunden geglaubte Ordinarienuniversität neu belebt, Elitisierung betrieben, die gewerkschaftliche Forderung nach sozialer Öffnung und Demokratisierung der Hochschule ad acta gelegt?

Die Mehrzahl der Hochschulangehörigen wartet nach wie vor darauf, daß ihnen effektive Mitbestimmungsrechte zuerkannt werden; für die Gewerkschaften - und nicht nur für sie - sind an den Hochschulen wesentliche Kriterien einer demokratischen Bildungs- und Forschungsorganisation unerfüllt geblieben.

Sie werden uns, so hoffen wir, zustimmen, sehr geehrter Herr Professor Besch, daß diese offensichtliche Diskrepanz einer klärenden Stellungnahme bedarf, wenn nicht der Ruf der Bonner Universität erhebliche Einbuße erleiden soll. Wir bitten Sie deshalb, eine Diskussion über die Defizite der Bonner Hochschulgeschichte Ihrerseits zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
- Stadtverband Bonn -

Ulla Morr
Vorsitzende

AKUT
dokumentiert

WENN EINER EINEN AUSSPRUCH TUT

oder:

DIE LIQUIDIERUNG DER PÄDAGOGISCHEN FAKULTÄT



gebou
in Gebiet beim
verfügung steht, weiß niemand.
Die Pädagogische Fakultät erhofft sich die Ret-
tung einiger weiterer Stellen aus dem Umstand,
daß die Bonner Uni als ganze Bedarf an Fach-
didaktik hat, den die PF befriedigen könnte.
Was davon zu halten ist und wie sehr sie dabei
auf Granit beißen wird, verdeutlicht eine Be-
merkung des amtierenden Rektors Besch: Er
als Germanist spräche PF-Lehrenden die Quali-
fikation als Dozenten für Deutsch und seine
Didaktik ab.
Die Studenten der PF hielten daraufhin eine
zu der dankenswerter-

aus dem Akutbericht

Der Rektorbrief

RHEINISCHE
FRIEDRICH WILHELMS-UNIVERSITÄT
DER REKTOR

53 BONN, DEN 18.7.1983

Herrn
Burkhard Hoffmeister
Redaktion AKUT
Nassestr. 11

5300 Bonn 1

Betr.: AKUT Nr. 193, Seite 25

Sehr geehrter Herr Hoffmeister!

Ich fordere Sie hiermit auf, die mir zugeschriebene und in
indirekter Rede wiedergegebene Äußerung:

- Er (der amtierende Rektor) als Germanist spräche
PF-Lehrenden die Qualifikation als Dozenten für Deutsch
und seine Didaktik ab -

genau zu belegen, d.h. Ort, Zeit und exakten Wortlaut anzugeben.

Mit freundlichen Grüßen

W. Besch
(Professor Dr. W. Besch)

AKUT berichtete in seiner vorletzten Ausgabe über eine abfällige Äußerung des Bonner Rektors und Germanisten Professor Werner Besch über seine Kollegen von der Pädagogischen Fakultät. Er sprach ihnen kurz und bündig die wissenschaftliche Qualifikation ab.

Auf den AKUT-Bericht erfolgten Reaktionen. Der Direktor des (Päd.Fak.-) Seminars für Deutsche Sprache und Literatur sowie ihre Didaktik, Prof. Daniels, wollte sich der Besch'schen Äußerung näher vergewissern und fragte nach. Bei AKUT und Magnifizenz höchstpersönlich. Auch Professor Besch schrieb und fordert uns auf, die Provenienz seines Zitats offenzulegen. Das soll geschehen:

Auf der letzten Sitzung der Engeren Fakultät der Päd.Fak. präsentierte Prof. C.C. Schweitzer den kessen Rektor-Spruch. Da er ausdrücklich auf dessen Zitierfähigkeit verwies, entfällt die üblich Verpflichtung zum Schweigen über den Sitzungsinhalt. Wir empfanden Besch's Äußerung als inhaltlich fraglich - und auch durchaus als im gewissen Sinne empörend. In der Position des Rektors einer Universität sind solche Wertungen keine Privatsache mehr. Dem wird nach einigem Überlegen auch Prof. Besch zustimmen. Sollte seine Äußerung in der wiedergegebenen Form nicht seiner Überzeugung entsprechen oder sollte sich diese Überzeugung inzwischen geändert haben, so würde AKUT gerne darüber berichten.

Es ist im übrigen nicht die erste Sackgasse solchen Kalibers, in die sich der Rektor begab. Seine letztendlich vor Gericht gescheiterten Maßnahmen, den gewählten AStA zugunsten des abgewählten rechten AStAs per Verfügung aus dem Amt zu eliminieren - hierin teilte er sich mit seinem Prorektor - sind noch unvergessen. Inzwischen springt er erneut in die Bresche mit der Behauptung, Engagement für den Frieden sei nicht Sache der Studentenschaft (s. Leitartikel, S.3).

AKUT wird die Darstellung solch bedenklicher Positionen weiterhin als seine Aufgabe betrachten.





ÖKOLOGIE RINGVORLESUNG

Die Ringvorlesung Ökologie des ASTA wird auch im WS 83/84 fortgesetzt. Wir wollen verschiedene Aspekte des Themas "Ökologie" vorstellen - sowohl theoretisch als auch an konkreten Auswirkungen der ökologischen Krise. Weiterhin planen wir einige Veranstaltungen zu wissenschaftstheoretischen (-kritischen) Fragen:

- MI 19.10. ÖKOLOGIE und FRIEDEN , Dieter Burgmann (Grüne im BT)
20⁰⁰ HS 8
- MI 26.10. WASSERVERSCHMUTZUNG und TRINKWASSER 20⁰⁰ HS 8
Klaus Kall u. Klaus Gottschalk
- MI 9.11. ATOMKRAFT : Risiko ohne Nutzen ? 20⁰⁰ HS 8
H. Grupp
- MI 30.11. BÜRGERINITIATIVEN und ZIVILER UNGEHORSAM 19³⁰ HS 17
Theo Hengstbach (BBU)
- MI 14.12. WALDSTERBEN (aktueller denn je) 19³⁰ HS 17
Wilhelm Knabe (LÖLF NRW)
- MI 11. 1. LUFTVERUNREINIGUNG IN BONN - Auswirkungen und Ursachen
Dr. F. Vogel 19³⁰ HS 17
- MI 25. 1. CHEMIE IN LEBENSMITTEL 19³⁰ HS 17
Uli Heinze (Katalysegruppe Köln)

Weitere Vorlesungen sind in Vorbereitung (z.B. Ökologie und Umweltschutz/ Lärm und Lärmschutz/ Recycling etc.) und werden noch genau angekündigt.

Publikationen des Ökologie- und Kommunalreferats

Der ASTA hat zu Semesterbeginn zwei Veröffentlichungen herausgegeben, die im Ökologie- und Kommunalreferat und an den Büchertischen des ASTA zu bekommen sind. Das Skript zur "Ringvorlesung Ökologie des WS 82/83" dokumentiert die Vorträge dieser Veranstaltungsreihe und kostet wegen des großen Umfangs (72 S.) 1,50 DM. Mit der Erstellung des "Alternativen Vorlesungsverzeichnisses" wird in Bonn absolutes Neuland betreten. Hier haben Fachschaften und Arbeitskreise in vielen Beiträgen selbstorganisierte Seminare und Vorlesungen vorgestellt. Das AVV soll Ansätze einer "anderen Wissenschaft" unterstützen und die wissenschaftstheoretische Diskussion verbreiten. Diese Veröffentlichung soll unweit verteilt werden und kann auch im ASTA abgeholt werden. Lektüre und Teilnahme sind nur zu empfehlen.



asta uni bonn

VERANSTALTER: ÖKOLOGIE- UND KOMMUNALREFERAT, KALLE WINTER, STEPHAN BAUER